



- **Kommunalreform in Dänemark und das Grenzland**
5. Dialog Grenzfriedensbund
- **Die deutsche Volksgruppe und die dänische Kommunalreform**
- **„Nordstaat“ und Minderheitenpolitik**
Gefahr der politischen Marginalisierung
- **Kulturkanon im Grenzland**
- **Idstedt – Erinnerungsort gemeinsamer Geschichte**
Teil 2: Von 1945 bis zur neuen Ausstellung 2005
- **Uwe Jens Lornsen – Mensch und politischer Impulsegeber**

HERAUSGEGEBEN VOM GRENZFRIEDENSBUND

Die Herausgabe von Heft 1/2006
erfolgte mit freundlicher Unterstützung
der Investitionsbank Schleswig-Holstein



Anschrift:

Willi-Sander-Platz 6 · 24943 Flensburg

Geschäftsführerin:

Ingrid Schumann

Sprechzeit:

Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr

Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr

Telefon (0461) 2 67 08 · Telefax (04 61) 2 67 09

E-Mail: grenzfriedensbund@foni.net

www.grenzfriedensbund.de

Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 5 05 40 96

Beitrag:

15 € für Einzelmitglieder

30 € für Verbände, Schulen usw.

Bankverbindungen:

Flensburger Sparkasse (BLZ 215 500 50) 2 001 020

Nord-Ostsee Sparkasse (BLZ 217 500 00) 13 862

Postbank: Hamburg (BLZ 200 100 20) 114 07-206

INHALT

Seite

Kay Iversen

Kommunalreform in Dänemark und die Konsequenzen
für das Grenzland. 5. Dialog Grenzfriedensbund3

Harro Hallmann

Die deutsche Volksgruppe und die dänische Kommunalreform 13

Rolf Fischer

„Nordstaat“ und Minderheitenpolitik.
Von der realen Gefahr der politischen Marginalisierung 19

Peter Dragsbo

Kulturkanon in einem Grenzland23

Matthias Scharl

Idstedt – Erinnerungsort gemeinsamer deutsch-dänischer
Geschichte. 2. Teil: Von 1945 bis zur neuen Ausstellung 200529

Harry Kunz

Uwe Jens Lornsen als Mensch und als politischer
Impulsgeber. Zusammenfassung eines Vortragsnachmittags
im Nordfriisk Institut47

Umschau53

Echo70

Buchbesprechungen72

Mitarbeiter/innen dieses Heftes85

Abbildungsnachweis86

Verzeichnis der im Jahre 2005 in den
Grenzfriedensheften erschienenen Aufsätze87

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 3 €.
Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Dr. Ulf von Hielmcrone (V.i.S.d.P.), Süderstraße 14 · 25813 Husum

Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15 · 24955 Harrislee

Dr. Matthias Scharl, Friedrichstal 55 · 24939 Flensburg

Dr. Gerret Liebing Schlaber, Kroghs Kobbel 47, DK-6100 Haderslev

Redaktionsanschrift: Willi-Sander-Platz 6 · 24943 Flensburg

Satzerstellung: Mittelstaedt Media Design, Westertoft 15 · 24955 Harrislee

Telefon 0461 / 700 29 99 · Telefax 0461 / 700 29 98 · E-mail: mittelstaedt-design@web.de

Druck: Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9 · 24941 Flensburg

Kommunalreform in Dänemark und die Konsequenzen für das Grenzland

5. Dialog Grenzfriedensbund

von KAY IVERSEN

Noch ist es nicht ganz soweit, doch die Verwaltungsreform in Dänemark wirft ihre Schatten schon weit voraus. Auch auf deutscher Seite ist man von den Veränderungen betroffen. Nirgendwo wird dies so deutlich wie bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Unter dem Titel „Neue kommunale Strukturen in Dänemark und die Konsequenzen für das Grenzland“ widmete der Grenzfriedensbund seinen fünften Dialog dieser zentralen Zukunftsthematik. Die Veranstaltung fand am 19. Januar 2006 in Flensburg statt. Kay Iversen, der als freier Journalist für den Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag tätig ist, hat die Ergebnisse für uns zusammengefasst.

Die Redaktion

Die Teilnehmer

Unter der Moderation des Vorstandsmitgliedes Rolf Fischer diskutierte eine Expertenrunde die Bedeutung der neuen Grenzregion für Schleswig-Holstein und Süddänemark. Zu den Teilnehmern der Podiumsdiskussion gehörten der Vorsitzende des Grenzfriedensbundes und SPD-Fraktionsvorsitzende im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Lothar Hay, der Staatssekretär des Schleswig-Holsteinischen Innenministeriums Ulrich Lorenz, Flensburgs Oberbürgermeister Klaus Tscheuschner sowie Anke Spoorendonk (SSW) und Hinrich Jürgensen (SP), die höchstrangigen politischen Repräsentanten der Minderheiten.

Wenn der Grenzfriedensbund in den „Dialog“ tritt, ist die Resonanz groß. Das war auch dieses Mal nicht anders. Trotz widriger Witterungsumstände fanden rund 35 Gäste den Weg in den Treffpunkt Mürwik, unter ihnen zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens beiderseits der Grenze.

Die politische Wetterlage

„Durch den Besuch von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit einen neuen Schub bekommen“, meinte der Vorsitzende des Grenzfriedensbundes Lothar Hay bei seiner Begrüßung. Dieser Besuch verschaffe den Beziehungen zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein

frischen Rückenwind, doch dürfe sich dies nicht allein in Schlagzeilen niederschlagen. Fortschritte sah Hay bei der Fehmarnbelt-Querung. Ebenso begrüßte er, dass die Landesregierung einen Grenzlandsfonds für „Leuchtturmprojekte“ in der Region schaffen will.

Die neuen Strukturen in Zahlen

Am Anfang der Diskussion stand die Frage: Was ändert sich 2007 eigentlich durch die Verwaltungsstrukturreform in Dänemark? Die Kommunen werden größer, und statt der Ämter gibt es künftig Regionen, aber wie sieht das im Einzelnen aus, wie vor allem in der Grenzregion? Antworten auf diese Fragen gab Hinrich Jürgensen, SP-Vertreter im Sønderjyllands Amt.

Laut Hinrichsen ist es Ziel der Reform die Verwaltung zu vereinfachen und eine höhere Effizienz im öffentlichen Sektor zu gewährleisten. Dazu habe sich eine Mehrheit im dänischen Parlament (Folketing) auf das so genannte breite Kommunenmodell verständigt. Danach übernehmen die Kommunen die meisten Aufgaben der heutigen Ämter (Kreise), während die Ämter selbst wegfallen. Statt der 14 Ämter wird es in Zukunft fünf Regionen geben. Künftig bildet Nordschleswig zusammen mit den bisherigen Ämtern Ribe, Fünen und Vejle (Südteil) die Region Süddänemark.

Die Kommunen werden durch die Reform größer, während ihre Zahl abnimmt. Wie Hinrichsen erläuterte, wird die Zahl der Kommunen in Nordschleswig sich von 23 auf vier verringern. Diese vier Großkommunen werden nach den alten Städten Sonderburg (77 000 Einwohner), Apenrade (60 000 Einwohner), Hadersleben (56 000 Einwohner) und Tondern (41 000 Einwohner) heißen. Die durchschnittliche Einwohnergröße der neuen Kommunen in Nordschleswig liege damit bei 59 000 Einwohnern. Dagegen hat die Region Schleswig, wie Flensburgs Oberbürgermeister Klaus Tscheuschner ausführte, 273 Gemeinden bei einer durchschnittlichen Größe von knapp 1 500 Einwohnern. Bei diesen unterschiedlichen Größenverhältnissen ergibt sich für Tscheuschner auch ein Bedarf an Abstimmung. „Es entsteht ein hoher Koordinationsaufwand speziell für konkrete Projekte, etwa beim Bau eines Radweges“, so Tscheuschner.

Kommunen als zentrale Akteure

Entscheidender als die Größe der neuen Kommunen ist laut Jürgensen aber ihr weites Aufgabenfeld. Während die Regionen sich in erster Linie mit dem Krankenhauswesen und Planungs- und Koordinierungsaufgaben (grenzüberschreitende Zusammenarbeit) beschäftigen, ohne dabei über eine eigene Steuerhoheit zu verfügen, ist das Themenspektrum der Kommunen breiter. Die Verantwortung



Abb. 1 Die vier Ämter, die mit Ausnahme des nördlichen Teils von Vejle Amt die künftige „Region Syddanmark“ bilden werden

der Kommunen reicht dabei – laut Jürgensen – vom gesamten sozialen Sektor über die Schulen (bis zur 10. Klasse) und die lokale Wirtschaftsförderung bis hin zu den Straßen, um nur die wichtigsten Aufgaben zu nennen. Zwar werde der politische und finanzielle Spielraum der Kommunen eingeschränkt, aber immer noch haben die dänischen Kommunen bedeutende Freiräume für die Lösung ihrer Aufgabenfelder. Es bleibe somit unbestritten, dass Dänemark einer der Staaten sei, in dem der Anteil der öffentlichen Aufgaben und Ausgaben auf kommunaler Ebene am höchsten sei. Die Kommunen müssen nach Ansicht Jürgensens daher als „zentrale Akteure“ in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit einbezogen werden. In diesem Zusammenhang forderte Jürgensen, den neuen dänischen Kommunen gleichwertige Partner auf deutscher Seite zur Verfügung zu stellen. Ein deutlicher Hinweis auf die unterschiedlichen territorialen und funktionalen Strukturen in den beiden Ländern.

Die SSW-Fraktionsvorsitzende im schleswig-holsteinischen Landtag, Anke Spoorendonk, erinnerte daran, dass die dänischen Kommunen bereits vor der Kommunalreform eine eigene Steuerhoheit hatten und auch aus eigener Kraft beschließen konnten, wie sie die kommunale Selbstverwaltung vor Ort gestalten wollten. „Alles dies wird nach 2007 noch deutlicher werden“, sagte Spoorendonk. Die neuen Großkommunen würden eben noch stärker sein als die alten Kommunen, zumal die neuen Regionen künftig keine eigene Steuerhoheit haben würden. Zu der Frage der Ansprechpartner jenseits der Grenze sagte Spoorendonk: „Ich weise darauf hin, dass es schon immer Probleme gegeben hat, wenn es darum ging, nördlich und südlich der Grenze Gesprächspartner auf gleicher Augenhöhe zu finden.“

Für den schleswig-holsteinischen Staatssekretär Ulrich Lorenz stellt die aktuelle Strukturreform in Dänemark eine zentrale Herausforderung für beide Seiten dar. Zwar arbeiteten bereits die Vorbereitungsausschüsse für die neuen Kommunen und für die Region Syddanmark. „Aber es wird noch einige Wochen oder Monate dauern, bis die Neuverteilung der Kompetenzen soweit praktisch geklärt sein wird, dass die Zusammenarbeit mit neuen Partnern organisiert werden kann“, meinte Lorenz.

Schleswig-Holstein und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Dagegen sieht Spoorendonk nach der dänischen Strukturreform eine neue Herausforderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vor allem auf deutscher Seite und nannte dabei die künftige Rolle Schleswig-Holsteins. „Der SSW fordert, dass sich das Land verstärkt in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit einbindet“, sagte die Landtagsabgeordnete der dänischen Minderheit. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist dabei für sie „eine notwendige strategische Option, um das deutsch-dänische Grenzland weiterzuentwickeln“. Um dies zu erreichen, schlug sie die Entwicklung eines gemeinsamen Leitbildes für die Grenzregion vor. Dabei müsse es auch zu einer grenzüberschreitenden Arbeitsteilung kommen: „Der Flughafen in Sonderburg zum Beispiel sollte für die gesamte Region zur Verfügung stehen. Das wird mehr bringen als jetzt über einen neuen Flughafen in Jagel nachzudenken.“ Maßstab für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist laut Spoorendonk die Kooperation mit Hamburg: „Für den SSW steht fest, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für die Landespolitik künftig den gleichen Stellenwert erhält wie die Zusammenarbeit mit Hamburg.“

Zuvor hatte bereits der Flensburger Oberbürgermeister Tscheuschner einen aktiveren Part des Landes befürwortet. Er begründete dies mit der Koordination der verschiedenen Projekte. Für Tscheuschner gibt es keine Entscheidung



Abb. 2 Das Podium beim 5. Dialog Grenzfriedensbund: (v.l.) Lothar Hay, Anke Spoorendonk, Rolf Fischer, Klaus Tscheuschner, Ulrich Lorenz, Hinrich Jürgensen

zwischen grenzüberschreitender Zusammenarbeit und der Kooperation mit Hamburg. Beide Regionen seien Wachstumsmärkte. Er schlage daher eine Mehrmarkenstrategie vor.

Ulrich Lorenz, Staatssekretär im Kieler Innenministerium, nahm diesen Hinweis auf. Die Zusammenarbeit mit Dänemark sei für Schleswig-Holstein nicht allein eine historisch gewachsene Tatsache. Vielmehr sei sie auch ein notwendiger Weg zur Stärkung des Standortes Schleswig-Holstein sowie zur Sicherung gemeinsamer Interessen und Lösung grenzüberschreitender Herausforderungen. „Aus Sicht der Landesregierung reden wir allerdings nicht allein über die Landesgrenze im Norden“, sagte Lorenz. Lorenz Ausführungen offenbarten dabei ein anderes Verständnis von grenzüberschreitender Zusammenarbeit als etwa bei Spoorendonk. Während Spoorendonk Schleswig-Holsteins Einsatz für die Grenzregion forderte, sieht Lorenz eine Aufgabe der Landesregierung darin, grenzüberschreitende Projekte auf ganz Schleswig-Holstein auszudehnen. So lobte der Staatssekretär die Hochschulkooperation der Universität Flensburg mit der Syddansk Universitet, aber dies kann für Lorenz nur ein Anfang sein. „Jetzt stellt sich die Frage, ob und wie die Zusammenarbeit der Syddansk Universitet mit weiteren Hochschulen in Schleswig-Holstein zum Vorteil aller weiterentwickelt werden kann“, sagte Lorenz. Ähnlich argumentierte der Staatssekretär beim Thema Gesundheit: „Enge Zusammenarbeit im Gesundheitssektor ist eine

naturgemäße Form enger nachbarschaftlicher Zusammenarbeit. Sie reicht aber weit über die grenznahe Krankenhauskooperation hinaus“, so Lorenz.

Lorenz sieht in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit keinen Widerspruch zur Zusammenarbeit mit Hamburg. Er verwies auf das Konzept der „Entwicklungachsen“, das das Innenministerium im November vorgelegt habe. „Eine Schlüsselidee der Entwicklungsachsen ist die Verbindung mit benachbarten Regionen in Dänemark. Besondere Bedeutung kommt dabei der Verbindung zwischen der Metropolregion und Süddänemark zu“, sagte Lorenz. Die Entwicklung des Nordens und Südens Schleswig-Holsteins seien zwei Seiten ein und derselben Medaille. „Wenn wir die Zukunftschancen des gesamten Landes wahren und nutzen wollen, sind wir zur engen Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn verpflichtet – mit Hamburg im Süden ebenso wie mit unseren dänischen Nachbarn im Norden“, meinte der Innenpolitiker. Angesichts der Gleichwertigkeit der Beziehungen versäumte es Lorenz jedoch, Beispiele für Projekte mit Hamburger Einrichtungen zu benennen, von denen die strukturschwache Grenzregion profitieren könnte, wie er es zuvor im umgekehrten Falle getan hatte. Die Organisation der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sollte Lorenz zufolge möglichst dezentral erfolgen.

Der Kommunalpolitiker der deutschen Minderheit in Nordschleswig, Hinrich Jürgensen, forderte eine vertragliche Absicherung der Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sei zurzeit keine zwischenstaatliche Zusammenarbeit, obwohl dies zweckdienlich wäre. Für Jürgensen ergab sich aus dieser Forderung „konsequenterweise“ eine weitere Forderung. Danach sollen beide Staaten mit festen Mitgliedern oder mit Beobachtern im neuen deutsch-dänischen „Grenzrat“ vertreten sein.

Die Reform: Chance oder Risiko für die Zusammenarbeit?

Dieser „Grenzrat“, wie er bislang inoffiziell genannt wird, soll künftig den Regionalrat ersetzen. Der Regionalrat ist das oberste Beschlussorgan der Region Sønderjylland-Schleswig, zu der neben Flensburg, die Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland sowie auf dänischer Seite Sønderjyllands Amt gehören. Da mit der Strukturreform in Dänemark auch das Amt Sønderjylland wegfällt, werden die Vertragspartner ein neues Gremium bilden. Dieser neue Regionalrat wird nach den Vorstellungen des Bundes Deutscher Nordschleswiger (BDN) deutlich weniger Mitglieder haben als der alte Regionalrat. Während der Regionalrat bislang 42 Mitglieder hatte, je 21 auf deutscher und dänischer Seite, soll der künftige Grenzrat lediglich 22 haben. Dadurch solle die Arbeit des Rates effektiver werden. Laut BDN sollen auf dänischer Seite folgende elf Personen Ratsmitglieder werden: Der Vorsitzende der Region Süddänemark, der Vorsit-



Abb. 3
Der Flensburger Oberbürgermeister Klaus Tscheuschner bei seinem Statement

zende des Wachstumsforums der Region Süddänemark, die Bürgermeister der vier neuen Großkommunen in Nordschleswig, je ein Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, ein Vertreter aus dem Bereich Universität und Forschung, ein Vertreter der kulturellen Organisationen und ein Vertreter der deutschen Volksgruppe. Jürgensen begrüßte, dass der Vertreter des (BDN) Mitglied des Wachstumsforums wird, kritisierte aber zugleich, dass er kein Stimmrecht haben wird. Dieses Wachstumsforum ist eine Einrichtung des neuen Regionsrates in Vejle, der künftig wohl für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zuständig sein wird.

Der Flensburger Oberbürgermeister beurteilte die große Entfernung Vejles zur Grenze kritisch. „Die Kenntnis über gemeinsame Berührungspunkte oder über die Situation in der Grenzregion nimmt mit der Entfernung zur Grenze ab“, sagte Tscheuschner. Vejle sei 115 Kilometer oder 1 1/2 Fahrstunden von der Grenze entfernt. Hier liege die Gefahr, dass Stärken und Schwächen, vor allem aber Chancen und Entwicklungspotenziale der Grenzregion nicht genügend bekannt seien und man sich mehr auf nationale Gesichtspunkte oder auf andere Märkte und Entwicklungschancen konzentriert, als dies bisher in Sonderburg, Bau oder Apenrade der Fall war. Zwar laufe bei der Zusammenarbeit viel über die persön-

liche Beziehung der Akteure, doch auch in dieser Hinsicht könne sich die Kommunalreform problematisch auswirken. Dagegen begrüßte Tscheuschner den Vorschlag, den Regionalrat künftig zu verkleinern. Dies fördere das persönliche Kennenlernen der Akteure. Auch der Vorschlag, den neuen Regionalrat künftig nur mit einem einzigen statt wie bisher mit jeweils einem deutschen und einem dänischen Vorsitzenden auszustatten, sei hilfreich beim Abbau von Grenzen. Lothar Hay bestätigte aus seiner Erfahrung, dass die persönlichen Kontakte in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eine große Rolle spielten. Umso bedauerlicher sei es, dass das Lagerdenken noch nicht überwunden sei. „Ich merke dies auch bei den Treffen mit den dänischen Sozialdemokraten, wenn wir wichtige Sachen zu besprechen haben, ziehen wir uns vorher getrennt nach Dänen und Deutschen zur Beratung zurück“, sagte Hay. Hay sieht in der dänischen Strukturreform eine Chance für einen Neuanfang der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und nannte als Beispiel das im Juni 2001 auf den Ochseninseln abgeschlossene Partnerschaftsabkommen zwischen dem Amt Sønderjylland und Schleswig-Holstein. Hier sei zu überlegen, wie die Arbeit künftig nach dem Wegfall des Amtes Sønderjylland mit Inhalt und Leben zu füllen sei. Dem neuen Regionalrat misst Hay für den Landesteil Schleswig, aber auch für Sønderjylland eine große Bedeutung zu. Daher sei die Frage der Zusammensetzung wie auch der Aufgabenverteilung und Gestaltungsmöglichkeiten dieses Gremiums von Bedeutung.

Minderheiten als Vermittler

Spoorendonk begrüßte die Verkleinerung des neuen Regionalrates, weil er dadurch handlungsfähiger werde. „Wichtig ist für uns dabei, dass beide Minderheiten in ihrer Rolle als Vermittler gestärkt werden“, sagte die SSW-Fraktionsvorsitzende im schleswig-holsteinischen Landtag. Dies sei nichts Neues. Sie erinnerte dabei an den Einsatz von Rolf Lehfeldt, dem verstorbenen Landesgeschäftsführer des SSW, ohne den die deutsch-dänischen Studiengänge nicht zu zustande gekommen wären.

Auch die dänische Regierung hat laut Spoorendonk der deutschen Minderheit bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eine besondere Rolle zuge-dacht. Die Beziehungen der Minderheiten untereinander seien ebenfalls enger geworden, so habe es erstmals ein offizielles Treffen zwischen den beiden Minderheiten gegeben.

Jürgensen bestätigte die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für die deutsche Minderheit. „Für uns – als Mitglieder der deutschen Volksgruppe – hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit einen Wert an sich, da wir als deutsche Volksgruppe daran interessiert sind, dass die Grenze im Täglichen keine Barriere darstellt.“ Außerdem ist die grenzüberschreitende Zusammenar-

beit nach Ansicht von Jürgensen eine wichtige strategische und wirtschaftliche Perspektive für die Zukunft der Region Schleswig-Sønderjylland.

Bedeutung der Interreg-Förderung

Für Lothar Hay steht fest: „Entscheidungen innerhalb der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sollen nicht durch die neue kommunale Struktur erschwert werden.“ Voraussetzung dafür sei es, Entscheidungen in die Region zu verlagern und die Interreg-Förderung aufrecht zu erhalten.

Auch die anderen Teilnehmer hoben die Bedeutung der Interreg-Mittel hervor. Durch die Erweiterung der EU könnten diese Gelder künftig anderen Regionen zugute kommen. Die Bedeutung der Interreg-Mittel ist laut Spoorendonk für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit „ganz entscheidend“. Auch hier steht nach Ansicht der Minderheiten-Politikerin das Land in der Verantwortung. „Das Land muss den Rahmen vorgeben für das, was in der Region an Projekten umgesetzt wird. Zuerst geht es aber darum, der Bundesregierung zu erklären, dass sie weiterhin Interreg-Mittel für das deutsch-dänische Grenzland zur Ver-



Abb. 4 Blick ins Publikum beim 5. Dialog Grenzfriedensbund

fügung stellen muss, denn die Signale der dänischen Seite sind eindeutig: sie wird Mittel vorhalten.“

Für Jürgensen muss die Verwaltung der Interreg-Gelder für die Region Sønderjylland-Schleswig weiterhin eigenständig und in einem gemeinsamen deutsch-dänischen Interreg-Sekretariat in der Region Sønderjylland-Schleswig erfolgen.

Die Verwaltungsreform in Schleswig-Holstein

Nicht nur auf dänischer, sondern auch auf deutscher Seite wird es Veränderungen geben. Mit der Verwaltungsstrukturreform in Schleswig-Holstein will die Landesregierung nach Auskunft von Staatssekretär Ulrich Lorenz mehr Effektivität erreichen. Dies solle durch den Abbau oder das Zusammenlegen nicht mehr ausreichend leistungsfähiger Verwaltungen geschehen. Dazu sollen auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte vier bis fünf leistungsfähige Verwaltungsregionen gebildet werden, die einige bisherige Landesaufgaben übernehmen sollen. So sagte Lorenz, dass die Landesregierung beabsichtigt, Landesaufgaben im großen Umfang auf die kommunalen Verwaltungsregionen zu übertragen. Als Beispiele für eine derartige Übertragung der Kompetenzen nannte er die Staatlichen Umweltämter, Katasterämter, das Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit und andere. Dabei ging Lorenz jedoch nicht näher auf die Auswirkungen dieser Reform für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein.

Fazit

„Das Jahr 2006 wird entscheidend sein für die Grenzregion“, sagte Moderator Rolf Fischer. Dabei gehe es nicht nur um die Vorbereitung der Reform oder die Entscheidung über die Gelder. Vielmehr würden sich auf dänischer Seite auch andere Gesprächspartner herauskristallisieren. „Und auch wir sind aufgefordert, über unsere Verwaltungsstrukturen nachzudenken“, meinte Fischer. Bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geht es nach Fischer auch darum, ein eigenes Profil zur Abgrenzung gegenüber der Metropolregion Hamburg herauszuarbeiten. Wichtig für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sei darüber hinaus nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die kulturelle Diskussion. „Denn das“ – so Fischer – „fördert in erster Linie das gegenseitige Verständnis.“

Die deutsche Volksgruppe und die dänische Kommunalreform

von HARRO HALLMANN

Die große Kommunalreform in Dänemark hat nicht nur Auswirkungen auf die deutsch-dänische Zusammenarbeit im Grenzland. Auch für die Lage der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig bewirkt sie bedeutende Veränderungen. Vor allem die Frage nach der politischen Vertretung in den künftigen Großkommunen und der sich weit von Varde bis Langeland erstreckenden künftigen Region Süddänemark bereitete anfangs erhebliche Sorgen. Inzwischen sind die ersten Wahlen für die neuen Einheiten gelaufen. Dank einer entgegenkommenden Wahlregelung ist es der Schleswigschen Partei gelungen, künftig in allen vier nordschleswigschen Großkommunen politisch vertreten zu sein. Im folgenden Beitrag schildert der Pressesprecher des Bundes Deutscher Nordschleswiger Harro Hallmann den Werdegang der Strukturreform bis zu den Wahlen aus Sicht der deutschen Volksgruppe.

Die Redaktion

Bedrohungen der Minderheitsstruktur durch die künftigen Groseinheiten

Nachdem sich die 2001 ins Amt gekommene Regierung unter Anders Fogh Rasmussen von Anfang an für eine administrative Neugliederung des Königreichs auf der regionalen und kommunalen Ebene ausgesprochen hatte, legte Anfang Januar 2004 die Strukturkommission der Regierung ihren Bericht mit verschiedenen Modellen für eine Kommunalreform vor. Hauptziele der Reform sollen die Vereinfachung der Verwaltung und eine höhere Effizienz im öffentlichen Sektor sein.

Der Bund Deutscher Nordschleswiger (BDN), die Hauptorganisation der deutschen Volksgruppe, bedauerte bei der Vorlage der Reformvorschläge, dass keines der von der Strukturkommission vorgeschlagenen Modelle die besondere Situation der deutschen Volksgruppe berücksichtigte. Als Alternative schlug der BDN die Bildung einer Regionskommune Nordschleswig vor, denn dies hätte die kulturelle und politische Arbeit der deutschen Volksgruppe ohne Sonderregelungen gesichert und wäre auch verwaltungsmäßig eine sinnvolle Lösung gewesen. Der Vorschlag fand jedoch nicht genügend Befürworter.

Zur Hauptaufgabe wurde für die Vertreter der Volksgruppe somit die Sicherung der kulturellen, sozialen und politischen Arbeit nach einer Kommunalreform. Mit

dem kulturellen Bereich sind insbesondere die Schulen und Kindergärten gemeint, die für die deutsche Volksgruppe von existentieller Bedeutung sind. Eben weil beispielsweise die Kindergärten Einrichtungen der Minderheit sind, sind diese in der Regel wesentlich kleiner als dänische Einrichtungen und deshalb auch entsprechend teurer per Kind. Für die neuen Großkommunen liegen aber gerade in der Zusammenfassung kleinerer Einrichtungen Rationalisierungspotentiale. Deshalb bestand die Befürchtung, dass die Einrichtungen der Volksgruppe den Sparzwängen der Kommunen zum Opfer fallen könnten. Entsprechendes galt für die soziale Arbeit der Volksgruppe, die von den Kommunen mitfinanziert wird. Zudem war die politische Vertretung dadurch bedroht, dass die Volksgruppe mit dem Wegfall des Amtes Sønderjylland ihr Mandat im Amtsrat – und damit den Einfluss auf die regionalpolitische Entwicklung in Nordschleswig – verlieren würde.

Zur Sicherung der kulturellen und sozialen Arbeit der Volksgruppe schlug der BDN vor, dass der Teil der Finanzierung, der bisher von den Kommunen und vom Amt getragen worden ist, zukünftig vom Staat übernommen oder garantiert werden sollte, da letztendlich der Staat für die Minderheitenpolitik verantwortlich ist. Darüber hinaus setzte der BDN sich für die Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ein, die vor allem dadurch in Gefahr geraten ist, dass mit dem Fortfall des Amtes Sønderjylland auf dänischer Seite der bisher wichtigste Partner der Zusammenarbeit wegfällt. Die Situation der Volksgruppe wurde zwar im Bericht der Regierungskommission berücksichtigt, aber ihr Vorschlag einer politischen Vertretung über kommunale Kontaktausschüsse wurde von Seiten der Vertreter der Volksgruppe immer wieder als unzureichend abgelehnt. Gefordert wurde stattdessen ein Modell, das es der Volksgruppe erlaubt, kraft eigener Stimmen in den neuen Großkommunen vertreten zu sein.

Zur Koordinierung der Verhandlungen wurde auf BDN Seite ein Ausschuss unter Vorsitz des zweiten Vorsitzenden des BDN, Jes Jepsen, gebildet. In Kopenhagen wurden eine ganze Reihe von Gesprächen und Verhandlungen mit allen im Folketing vertretenen Parteien und mit Regierungsvertretern, darunter auch Staatsminister Anders Fogh Rasmussen, geführt. Diese Gespräche wurden durch Verhandlungen mit Beamten unter anderem des Innen- und Sozialministeriums ergänzt. In Kopenhagen leistete das Sekretariat der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig bei Regierung und Folketing unter Leitung von Siegfried Matlok einen großen Einsatz bei Vorbereitung und Durchführung der Gespräche, zu denen relevante Sachverständige aus den Reihen der Volksgruppe hinzugezogen wurden.

Die Mehrheit im dänischen Folketing einigte sich letztendlich auf das so genannte „breite“ Kommunalmodell. Demnach übernehmen die Kommunen die meisten Aufgaben der heutigen Ämter und einige Aufgaben, die bisher vom Staat wahrgenommen wurden. Statt der 14 Ämter wird es ab dem 1. Januar 2007 fünf Re-



Abb. 1 Karte mit den offiziellen, dänischen Bezeichnungen der neuen Kommunen in Nordschleswig

gionen mit einem relativ begrenzten Aufgabenbereich geben. Zukünftig bildet Nordschleswig zusammen mit den bisherigen Ämtern Ripen, Fünen und einem Teil von Vejle die Region Süddänemark mit knapp 1,2 Millionen Einwohnern. In Nordschleswig wird die Anzahl der Kommunen von 23 auf vier reduziert (s. auch Tabelle 1)¹. Die vier neuen Großkommunen entstehen um die alten Städte Hadersleben, Apenrade, Sønderburg und Tondern und entsprechen in ihren Ausmaßen ungefähr den 1970 aufgelösten Ämtern bzw. deutschen Landkreisen.

Die Berücksichtigung der Volksgruppe bei der Reform

Im Juni 2004 einigten sich Regierung und ihr parlamentarischer Partner, die Dansk Folkeparti, auf einen Vergleich, in dem die deutsche Minderheit wie folgt berücksichtigt wurde: „Die deutsche Minderheit in Nordschleswig ist eine nationale Minderheit in Dänemark. Der besondere – historisch bedingte – Status der Minderheit bedeutet, dass besondere Rücksichten genommen werden müssen. Die jetzigen finanziellen Zuschüsse, welche die kulturelle und soziale Arbeit der Minderheit fördern, werden fortgesetzt.“ Damit waren – insbesondere was die finanzielle Seite betraf – Zusagen gemacht worden, auf deren Grundlage eine Lösung zu finden sein musste. In einem Schreiben von Innenminister Lars Løkke

Tabelle 1: Die neuen Kommunen in Nordschleswig		
Kommune	Einwohner	Anzahl der Fusionskommunen
Sonderburg	77.000	7
Apenrade	60.000	5
Hadersleben	56.000	3
Tondern	41.000	6

Rasmussen vom 10. März 2005 wurden diese Zusagen noch deutlicher: „Die Regierung wird – wenn nötig durch Sonderbestimmungen – einen großen Einsatz leisten, um die Weiterführung der kulturellen und sozialen Arbeit der deutschen Minderheit zu sichern – auf einer Grundlage, die die Qualität der Arbeit nicht verringert. Dies ist in aller Interesse.“

Auf dieser Grundlage stellte die außerordentliche Delegiertenversammlung des BDN am 16. März 2005 einstimmig fest, dass mit dem bisherigen Verhandlungsergebnis für die deutsche Volksgruppe wichtige Ziele bezüglich der Sicherung der kulturellen und sozialen Arbeit erreicht worden sind. Der Zeitpunkt – März 2005 – war nicht ganz zufällig, da es für die Volksgruppe von großer Wichtigkeit war, dass man vor der 50-Jahr-Feier der Bonn-Kopenhagener Erklärungen am 29. März konkrete und bindende Zusagen bekam.

Am schwierigsten gestaltete sich die Lösung der politischen Vertretung. Noch im Dezember 2004 verwies der Innenminister auf die Einrichtung von gesetzspflichtigen Kontaktausschüssen, welche wiederum von den Vertretern der Volksgruppe entschieden abgelehnt wurde. Dafür wurde ein Modellansatz vorgelegt, der auf den in Ungarn gültigen Regeln für die politische Vertretung der nationalen Minderheiten aufbaut. Diese sehen vor, dass Minderheitenvertreter einen Sprecher in den Kommunalrat schicken können, wenn sie mindestens 25 Prozent der Stimmen eines vollgültigen Mandates bekommen würden. Die Regeln sind anscheinend nie in der Praxis angewandt worden, wurden aber nun zur Grundlage eines Lösungsansatzes für die deutsche Volksgruppe in Dänemark, die in den im Februar 2005 vorgelegten Gesetzesentwürfen mehrfach berücksichtigt wurde. In den vier neuen Kommunen, die in Nordschleswig entstehen, ist die Mandatszähl der Stadträte – gesetzlich und freiwillig vor Ort – auf 31 festgesetzt

Tabella 2: Mandate der Schleswigschen Partei in Nordschleswig, Wahlperiode		
	2002-2005	2006-2009
Sønderjyllands Amt/Amt Nordschleswig	1 Mandat	–
Kommune Tingleff	3 Mandate	–
Kommune Apenrade	1 Mandat	2 Mandate
Kommune Tondern	1 Mandat	1 Mandat
Kommune Sonderburg	–	1 Mandat
Kommune Hadersleben	–	1 Mandat *
Kommune Lügumkloster	1 Mandat	–
Kommune Hoyer	1 Mandat	–
* Ab 2006 Mandatverteilung in den neuen 4 Großkommunen, in Hadersleben Mandat ohne Stimmrecht auf Grundlage der 25-Prozent Regelung.		

worden. Dies erleichtert der Schleswigschen Partei das Erringen von Mandaten bei der Aufstellung eigenständiger Listen oder über Wahlbündnisse, als wenn die Anzahl der Mandatsträger noch weiter reduziert worden wäre.

Noch wichtiger wurde jedoch die Einführung der 25-Prozent-Regelung nach dem oben skizzierten ungarischen Modell. Erreicht die Schleswigsche Partei (SP) mindestens 25 Prozent der Stimmen des billigsten Mandates, erhält sie ein Mandat ohne Stimmrecht.

Erreicht die SP zwischen 10 und 25 Prozent der Stimmen des billigsten Mandates, muss ein gesetzlich verankerter Kontaktausschuss zum Stadtrat unter Vorsitz des Bürgermeisters eingerichtet werden. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Anwendung der 25-Prozent-Regel nicht ausschließt, dass die SP Wahlbündnisse eingehen kann. Das heißt: Wenn die SP sich an einem Wahlbündnis beteiligt, und die SP Stimmen einer anderen Partei zu einem Mandat verhelfen, dann erhält die SP trotzdem einen Sprecher im Stadtrat, wenn sie die 25 Prozent des billigsten Mandates erreicht.

Bei den Kommunalwahlen am 15. November 2005 konnte die Schleswigsche Partei Mandate in allen vier neuen Kommunen erreichen (s. Tabelle 2). In Sonderburg konnte die SP als Zünglein an der Waage sogar besonders großen Einfluss

erringen. In Hadersleben erreichte die SP ein Mandat über die 25-Prozent-Regel und hat somit in den nächsten vier Jahren erstmals seit 25 Jahren ein Mitspracherecht im Stadtrat. Gleichzeitig verhalfen die Stimmen für die Schleswigsche Partei einem Partner des Wahlbündnisses zu einem Mandat.

Die Schleswigsche Partei kandidierte nicht für die Regionalwahlen, weil ein Mandat dort stimmenmäßig nicht erreichbar war. Hinsichtlich des politischen Mitwirkens in der Region Süddänemark ist die deutsche Volksgruppe über einen Sprecher im Wachstumsforum vertreten. Zu den Aufgaben des Wachstumsforums gehört vorrangig die regionale Wirtschaftsentwicklung.

Noch nicht endgültig geklärt ist zurzeit die Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Der BDN-Vorschlag vom September 2005 die Zusammenarbeit in einem neuen, auf 22 (bisher 42) Mitglieder reduzierten Gremium fortzuführen, ist jedoch auf breite Zustimmung gestoßen. Gesichert werden muss allerdings, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Grenzregion verankert bleibt und dass finanzielle Mittel für die Arbeit weiterhin zur Verfügung stehen.

Mit der finanziellen Absicherung der kulturellen und sozialen Arbeit und der damit erreichten Bestandsgarantie für die deutschen Einrichtungen wurde ein wichtiger Beitrag zur langfristigen Sicherung der deutschen Volksgruppe geleistet. Entsprechend wurde mit der Einführung der 25-Prozent-Regel ein Sicherheitsnetz unter die politische Vertretung über die Schleswigsche Partei gespannt. Gleichzeitig ist die Regel ein Modell und ein Beispiel, das auch von anderen Minderheiten als Inspirations- und Argumentationshilfe herangezogen werden kann.

Eine Bewertung von außen ist oftmals interessanter, und so haben Freunde der Volksgruppe aus Deutschland immer wieder das gute Ergebnis der Verhandlungen hervorgehoben und dabei oft hinzugefügt, dass man diese Resultate in Deutschland sicher nicht erreicht hätte.

Anmerkung

- 1 Zwei Kommunen fusionieren nach Norden: Christiansfeld mit Kolding und Rödning mit Vejen. Die Situation in Christiansfeld wurde weiter kompliziert durch Referenden, die dazu führten, dass die Kirchspiele Fjelstrup, Bjerning und Hjerndrup sich mehrheitlich für eine Zugehörigkeit zu Hadersleben entschieden. Auch Beftoft (bisher Norderrangstrup) schließt sich Hadersleben und nicht wie die übrige Kommune Tondern an.

„Nordstaat“ und Minderheitenpolitik

Von der realen Gefahr der politischen Marginalisierung

von ROLF FISCHER

Rolf Fischer, MdL, ist minderheitenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Als Vorstandsmitglied des Grenzfriedensbundes hat er der Arbeit unseres Verbandes wesentliche, auch nach außen hin wirksame Impulse verliehen, etwa durch die Etablierung des „Dialogs Grenzfriedensbund“. Mit dem vorliegenden Diskussionsbeitrag greift Rolf Fischer – ganz in der Tradition der Grenzfriedenshefte – ein bislang kaum beachtetes, gleichwohl relevantes Problem auf.

Die Redaktion

I. Die fehlende Debatte

Noch fehlen konkrete Pläne wie ein „Nordstaat“ politisch auszusehen hätte; noch ist nicht klar, ob die Menschen diese Konstruktion überhaupt akzeptieren würden. Noch ist er nicht mehr als eine Vision, die allerdings durch die Entwicklung der „Metropolregion Hamburg“ an politischer Kontur gewinnt. Es entstehen enge Kooperationsnetze mit dem nördlichen Niedersachsen, dem westlichen Mecklenburg und dem südlichen Schleswig-Holstein – immer bezogen auf das Zentrum Hamburg. Diese Kooperationen werden, wenn sie denn nachweislich erfolgreich sind, eine Eigendynamik entwickeln und den Weg von der Vision zur Realität ebnen. Aus z. B. ökonomischer, bildungspolitischer oder administrativer Sicht liegen schon jetzt meist positive Stellungnahmen vor, positionieren sich die neuen Netzwerker bereits.

Welche Konsequenzen diese Entwicklung für einen politische Bereich hätte, der häufig als „Modellfall“ und „Erfolgsgeschichte“ für unser Land benannt wird, ist noch nicht problematisiert worden: für die Minderheiten- und Volksgruppenpolitik. Nur die dänische Minderheit und der „Bund deutscher Nordschleswiger“ äußerten sich bisher offiziell zur Idee eines „Nordstaates“, problematisieren aber zumeist nur die ökonomischen Folgen der neuen Südausrichtung Schleswig-Holsteins für die nördliche Grenzregion. Statements anderer Minderheiten oder grundsätzliche minderheitenpolitische Äußerungen sind im Kanon der Kritiker oder Befürworter nicht zu finden. Dies darf nicht verwundern, denn anders als auf allen anderen politischen Feldern fehlen den Minderheiten entsprechende Partner oder vergleichbare Institutionen zur Kooperation fast völlig. Wirtschaftliche, politische oder soziale, selbst kulturelle Synergieeffekte sind für Dänen, Friesen, Sinti und

Roma oder für die Nordschleswiger kaum auszumachen – sicher ein Grund, sich an der aktuellen politischen Debatte nicht zu beteiligen.

Dennoch würde eine politische Fusion der norddeutschen Bundesländer, in welche konkreten politischen Grenzen auch immer, für die Minderheiten und Volksgruppen eine erhebliche Veränderung ihres jetzigen Status nach sich ziehen. Dies soll im Folgenden für einige Politikbereiche dargestellt und bewertet werden.

II. Das neue Konstrukt

Eine zentrale Prämisse für meine Einschätzung ist die Annahme, dass Hamburg als Kernpunkt das neue Zentrum dieses „Nordstaates“ sein müsste und eine übergeordnete neue politische Ebene mit Nordstaat-Parlament und Regierung eingezogen würde; anders macht eine Reform keinen Sinn. Diese neue Ebene muss – selbst wenn die regionalen Landesparlamente noch eine Zeit lang bestehen blieben – über eine höhere politische Legitimität und auch Kompetenz als diese verfügen und übernehme damit die Aufgaben der bisherigen Länder. In diesem neuen Parlament und unter den Entscheidungsträgern müssten die Regionen anteilig vertreten sein, damit die Interessen aller gewahrt sind.

Da dieser Zusammenschluss überwiegend ökonomisch motiviert wäre, würden die Wirtschafts-, Finanz- und Verwaltungsbeziehungen vorerst in den Vordergrund rücken; es ist anzunehmen, dass soziale oder gar regionale kulturelle Initiativen sekundär bzw. auf das neue politische Zentrum ausgerichtet würden.

III. Fünf Gedanken

Diese Prämisse lässt einige problematische Schlüsse für die Minderheiten- und Volksgruppenpolitik zu, die ich an fünf ausgewählten Punkten deutlich machen möchte.

1. Bezogen auf Schleswig-Holstein ist schon jetzt festzustellen, dass die Fragen der Minderheiten- und Volksgruppenpolitik fast ausschließlich im nördlichen Landesteil diskutiert werden. Dem liegen historische Entwicklungen zugrunde, so dass dort, wo die Arbeit der Minderheitenverbände nicht im Alltagsleben erfahrbar ist, nach wie vor ein überwiegendes Desinteresse an diesem Politikfeld besteht. Die geographische Verlagerung des Nordstaat-Zentrums in die Hamburger Region und die Kooperation in größeren Einheiten würden eine *neue politische Peripherisierung* der Minderheiten nach sich ziehen. Dies wäre vor dem Hintergrund der Anstrengungen der letzten Jahre, Minderheitenpolitik als Aufgabe des ganzen Landes zu definieren, sicher ein Rückschlag.

2. Es ist unwahrscheinlich, dass das ausgefeilte System der Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein in Gänze übernommen wird. Die eingespielte politische Praxis würde sich verändern. Damit geraten die Minderheiten in eine *neue Legitimationsdebatte*, wenn sie ihre bisherigen Rechte erhalten sehen wollen. Die Prinzipien der „positiven Diskriminierung“ und die Einrichtungen von Gremien, Instituten und Beauftragten müssten an das neue politische Konstrukt angepasst werden und würden sich verändern. Da diese neue Region sich eine gemeinsame Verfassung geben muss, würde mit Sicherheit ein neuer Streit über den Minderheitenschutzartikel als solchen und seine Inhalte entbrennen. Angesichts der schon in Schleswig-Holstein bestehenden Umsetzungsprobleme z.B. auf der kommunalen Ebene ließe dieser Streit nicht hoffen.
3. Die „Mehrheit“ würde sich im Verhältnis zur Minderheit rein nominell vergrößern und die Zahl derjenigen, die die Minderheitenpolitik für eine regionale oder gar lokale kulturelle Aufgabe halten, steigen. Weder in Niedersachsen (trotz der Saterfriesen) noch in Hamburg oder Mecklenburg wurden die Menschen bisher mit dieser Problematik konfrontiert. Es ist anzunehmen, dass diese Menschen eher ablehnend reagieren werden. Der bisherige und erfolgreiche „bottom up“-Prozess, d.h. die Minderheiten wirken von der Basis auf die Landespolitik ein, müsste zwangsläufig für die neue Region zu einem „top down“-Prozess werden: Die Politik verordnet Minderheitenschutz und Minderheitenförderung – ohne dass in der nun größer gewordenen Mehrheit Wissen oder Bewusstsein entstanden sind. Es entsteht eine *neue soziale Marginalisierung*: Eine schwierige neue Ausgangslage für die Minderheitenpolitik.
4. Die Einbeziehung großer Metropolen wie Hamburg oder Hannover würde mit Sicherheit eine intensive Debatte über die Rolle „neuer“ Minderheiten aufkommen lassen, die in diesen Städten – unorganisiert, aber sichtbar vorhanden – leben und arbeiten. Es müsste nun argumentiert werden, inwieweit sich die „traditionellen“ und die „neuen“ Minderheiten unterscheiden und welche politischen Rechte sich daraus ableiten ließen. Dies würde zu einer *neuen Differenzierungsdebatte* führen, die gesicherte Privilegien der traditionellen Minderheiten wieder infrage stellen könnte. Ich erinnere an die immer wieder aufkommende Frage, was eine „Minderheit/Volksgruppe“ denn sei – wir in Schleswig-Holstein haben dies beantwortet, ein „Nordstaat“ würde die Debatte neu öffnen.
5. Der bestehende interfraktionelle Konsens in der Minderheitenpolitik müsste in einem Nordstaat neu hergestellt werden. Wie schnell bzw. ob dies überhaupt gelingt, ist nicht vorherzusagen. Eine *neue negative Fraktionierung*: Das wäre ein Handicap erster Güte.

IV. Aktionsbedarf für Minderheiten und Politik

Das Fazit dieser wenigen beispielhaften Punkte ist negativ. Die Minderheiten- und Volksgruppen in Schleswig-Holstein können heute kein Interesse an einem bald entstehenden „Nordstaat“ haben. Weder ist eine politische Peripherisierung noch eine soziale Marginalisierung gewünscht, weder eine neue Differenzierungs- noch eine Fraktionierungsdebatte zielführend. Und vergessen wir nicht: Konzentrationen im Hochschulbereich, im Gerichts- oder Verwaltungswesen und auch ökonomische Kooperationen haben für die Querschnittsaufgabe „Minderheitenpolitik“ inhaltliche und strukturelle Konsequenzen.

Meiner Meinung nach können die Minderheiten und die sie unterstützenden Politiker einer politischen Neukonstruktion nur dann zustimmen, wenn die existenziellen Rechte der Minderheiten gewahrt und auch weiter gefördert würden. Was aber „existenziell“ ist, müssen die Minderheiten – mit politischer Unterstützung – in den kommenden Monaten diskutieren und festlegen. Die Minderheitenpolitik steht mit der „Nordstaat“-Debatte vor einer neuen Herausforderung. Das scheint noch kein akutes Problem; aber es ist unbedingt ratsam, an der schon intensiv geführten Diskussion langsam, aber sicher, zuerst intern, dann auch extern teilzunehmen.

Das ist der Anstoß, den ich geben möchte, damit dieses Politikfeld eine „Erfolgsgeschichte“ bleibt.

Kulturkanon in einem Grenzland

von PETER DRAGSBO

In den Zeiten der Globalisierung und der dauerhaften Anwesenheit von Menschen aus teilweise weit entfernten Kulturkreisen hat die kulturpolitische Diskussion in Deutschland wie in Dänemark in den letzten Jahren einen erheblichen Auftrieb erfahren. Dabei stellt sich immer wieder die Frage danach, was die eigene Kultur überhaupt ausmacht und was dazugehört oder dazugehören sollte. Stärker als in Deutschland ist in Dänemark auch der Umgang mit dem eigenen Kulturerbe in den Blickpunkt geraten. So erregte Kulturminister Brian Mikkelsen im Dezember 2004 Aufsehen mit der Ankündigung, dass ein nationaler „Kulturkanon“ über das wichtigste dänische Kulturerbe aufgestellt werden sollte. Im folgenden Beitrag setzt sich der Sonderburger Museumsdirektor Peter Dragsbo, der bereits in einem früheren Beitrag (GFH 3/2004, S. 199 ff.) die Forderung nach besserer Berücksichtigung auch des vermeintlich „anderen“ Kulturerbes formuliert und vor kurzem gemeinsam mit Kollegen ein wichtiges Werk zur Debatte über den Umgang mit dem Kulturerbe (vgl. GFH 4/2005, S. 341 ff.) vorgelegt hat, kritisch mit dieser Strategie auseinander, zeigt aber auch die Chancen für einen bewussteren Umgang mit dem Kulturerbe im schleswigschen Grenzland.

Die Redaktion

In Dänemark wie auch in Deutschland wird zur Zeit eifrig über grundsätzliche Fragen zur Landeskultur diskutiert. Dabei werden immer häufiger so genannte „Kanons“ für die Kultur ins Spiel gebracht. Diese sind gewissermaßen „Bestenlisten“ für die vermeintlich wichtigsten Werke und Elemente im jeweiligen Kulturbereich. Ein solches Konzept fordert natürlich zu Diskussionen über seinen Sinn heraus. In Dänemark haben namentlich Kultur- und Zeitgeschichtler eingewandt, dass Kultur eine dynamische Größe sei, in der der eigentliche Wert oft eher in der Entwicklung als im Ergebnis liege. Kultur sei daher nur in Ausnahmefällen ein festes „Erbstück“, das als solches gegeben sei und dessen Bedeutung ein für alle Male unumstößlich definiert worden sei.

Doch die Diskussion in Dänemark dreht sich noch um eine weitere grundsätzliche Frage: Die auch vom Kulturminister favorisierte Aufstellung eines dänischen Kulturkanons beinhaltet Kritikern zufolge eine unterschwellige bis offene Wertabgrenzung. Der Kulturkanon könne allzu leicht als gegen etwas oder jemanden gerichtet verstanden werden, wenn er per Definition auf „dänische Kultur“ beschränkt sein soll. Wenn man herausfinden will, ob ein dänischer Kulturkanon

überhaupt machbar ist, kann ein Blick über die Grenze interessant und hilfreich sein. Und das soll in diesem Zusammenhang ganz wörtlich verstanden werden, indem wir einen Blick in das deutsch-dänische Grenzland werfen. Dabei stellt sich zunächst die Frage, ob man auch einen Kulturkanon für das Kulturerbe des schleswigschen Grenzlandes aufstellen könnte.

Was ist Kulturerbe?

Zunächst einmal müssen wir festlegen, was mit dem Begriff „Kulturerbe“ überhaupt erfasst werden soll. Auf den ersten Blick ist Kultur ein gemeinsames und unteilbares Erbe, das nur übernommen und gepflegt werden müsse. Doch in Wirklichkeit ist Kulturerbe eben das, was wir heute als erinnerenswert und bewahrenswürdig erachten. Somit wird Kulturerbe zu einem dynamischen Begriff, dessen Bedeutung vom Kontext der Zeit abhängig ist. Und können wir uns überhaupt darüber einig werden, was als Kulturerbe aufzufassen ist? Schließlich ist Kulturerbe ja nicht nur national in dem Sinne, dass es zum nationalen Territorium Dänemarks oder Deutschlands gehört. Die Bestandteile der Kultur sind lokal wie international, städtisch wie ländlich, stammen von Adeligen und Arbeitern, von Alt und Jung, von Mann und Frau usw. Und nirgendwo ist diese Vielschichtigkeit so deutlich sichtbar wie in einem Grenzland, wo sich verschiedene Sprachen, Kulturen und Identitäten über lange Zeit begegnet sind und es auch heute noch tun.

Nun wollen wir einen Blick auf das Kulturerbe auf der dänischen Seite der Grenze werfen, beispielsweise auf Erinnerungen, Traditionen, Denkmale, Kulturlandschaften im weiteren Sinne, Bauwerke und andere Gegenstände. Schnell werden wir dabei erkennen, dass das nordschleswigsche Kulturerbe weniger dänisch ist als das Kulturerbe im übrigen Dänemark. Dänische, friesische und norddeutsche Kulturelemente begegnen sich hier. Wir haben dänische Erinnerungsstätten wie Düppel und Skamlingsbanke und deutsche wie den Knivsberg – und ebenfalls Düppel, aber aus einem anderen, deutschen, Blickwinkel. Somit kann man das nordschleswigsche Kulturerbe als das am ausgeprägtesten internationale in ganz Dänemark bezeichnen. Doch gleichzeitig ist es mehr national als spezifisch (nord)schleswigsch. Natürlich gibt es eine ganze Reihe spezifischer lokaler und regionaler Kulturelemente. Doch herausragend ist die Rolle, welche der Landesteil für die Herausbildung der dänischen Identität und Nation gespielt hat – und nicht zuletzt auch für schleswig-holsteinische und deutsche Identitätsfindung. So erzählen alte deutsche Bahnhofsgebäude, Arbeiterwohnungen und Domänen gemeinsam mit alten dänischen Meiereien, Siedlungen aus der Bodenreform-Ära und Bauvereinshäusern vom Weg zweier Nationen in den modernen Sozialstaat.



Abb. 1 Kaiserliche Marinestation in Sonderburg, ein Beispiel für kontrovers diskutiertes Kulturerbe

Vielfältige Sichtweisen auf das Kulturerbe im schleswigschen Grenzland

Nicht zuletzt wegen dieser Vielschichtigkeit wird die Diskussion darüber laufend fortgesetzt, welcher Teile des nordschleswigschen Kulturerbes wir uns erinnern sollen und wie mit ihnen in der Öffentlichkeit umgegangen werden soll. Dürfen deutsche Soldaten an der Gedenkfeier auf den Düppeler Schanzen teilnehmen? Sollen wir im grenznahen Bereich zweisprachige Straßenschilder aufstellen? Soll die Bismarck-Statue zurück auf den Knivsberg? Darf man auf dem Knivsberg Unterhaltung auf Synnejysk bieten? Und ist der alte Dialekt ein ernsthaftes Kulturerbe oder einfach nur unterhaltsam? Das sind nur einige Fragen zu dieser Thematik, die in den letzten Jahren immer wieder aufgeworfen worden sind.

Auf der deutschen Seite der Grenze sieht es natürlich nicht anders aus. Auch hier ist das Kulturerbe sowohl interkulturell als auch international – dänisch, friesisch, schleswig-holsteinisch und (gesamt-) deutsch. Auch hier hat es immer wieder Debatten über die Wertschätzung und die Behandlung des Kulturerbes gegeben: Kann das Dannewerk eingeebnet werden oder muss es bewahrt werden? Darf der Idstedt-Löwe an seinen ursprünglichen Standort auf den Alten Friedhof in Flensburg zurückkehren? Dürfen dänische Schüler auf Duborg-Skolen eine Rede auf Deutsch halten? Sollte in Flensburg auf den Richtungsschildern nach Norden nicht besser „Aabenraa“ statt „Apenrade“ stehen? Wieso haben dänische

Reisegesellschaften niemals den Scheersberg, den Aschberg oder Idstedt auf dem Programm? Im Grenzland sieht man deutlich, dass es zu jeder Zeit gegenläufige Ansichten über Formen der Erinnerung und den Wert des Kulturerbes gegeben hat und gibt. Und dies ist wiederum eine Gemeinsamkeit auf beiden Seiten der Grenze.

Die Tatsache, dass man das Kulturerbe im Grenzland auf verschiedene Weise deuten und an eine große Anzahl von Identitäten knüpfen kann, darf uns natürlich nicht handlungsunfähig machen. Ohne Frage muss es erlaubt sein darüber zu diskutieren, was für uns am Kulturerbe – und an der Kultur überhaupt – am wichtigsten und besten erscheint. Doch die Debatte gerät aus den Fugen, sobald wir versuchen, das übergreifende Kulturerbe mit den Etiketten „dänisch“ oder „sønderjysk“ beziehungsweise „deutsch“ oder „schleswig-holsteinisch“ zu kennzeichnen. Denn dadurch wird die Debatte auf unzulässige Weise verengt, und sie verkommt zu einem Versuch der Monopolisierung oder Vereinfachung mit einseitiger Tendenz. Stattdessen sollte man darüber sprechen, was wir als am wesentlichsten für Dänemark oder Deutschland beziehungsweise Nord- oder Südschleswig oder die lokale Kulturlandschaft erachten. Dabei spielt es keine Rolle, ob die betreffenden Gegenstände von Deutschen, Dänen, Nord- oder Südschleswigern, Briten, Chinesen oder wem auch immer erfunden oder verwirklicht worden sind. Wenn etwas von historischem und/oder kulturellem Wert ist, dann hat es als Kulturerbe zu gelten!

Bedeutung der regionalen für die nationale Kulturdebatte

Bei der Gratwanderung zwischen offener und verengter Sicht, etwa in der dänischen Kulturdebatte, lässt sich allerhand aus der Vielfalt des Grenzlandes lernen. Denn gerade das inter-nationale und inter-kulturelle Kulturerbe des schleswigschen Grenzlandes wirft das notwendige kritische Licht auf den in Dänemark noch immer allgemein verbreiteten Glauben, dass ein einheitliches nationales und harmonisiertes Kulturerbe überhaupt im Bereich des Möglichen liegt. Dieser Glaube fußt womöglich auf der Selbstverständlichkeit der nationalen Identität für viele Dänen, welche sich aus Dänemarks Verwandlung zu einem nahezu „reinen“ Nationalstaat nach 1864 ergeben hat. Doch unter den Bewohnern Nord- und Südschleswigs können viele von sich sagen, dass sie dänisch bzw. deutsch seien, weil sie selbst oder ihre Vorfahren diese Wahl getroffen hätten. Das ist ein wesentlicher Unterschied zu der nicht nur in nationalistischen Kreisen verbreiteten Auffassung, wonach man von Grund auf und von Alters her deutsch, dänisch oder anderes sei.

Gleichzeitig zeigt uns das schleswigsche Grenzland, dass die Existenz eines „anderen Kulturerbes“ kein Problem ist, das nur durch Abgrenzung gelöst wer-



Abb. 2 Ringofen der Ziegelei Cathrinesminde bei Broager, ein Beispiel für industriege-
schichtliches Kulturerbe

den könnte, sondern vielmehr ein Wert an sich. Die Anwesenheit eines anderen Kulturerbes eröffnet uns nämlich auch die Chance, dass „wir uns selbst besser in der Welt verstehen“ – um es mit den Worten des dänischen Ethnologen Thomas Højrup auszudrücken. Vielleicht lernen wir uns selbst besser kennen, wenn wir uns bewusst auch für das Kulturerbe interessieren, das wir auf den ersten Blick mit „den anderen“ verbinden – anstatt uns nur mit dem vermeintlich eigenen zu befassen.

Die Situation im schleswigschen Grenzland lehrt uns auch, mit kritischem Blick darauf zu achten, welche Aspekte des Kulturerbes im Laufe der Geschichte unter den Teppich gekehrt worden sind. Sollten wir nicht beispielsweise die Geschichte des Faarhus-Lagers (wo 1945-47 vor allem Angehörige der deutschen Minderheit interniert waren, die sich während der deutschen Besetzung 1940-45 dem Staat gegenüber nicht loyal verhalten hatten) und des Fröslee-Lagers (wo 1943-45 vor allem Angehörige des dänischen Widerstands eingesperrt waren) in einem Zusammenhang behandeln? Sollte auf den Düppeler Schanzen nicht ein Hinweis auf das deutsche Siegesdenkmal von 1871 angebracht werden, welches von unbekanntem Dänen 1945 gleich nach Kriegsende gesprengt wurde?

Sollten wir nicht die besten öffentlichen und privaten Bauten aus der Kaiserzeit in Nordschleswig unter Denkmalschutz stellen? Sollten wir nicht in Sonderburg einen Gedenkstein für die deutschen Matrosen errichten, die hier 1945 teilweise noch nach der Kapitulation als „Deserteure“ hingerichtet wurden? Sollten wir nicht auch historische Bauten bewahren, die von manchen als unpassende Überbleibsel der Geschichte oder einfach nur als ästhetisch hässlich empfunden werden, wie etwa die im vergangenen Jahr abgerissenen Dienstgebäude am Grenzübergang Krusau-Kupfermühle? Auch hier ließen sich zahllose weitere Beispiele anführen.

Fazit

Die Diskussion darüber, was man für erinnerenswert hält oder was man getrost vergessen kann, ist von dauerhafter Aktualität. Allein schon aus diesem Grund wäre eine Debatte über einen eventuellen nord- oder auch südschleswigschen Kultur-Kanon eine gute Idee. Entscheidend ist jedoch, dass es dabei um die Qualität und um die Bedeutung geht – und nicht um ein vermeintlich endgültiges Ergebnis. Denn dieser Glaube an ein absolutes, endgültiges und gemeinsames Resultat ist gefährlich. Gerade in einem Grenzland könnte ein solcher Versuch alte Wunden schnell wieder aufbrechen lassen. Nach 150 Jahren mit Kriegen, Konflikten und Gegensätzen haben nun endlich gegenseitiges Verständnis und Zusammenarbeit die Oberhand gewonnen. Würden wir das Erreichte nicht in Frage stellen, wenn wir plötzlich vor der Wahl stünden, ob beispielsweise Skamlingsbanke oder der Knivsberg oder auch Prinz Joachims Schackenburg oder Kaiser Wilhelms Marinestation in Sonderburg in den Kulturkanon gehörten oder nicht?

Auch die Museen, deren zentraler Arbeitsbereich eben das Kulturerbe ist, haben seit über 100 Jahren ihren Beitrag zum Aufbau nationaler Identität und nationalen Bewusstseins geleistet – und damit auch bewusst oder unbewusst zum Aufbau von Feindbildern und zu nationaler Selbstgerechtigkeit beigetragen. Gerade deshalb haben unsere Museen die Verpflichtung – und das beziehe ich nicht zuletzt auf ein nationalhistorisches Museum wie das Sonderburger Schloss – sich über den herkömmlichen national- und kulturpolitischen Rahmen zu erheben und das Kulturerbe nicht als Beitrag zu einer künstlichen Abgrenzung, sondern als eine Grundlage für größere Erfahrung und besseres Bewusstsein für alle im Landesteil zu betrachten.

Übersetzung: Gerret Liebing Schlaber

Idstedt – Erinnerungsort gemeinsamer deutsch-dänischer Geschichte

2. Teil: Von 1945 bis zur neuen Ausstellung 2005

von *MATTHIAS SCHARTL*

Die Idstedt-Ausstellung in der grenz- und kulturpolitischen Auseinandersetzung nach dem Zweiten Weltkrieg

Ende 1944 wurde die Ausstellung in der Idstedt-Halle kriegsbedingt für die Öffentlichkeit geschlossen, die Exponate nach Schleswig überführt und das Gebäude für einige Jahre als Flüchtlingsunterkunft genutzt. Die Stadt als Eigner war danach aus finanziellen Gründen an einer Wiedereröffnung des Hauses zunächst wenig interessiert. Zusätzlich bestimmte eine alliierte Anweisung aus dem Jahr 1946, dass „Museen vornehmlich kriegsgeschichtlichen Inhaltes und Waffensammlungen nicht wieder aufgebaut werden (sollen)“. In dieser Zeit, so wird berichtet, verschwanden Waffen und Uniformen „auf mysteriöse Weise“, zum Teil seien sie sogar als Souvenirstücke „außer Landes“ gebracht worden¹.

Mitte 1948 erhielt der Schleswiger Stadtarchivar Ernst Petersen erneut den Auftrag, die Sammlung zu sichten und eine neue Ausstellung aufzubauen. Mit Rücksicht auf die Militärbehörden sei es ihm darum gegangen, dem Museum „nicht den Charakter einer Ausstellung von Kriegsgegenständen“ zu geben. Idstedt sollte sich nach seinen Worten in „eine Weihe- und Gedächtnisstätte“ verwandeln². Dabei orientierte er sich, wie verschiedene Fotos zeigen, an der von ihm schon einmal knapp zehn Jahre zuvor überarbeiteten Ausstellung, die, so das Flensburger Tageblatt im Bericht zur Eröffnung im September 1949, „zweifelloso geeignet (ist), als würdige Stätte auf geschichtlich bedeutsamem Boden Deutschen und Dänen Stunden weihervoller Einkehr zu bieten.“ Weiter hieß es: „Ein Rundgang ließ ein Bild jener Zeit entstehen, in der unsere Väter, allein auf sich gestellt, für ihr klares Recht kämpften und starben.“ Die Gedächtnishalle sei nun „ein Zeuge vergangener schwerer Zeit und eine Mahnerin für die Zukunft“.³

Inhaltlich präsentierte Petersen Altbekanntes: Im ersten Raum befanden sich unter der Überschrift „Das Jahr 1848“ Bilder und Szenen von den ersten militärischen Auseinandersetzungen sowie Aufrufe und Befehle. Die Mittelhalle bot Waffen, Fahnen, Munition und eine große farbige Tafel mit dem Titel „Umstrittenes Land“, mit der demonstriert werden sollte, „wie oft Schleswig-Holstein als uralte Völkerbrücke zwischen Süd und Nord im Verlaufe von 1000 Jahren umkämpft worden ist.“ Der dritte Raum widmete sich den militärischen Ereignissen mit der Schlacht bei Idstedt als Höhepunkt. Wiederverwendet wurden die von

Hans Philipp entworfenen Vitrinen, die Petersen erneut mit einer Vielzahl von Gewehren, Pistolen, Säbeln und anderen „Militaria“ bestückte⁴.

Neu im Ausstellungskonzept war allenfalls die Tatsache, dass erstmals bewusst an dänische Besucher gedacht wurde. Idstedt sollte damit nach Petersens Vorstellung ein Gedenkort werden, an dem Deutsche und Dänen gemeinsam ihre Toten der Vergangenheit ehren konnten. Der Schleswiger Kulturausschuss merkte an, dass „die Schau keine Siegesverherrlichung darstellt“, und begründete seine Sicht mit dem schlichten Nachsatz, „dass die Schlacht bei Idstedt ja verloren“ gegangen sei. Als „Gedächtnisstätte und geschichtliches Erinnerungsmal“ werde Idstedt „alljährlich nicht nur von Tausenden Schleswig-Holsteinern, sondern auch von ungezählten Touristen aus Dänemark besucht“⁵.

Für die Ausstellung wurde damit ein Anspruch reklamiert, der im Gegensatz zu den jährlichen Gedächtnisfeiern stand. Zwar hielten sich die Redner fortan mit Revisionsforderungen gegenüber Dänemark zurück. Die verbalen Attacken in der leidenschaftlich geführten grenzpolitischen Auseinandersetzung richteten sich statt dessen gegen die erfolgreiche Kulturarbeit der dänischen Minderheit, so schon bei der ersten Gedächtnisfeier nach dem Krieg am 25. Juli 1950, bei der Rudolf Muus als stellvertretender Vorsitzender des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes zur „zweiten Idstedt-Schlacht“ aufrief, die von den „Schleswig-Holsteinern auf der geistigen Ebene ... gewonnen werden“ müsse. „Wir werden es niemals dem unentschlossenen General Willisen nachtun oder uns gar hinter die Eider zurückziehen.“ Der frühere Landesminister Dr. Richard Schenk empfahl in seinem Grußwort, der „Bedrohung aus dem Norden“ weiterhin entgegenzutreten, das sei „die Mahnung von Idstedt für das Geschlecht von heute“⁶.

Nachdem bei dieser Gelegenheit aus dem Kreis der Teilnehmer der Wunsch aufgekommen war, wieder jährlich in einer Feierstunde des Tages von Idstedt zu gedenken, wurde im Frühjahr 1951 unter Federführung des Heimatbundes und des Kreises Schleswig der „Idstedt-Ausschuss“ gegründet, dem auch Vertreter der umliegenden Gemeinden angehörten. Zum Vorsitzenden wählte der Ausschuss, der kein Verein sein wollte, sondern sich lediglich als eine „lose Vertretung der an Idstedt interessierten Kreise“ verstand, das Vorstandsmitglied im SHHB, Landesrechnungskammerdirektor Dr. Heinrich Clasen, Geschäftsführer wurde der Lehrer Christian Henningsen. Finanziert wurde die Arbeit durch Beiträge und Zuschüsse der Mitglieder⁷.

Seine vornehmliche Aufgabe sah der Ausschuss darin, „die Idstedt-Tradition zu pflegen und alljährlich den Idstedt-Tag zu gestalten“⁸. Im Jahr darauf wurde dieses Ereignis erstmals wieder im größeren Rahmen gefeiert. Für den Ausschuss sprach Schulrektor Tramm von den „vielen stummen Zeugen, die auf Idstedts Feld im Glauben an eine gute gerechte Sache ruhen“. Flensburgs Stadtpräsident Dr. Hanno Schmidt erwartete vom „dänischen Volk“ in Zeiten „der

Abb. 1
 Blick in die 1949 überarbeitete
 und bis 1977 nahezu
 unveränderte Ausstellung als
 Umschlagfoto des 1950 erstmals
 aufgelegten Führers durch die
 Idstedt-Gedächtnishalle



Vereinigung der europäischen Geister“ die Einsicht, dass „ein über die kulturelle Unterstützung des südschleswigschen Dänentums hinausgehender Grenzkampf angesichts der Entwertung aller Grenzen unzeitgemäß ist (und) dass man sich mit den Ergebnissen der Geschichte abfinden muss“⁹.

Als Vertreter der deutschen Minderheit in Nordschleswig erklärte Rektor Paul Koopmann 1957: „Deutsche und Dänen (seien) durch ein gemeinsames, leidvolles Schicksal gegangen.“ Beide sollten sich heute „als sich gegenseitig respektierende Völker“ ansehen. Der dänischen Minderheit in Südschleswig hielt er „den harten Selbstbehauptungswillen der Idstedt-Kämpfer“ entgegen. Das Gebiet zwischen Schlei und Treene habe nicht nur ein „Danevirke-Gesicht, sondern auch ein nach Norden gewandtes Idstedt-Gepräge“. In Idstedt sei „das deutsche Gesicht der Landschaft verteidigt worden und die Tat der Idstedt-Kämpfer gebe uns heute noch die Kraft, für eine deutsche Zukunft unseres Landes zu streben“¹⁰.

Das Vorstandsmitglied des SHHB Wilhelm Jürgensen erinnerte 1961 zwar daran, dass die Grenzen im zusammenwachsenden Europa „eine weniger große Bedeutung haben (werden) als einst. Bleiben werde jedoch auf beiden Seiten der Grenze ein lebendiges Volkstum, das sich bei allen Gemeinsamkeiten mit allen Nachbarn auch um sein Ureigenes und um sein Recht ringe“.¹¹ Auch in den folgenden Jahren lebte das alte Idstedt-Bild vom „stillen Ausharren und geduligen Abwarten“ und die anmaßende Auffassung, dass die Schleswig-Holsteiner seinerzeit im Recht gewesen seien, ungebrochen fort. Immer wieder wurden

unter Hinweis auf die von der Kulturarbeit der dänischen Minderheit angeblich ausgehenden Gefahren Bekenntnisse zur Heimat abgelegt. Zwar wandelte sich das Verhältnis zum dänischen Nachbarn. So wurden in Idstedt seit dieser Zeit als symbolischer Ausdruck und Respekt vor den Opfern an den Gräbern der Gefallenen beider Seiten Kränze niedergelegt. Dennoch fiel es manchem Redner schwer, sich von der Ideologie des Grenzkampfes zu trennen.

Um die Ausstellung, die sich, wie schon gesagt, konzeptionell von ihren ideologisch aufbereiteten Vorgängern kaum unterschied, kümmerte sich der Idstedt-Ausschuss hingegen nicht. Zum Jahreswechsel 1955/56 erfolgte unter Federführung des Schleswiger Museumsdirektors Theo Christiansen zwar eine Überarbeitung, die jedoch kaum merkbare Veränderungen brachte. Die dabei vorgenommene Restaurierung besonders angegriffener Exponate erwies sich zudem als unzureichend. Das Gebäude verfiel und als 1961 erneute Sanierungsarbeiten bevorstanden, übernahm der Kreis auf Bitten der finanziell überforderten Stadt Schleswig die Trägerschaft¹².

Auch eine professionelle Betreuung der Ausstellung scheiterte an den dafür aufzuwendenden Personalkosten. Über Jahre hinweg sorgten die Pächter der benachbarten Schankwirtschaft als „Wärter“ für den Kartenverkauf und übernahmen zum Teil auch die Museumsführungen. Die insbesondere von Alfred Kubel (Wärter von 1936-1962) mit den städtischen Dienststellen und vom Geschäftsführer des „Idstedt-Ausschusses“ Christian Henningsen mit der Kreisverwaltung geführten Briefwechsel zeigen, wie sehr die Ausstellung allen „Sonntagsreden“ zum Trotz in Vergessenheit geriet. Nach dem altersbedingten Ausscheiden Kubels sollen die mit der Aufsicht beauftragten Wirte zudem ihrer Pflicht nur noch unzureichend nachgekommen sein; Museumsinventar sei, so heißt es in einem Bericht, gestohlen worden. Zudem sei „die Korrosion der Gegenstände ... sehr fortgeschritten“.¹³

Idstedt und die „gesamtdeutsche Perspektive“

Die Übertragung der Trägerschaft an den Kreis Schleswig zum 12. März 1962 brachte zunächst wenig Veränderungen. Nicht nur das Publikumsinteresse an der Ausstellung hatte spürbar nachgelassen, auch die Gedenktage fanden kaum noch öffentliche Resonanz. Wie schon in den 1920er Jahren drohte die Schließung. Der politische Wille, die auf gut 100.000 DM geschätzten Sanierungskosten zu übernehmen, war nirgendwo zu erkennen¹⁴. Unter Federführung des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes und seines rührigen Vorsitzenden Dr. Werner Schmidt wurde nach neuen Wegen gesucht. Die Pflege der Idstedt-Tradition sei nicht nur „legitim“, sondern „für die Entwicklung des Selbstbewusstseins der Schleswig-Holsteiner“ unerlässlich, erklärte er im Mai 1977 vor Vertretern des



Abb. 2 Die Idstedt-Gedächtnishalle mit dem in den zwanziger Jahren verkürzten Zwillingsturm der benachbarten Kirche um 1950

Idstedt-Ausschusses. Besonders im Verhältnis zum dänischen Nachbarn könne die „Begegnung mit Idstedt das Verständnis füreinander nur fördern“¹⁵. Kurz darauf präsentierte Schmidt in der Zeitschrift „Schleswig-Holstein“ seine Vorstellungen einer breiteren Öffentlichkeit. Ein Verein, auf jeden Fall jedoch eine breit angelegte Trägerschaft sollte für die dauerhafte Finanzierung sorgen. Eine neue Ausstellung müsse auf den Weg gebracht und ebenso Geld für die dringend notwendige Sanierung angesammelt werden. „Dem Kenner dieser Halle“, so Schmidt weiter, müsse klar werden, „dass der innere und äußere Zustand dieser Gedenkstätte so sehr Schaden gelitten hat, dass sie in dieser Form nicht aufrechterhalten werden kann.“¹⁶

Nach langen Verhandlungen wurde am 20. März 1978 mit der Idstedt-Stiftung ein neuer Träger gefunden. Stiftungsmitglieder waren der Kreis Schleswig-Flensburg, der SHHB, der Deutsche Soldatenbund „Kyffhäuserbund“, die Stadt Schleswig und weitere in der Nachbarschaft befindliche Gemeinden. Ebenso wurden in Schleswig und Umgebung beheimatete Bundeswehreinheiten als Partner für zukünftige Aktivitäten gewonnen¹⁷.

Die mit 220.000 DM ausgestattete private Stiftung wurde Eigentümerin der Gebäude, der Grundstücksflächen sowie sämtlicher in der Zwischenzeit ins Städtische Museum in Schleswig ausgelagerter Sammlungsgegenstände. Den Vorsitz im fünfköpfigen Stiftungsvorstand übernahm laut Satzung Landrat Dr. Gernot Korthals und 1987 dessen Nachfolger Jörg-Dietrich Kamischke. Der Stiftungsrat als Mitgliedsorgan tagte unter Vorsitz der Kreispräsidenten, zunächst Andreas Franzen und ab 1990 Johannes Petersen. Die Geschäftsführung lag in den Händen von Christian Henningsen, der diese Position schon 1951 im Idstedt-Ausschuss übernommen hatte. Stiftungszweck ist bis heute unverändert der Erhalt der Idstedt-Halle, „die ständige Öffnung dieser Gedenkstätte für Besucher, die Verbreitung der Kenntnis von den Vorgängen der schleswig-holsteinischen Geschichte der Jahre 1848 bis 1851 und 1864 und die Werbung für den Besuch der Gedenkstätten in Idstedt und Oeversee.“ Wie schon ihre Vorgänger, übernahm die Stiftung auch die Verantwortung für die Pflege der in der Nähe befindlichen Kriegsgräber¹⁸.

Schwieriger gestaltete sich der Versuch, die von Schmidt wiederholt angeregte neue Ausstellung auf den Weg zu bringen. Schon 1975 hatte Schleswigs Museumsdirektor Theo Christiansen ein Konzept entwickelt und darin angemahnt, die historischen Hintergründe wie beispielsweise „die europäische Komponente der Revolution von 1848“ zu berücksichtigen. Die Umsetzung solle „ein junger und tüchtiger Historiker“ übernehmen, „der alle geschichtlichen Aspekte deutlich darstellt, damit vor allem bei jungen Besuchern keine falschen Emotionen geweckt werden.“¹⁹

Sein Ansatz fand jedoch insbesondere bei Werner Schmidt wenig Gefallen. Christiansen zog sich enttäuscht aus der von Schmidt geleiteten Vorbereitungsgruppe zurück, nicht ohne in einem Brief nochmals seine grundsätzlichen Bedenken zu wiederholen: „Zu viele Erlasse, Proklamationen, Porträts, Texttafeln usw. machen ein Museum dürre und langweilen den Besucher. Ein Museum lebt von gut ‚servierten‘ Exponaten, sonst wird es ein an die Wände geklebtes Lehrbuch.“²⁰

Schmidt verfolgte andere Pläne, die er schon bei seiner Festansprache zur Feier des 125. Jahrestages im Jahr 1975 zum Ausdruck gebracht hatte, als er über eine vermeintliche „Geschichtslosigkeit“ der jungen Generation klagte. Er betrachte diese Entwicklung, die auch Idstedt gefährde, mit großer Sorge. „Der Verzicht auf Geschichte nimmt den Blick für die Zukunft“, mahnte er, um anschließend weiter festzustellen, dass „unter einer nüchternen Wertung der Kräftekonstellation in Europa zur Mitte des vorigen Jahrhunderts erkannt werden (müsse), dass die Schleswig-Holsteiner hier bei Idstedt einen vergeblichen Opfergang antraten.“ Dieses Opfer könne auch heute noch beispielgebend und sinnstiftend sein: „In der politischen Welt ist – das lehrt uns Idstedt – die Fähigkeit vonnöten, geduldig warten zu können – warten im ungebrochenen Bewusstsein des historischen

Rechts. Diese Lehre gilt für unser ganzes Volk, das noch auf die Stunde seiner endgültigen befriedeten Einheit warten muss.“²¹

Mit seiner Sicht missbrauchte Schmidt das Beispiel Idstedt in bedenklicher Weise für die politische Aufgabe der Wiedervereinigung des nach 1945 geteilten Deutschland. Die neue Ausstellung sollte – wie er an anderer Stelle erklärte – nicht nur über das Ereignis selbst und die Geschichte Schleswig-Holsteins mit Dänemark informieren. Zwar könnten beide Seiten nunmehr „mit liebevoller, verstehender und verzeihender Haltung auf ihre Geschichte zurückblicken“²². Die Zusammengehörigkeit und Einheit Deutschlands sei aus einer gesamtdeutschen Perspektive heraus ins Bewusstsein zu rücken, und das Geschehen könne unter Berufung auf das „historische Recht, das die beiden Herzogtümer als untrennbar vereinte Staaten auswies“, legitimiert werden. Gerade die Schleswig-Holsteiner hätten geduldig zu warten gelernt. Ihr Vorbild könne Richtschnur sein im Streben nach der Überwindung der deutschen Teilung. „Die Lehre von Idstedt gilt heute nicht mehr für die Menschen dieses Landes allein – sie gilt für unser ganzes deutsches Volk, das noch auf die Stunde seiner endgültigen und ebenso wie hier befriedeten Einheit warten muss.“²³

Unter der Leitung von Gerd Stolz wurde die in diesem Sinne in kürzester Zeit konzipierte Ausstellung am 9. September 1978 – beim ersten Schleswig-Holstein-Tag – eröffnet. Stolz wollte die Sammlung nach eigenem Bekunden gleichermaßen landeskundlich und kulturgeschichtlich ausrichten. In Anlehnung an Schmidt und dessen in der Zeitschrift „Schleswig-Holstein“ an gleicher Stelle veröffentlichten pathetischen „Gedanken auf dem Schlachtfeld bei Idstedt“ legte er dar, dass „Schleswig-Holstein zum Spielball europäischer Großmachtspolitik geworden (war) ... und in jenem Monat bei Idstedt zu dem vergeblichen Opfergang an(trat), der das Signal für den Untergang der Erhebung sein sollte.“ Für ihn war die Schlacht bei Idstedt keine „sinnlose“ militärische Niederlage. Sie stand für ihn ebenso im wieder aktuellen Zusammenhang mit „dem großen historischen Prozess der Deutschen, ihre Einheit und Freiheit zu finden“. Die Schlacht bei Idstedt bezeichnete er in unmissverständlichen Worten als „Abschluss des ersten misslungenen Versuchs im Kampf um das Selbstbestimmungsrecht“. Hier sei „der letzte Schein jener großen Flamme (erloschen), deren Glanz einst strahlend von der Frankfurter Paulskirche aus sich über Deutschland verbreitet hatte“.²⁴

Die Ausstellung selbst gliederte er in drei Teile. Im ersten Raum wurden unter der Überschrift „Landesgeschichte“ der „Kampf um die Einheit und Selbständigkeit“ Schleswig-Holsteins geschildert. In der sogenannten Ehrenhalle befand sich eine Bildtonschau in deutscher und dänischer Sprache, in der Besucher Hintergründe des damaligen Geschehens abfragen konnten. Zugleich wurden hier Daten zur Landesgeschichte und eine Galerie der für die Ereignisse bedeutenden Persönlichkeiten präsentiert. Der dritte Raum war dem Thema „Das Militär und die

Schlacht bei Idstedt“ gewidmet. An den Wänden hingen Bilder mit Schlachtszenen und die noch vorzeigbaren Originaldokumente. Militaria wie Waffen, Uniformteile oder Helme wurden in Vitrinen präsentiert.

Das von Schmidt und Stolz vermittelte Geschichtsbild wurde schon im Vorfeld der Ausstellungseröffnung zum Gegenstand heftigster Kritik, die 1979 in einen in den Grenzfriedensheften publizierten Aufsatz mündete²⁵. Die profunden Idstedt-Kenner und Landeshistoriker Manfred Jessen-Klingenberg, Jörn-Peter Leppien und Hans Friedrich Rothert skizzierten hier die Geschichte des Idstedt-Geschehens und warfen der eben eröffneten Ausstellung vor, sie schreibe den Idstedt-Mythos ungebrochen fort; sie sei einseitig militärisch orientiert und berücksichtige nicht den aktuellen Forschungsstand. Die Schlacht bei Idstedt sei keine bedeutsame Station auf dem Wege der Loslösung der Herzogtümer von Dänemark, die mit der Einverleibung in Preußen 1867 und der Gründung des Kaiserreichs 1871 ihr glückliches Ende gefunden hätte. Das Geschehen bei Idstedt gedanklich mit dem politischen Ziel der Wiedervereinigung des 1945 geteilten Deutschlands zu verknüpfen sei zudem eine historische Verfälschung. Die drei Historiker entwickelten gleichzeitig Ideen für ein zeitgemäßes Idstedt-Gedenken und setzten damit Maßstäbe für eine aus ihrer Sicht dringende Neukonzeption der Ausstellung.

Ungeachtet der fachwissenschaftlichen Bedenken fand die 1978 eröffnete Ausstellung anfänglich gute Resonanz. Schon nach wenigen Jahren jedoch sanken die Besucherzahlen dramatisch ab²⁶. Waren es im ersten Jahr nach der Eröffnung 1979 noch 6.794, wurden im Jahr 2003 nur noch 1.201 Besucher verzeichnet²⁷. Schon für das Jahr 1991 hatte Landrat Kamischke bei für ihn enttäuschenden 2.249 Besuchern von einem „absoluten Tiefststand“ gesprochen und seine Sorge um den Erhalt des Hauses mit einem allerdings vergeblichen Aufruf an Schulleitungen und Lehrkräfte verbunden, Idstedt vermehrt im Unterricht zu thematisieren und die Ausstellung zu besuchen²⁸.

Verantwortlich für den Rückgang waren neben fehlenden museumspädagogischen Angeboten – Ausstellungsführungen wurden jedoch seit 1985 wieder regelmäßig angeboten – auch der fehlende Platz für Sonderausstellungen. Hinzu kam nach Einschätzung der Stiftung die zwischenzeitlich gewachsene Konkurrenz neuer Museen im Umfeld von Idstedt wie etwa das Wikingermuseum Haithabu oder das der dänischen Minderheit gehörende Danevirke-Museum. Tatsächlich jedoch bot die Ausstellung gegenüber ihren Vorgängern wenig Neues. Nach wie vor oblag die Ausstellungspflege einer mit der Aufsicht über Haus und Besucher beauftragten Wärterin. Eine systematische Sammlungserweiterung, eine der zentralen Aufgaben eines Museums, fand aus Kostengründen nicht statt. Auch für attraktive Sonderausstellungen fand sich kein zusätzliches Geld. Schenkungen und Neuerwerbungen wurden konzeptionslos aufgenommen, so etwa zwei der Stiftung übergebene Dioramen (Schaukästen), in denen Zinnfiguren einen Ein-



Abb. 3 Blick in die Ausstellung (von 1978) kurz vor Beginn der Bauarbeiten im Herbst 2003

druck über die Kämpfe bei Ober-Stolk und am Langsee vermitteln sollten. So war es nicht verwunderlich, dass die sich ständig verschlechternde Finanzlage des Kreises Schleswig-Flensburg eine sukzessive Reduktion der öffentlichen Zuschüsse herbeiführte. Erleichtert wurden diese Beschlüsse durch die weiter abnehmende Besucherresonanz. Um die Erinnerung an Idstedt zu bewahren und dem Ort zu neuer Attraktivität zu verhelfen, entschloss sich der Stiftungsrat im Vorfeld der 150. Wiederkehr des Jahrestages der Schlacht am 25. Juli 2000 dazu, die Ausstellung grundlegend neu zu gestalten.

Der Erinnerungsort Idstedt als Symbol gemeinsamer Geschichte

Einen Anstoß für die Überlegungen gab auch der Direktor des Landsarchivs Prof. Reimer Witt bei seiner Rede zum Idstedt-Tag am 25. Juli 1999. In dem in den Grenzfriedensheften abgedruckten Vortrag riet er dazu, Idstedt aus anderem Blickwinkel zu betrachten und die Ausstellung von der „Dominanz von Krieg und Frieden“ zu befreien. Vor allem gelte es, die liberalen und demokratischen Elemente der europäischen Revolution von 1848 stärker hervorzuheben, „die in Zeiten nationaler Auseinandersetzung immer wieder überlagert wurden und es heute auch noch schwer haben, im Zusammenhang mit Idstedt angemessen gewürdigt zu werden.“²⁹

Zwei Jahre später griffen die Historiker Manfred Jessen-Klingenberg und Jörn-Peter Leppien das „Idstedt-Problem“ erneut auf³⁰. In der Festschrift zum 65. Geburtstag ihres Mitstreiters Hans Friedrich Rothert – und in den Grenzfriedensheften – schilderten sie erstmals Details aus den nichtöffentlichen Auseinandersetzungen, die sie in den ausgehenden 1970er Jahren mit dem SHHB-Vorsitzenden Werner Schmidt und seinem Umfeld geführt hatten. Die Historiker zeigten am Beispiel des Idstedt-Gedenkens den Wandel, den das nationale Geschichtsbewusstsein in Schleswig-Holstein seitdem vollzogen hatte. Darüber hinaus unterbreiteten sie weiterführende Vorschläge, wie sich grenzüberschreitend und kooperativ die nationalen Gegensätze und kriegerischen Auseinandersetzungen „wirkungsvoll und zugleich verantwortlich jungen und älteren Besuchern vermitteln“ lassen. Mit Blick auf das dänische Historiecenter in Dybbøl forderten beide ein Abrücken von einseitigen und gegeneinander gerichteten Sichtweisen. Sie warnten vor der Geschmacklosigkeit einer „Tivolisierung“ und verwiesen dabei auch auf kritische Zeitungskommentare über den Auftritt dänischer Traditionsvereine beim 150. Jahrestag der Schlacht bei Idstedt. Es sei unsinnig zu glauben, mit „Kanonenschüssen auf der Idstedter Heide einen Beitrag zum Geschichtsverständnis leisten zu können“, hatte die Zeitung Berlingske Tidende seinerzeit angemerkt.³¹

Gerade das aus ihrer Sicht negative Beispiel in Dybbøl mache deutlich, dass es in Idstedt zu einer modernen, sachgerechten und mindestens zweisprachigen Neugestaltung kommen müsse. Außerdem rieten beide dazu, den historischen Ort Idstedt einzubinden in ein Netzwerk von „Museen entlang der Grenze“, in dem sich die Besucher an verschiedenen Orten über unterschiedliche Aspekte deutsch-dänischer Geschichte informieren könnten³². Es gelte zudem, die Erfahrungen dänischer Fachleute zu nutzen. Die Zusammenarbeit von Historikern dies- und jenseits der Grenze habe in den vergangenen Jahren bemerkenswerte und in der Fachwelt wie auch beim Publikum anerkannte Ergebnisse produziert.

Unterdessen hatte auch in den Gremien der Idstedt-Stiftung ein inhaltliches Umdenken eingesetzt. Schon den 1983 im Auftrag der Stiftung ins Dänische übersetzten Museumsführer von Gerd Stolz bezeichnete etwa der damalige Direktor des Kopenhagener Zeughausmuseums als „Ausdruck für den Geist, in welchem zur Zeit zusammengearbeitet werde“³³. 1987 wies der als Nachfolger Henningsens mit der nebenamtlichen Geschäftsführung betraute Leiter des Schul- und Kulturamtes des Kreises Schleswig-Flensburg Herbert Jensen darauf hin, dass sich die Stiftung „Gedanken darüber machen müsse, ob die seinerzeit im Rahmen der Renovierung gewählte Museumskonzeption verbessert und attraktiver gestaltet werden könne“. Der vom Kreisbauamt vorgelegte Plan für einen Erweiterungsbau war angesichts der ermittelten Investitionskosten in Höhe von 450.000 DM aber nicht zu finanzieren³⁴.



Abb. 4 Der vom Architekten des Kreises Schleswig-Flensburg Willi Jühnke gestaltete Verbindungsbau zwischen „Gedächtnishalle“ (l.) und Gaststätte (früher Waffenkammer) mit Platz für Sonderausstellungen, Mai 2005

Nachdem der frühere dänische Generalkonsul und Historiker Prof. Troels Fink bei der Gedenkfeier 1991, die einstige enge Verbindung zwischen den Herzogtümern und Kopenhagen in Erinnerung rufend, das damalige Geschehen als „Bürgerkrieg“ bezeichnet hatte und Museumsinspektorin Inge Adriansen vom Museet på Sønderborg Slot fünf Jahre später an gleicher Stelle das schlichte Resümee zog, dass es am Ende des Krieges eigentlich nur Verlierer gegeben habe, sollten die Pläne für die neue Ausstellung zum Jubiläumsjahr 2000 endlich verwirklicht werden³⁵. Eine von der Mitarbeiterin des Landesmuseumsamtes Dr. Brigitte Janzen erarbeitete Konzeption ließ sich jedoch wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit, aber auch wegen der ungeklärten Finanzierung nicht realisieren.

Im Sommer des Jahres 2001 fand die Idstedt-Stiftung in der Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg den richtigen Partner für die Umsetzung des ehrgeizigen Vorhabens³⁶. Die Kulturstiftung wurde zunächst damit beauftragt, die Finanzierung sicherzustellen. Landes- und EU-Fördergelder wurden eingeworben. Der Kreis Schleswig-Flensburg übernahm als Träger 50 Prozent der Bau- und Sanierungskosten. Mit weiteren Geldern der Sparkassenstiftung Schleswig-Holstein, der Kulturstiftung der Nord-Ostsee Sparkasse und ergänzenden Eigenmitteln der Idstedt-Stiftung stand am Ende ein ansehnlicher Betrag von ca. 205.000 € zur Verfügung. In einem weiteren Schritt legte die Kulturstiftung ein neues Ausstellungskonzept vor mit einem Plan, die Attraktivität der Idstedt-Halle durch einen Raum für Wechselausstellungen zu erhöhen. Der Leiter der Abt. Hochbau des

Kreises Schleswig-Flensburg, Willi Jünke, entwarf einen ca. 90 m² großen Pavillon, der die historische Waffenkammer von 1889 (heute Gastwirtschaft und Wohnhaus) mit der alten Gedächtnishalle von 1930 harmonisch verbindet.

Ausstellungsziele

Mit der neuen Ausstellung und den baulichen Veränderungen soll sich der historische Erinnerungsort Idstedt zu einem von beiden Seiten, Deutschen und Dänen, akzeptierten Symbol gemeinsam erlebter Geschichte wandeln, wofür nach Auffassung von Inge Adriansen nur eine „redliche und quellenorientierte“ Aufarbeitung des Geschehens die Basis sein kann.³⁷ Das Geschehen rund um Idstedt wird somit differenzierter betrachtet als dies in der alten Ausstellung geschah. Die Handlungsstränge sind zugleich auf das Wesentliche beschränkt. Auf zweisprachigen und als Leitfaden anzusehenden Texttafeln erhalten die Besucherinnen und Besucher notwendige Basisinformationen. Die Ausstellung bietet Anregungen sich mit den Ereignissen und den Folgen zu beschäftigen, stellt Fragen, provoziert und eröffnet darüber hinaus Möglichkeiten zur Diskussion. Die inhaltliche Konzeption der neuen Ausstellung lässt sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Der Zusammenhang zwischen dem Aufstand der Schleswig-Holsteiner und dem Geschehen bei Idstedt mit der bürgerlichen Aufbruchsbewegung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts tritt ebenso deutlich hervor wie die Tatsache, dass die Herzogtümer einst Teil des dänischen Gesamtstaates waren.
2. Gemeinsame demokratische Traditionen zwischen dänischen und schleswig-holsteinischen Liberalen werden einbezogen. Beide politisch fortschrittlichen Bewegungen kämpften für persönliche und politische Freiheiten, für soziale Gerechtigkeit und einen liberalen Verfassungsstaat. Als Anhänger des territorial gebundenen Nationalstaatsgedankens schreckten sie jedoch nicht davor zurück, in Jahrhunderten gewachsene historische und kulturelle Verbindungen zu zerstören.
3. In der Revolution 1848 wurde Schleswig zu einem europäischen Krisenherd. Das militärische Eingreifen Preußens zugunsten der deutsch gesinnten Schleswig-Holsteiner, aber auch die nationalen dänischen Eiderpläne tangierten die 1815 vom Wiener Kongress festgelegte europäische Ordnung. Mit der Wiederherstellung des dänischen Gesamtstaates stellte sich die politische Situation 1851 jedoch fast genau so dar, wie sie 1848 schon bestanden hatte.
4. Ohne Vermischung mit der späteren Rezeptionsgeschichte richtet sich der Blick auf Idstedt vom Schnittpunkt 1850 an rückwärts. Damit wird Abschied genommen von dem im Idstedt-Mythos fortlebenden Idealen der individu-



Abb. 5 Der Verbindungsbau bei der Einweihung der neuen Ausstellung am 17. Mai 2005, am Rednerpult Landrat Jörg-Dietrich Kamischke

ellen Tapferkeit, des selbstlosen Einsatzes, der Leidenschaft und des Durchhaltevermögens auch unter den widrigsten Bedingungen.

5. Die Ausstellung versucht ebenso, die durch die Präsentation von Waffen und Schlachtszenen einseitig vermittelte Dominanz des Militärischen zu brechen und das Kriegsgeschehen zu desillusionieren.

Mit der Umsetzung des Konzepts wurden die Diplomgrafikerin Katja Lübke und die Volkskundlerin Petra Südmeyer („büro3“ in Idstedt-Elmholz) beauftragt. Ihre Aufgabe war es, das Geschehen bei Idstedt für die in der Regel ohne große Vorkenntnisse ausgestatteten Besucher möglichst anschaulich und attraktiv zu präsentieren. Bei der Erarbeitung der Texte stand Manfred Jessen-Klingenberg mit hilfreichen Rat zur Seite.

In allen Räumen werden helle Farben verwendet und damit Leichtigkeit und Transparenz erzeugt. Die Dreigliedrigkeit des von Hans Philipp 1930 entworfenen Gebäudes wurde berücksichtigt. Nach einer kurzen Einführung im neuen Eingangspavillon werden im ersten Ausstellungsraum die für die Besucher wichtigen historischen Bezüge hergestellt: die aus der bürgerlichen Aufbruchsbewegung in Europa herzuleitenden Hintergründe, die Gemeinsamkeiten zwischen dänischen und schleswig-holsteinischen Liberalen und den beide Seiten trennenden nationalen Gegensatz.

Die im Konzept angestrebte Inhaltswende wird in der Gestaltung des von Philipp



Abb. 6 Blick in die neue Ausstellung im Mai 2005

als Ehrenhalle konzipierten Mittelturmes deutlich. Die Menschen, die das Geschehen bei Idstedt miterlebt haben, erhalten eine Stimme. Die 1978 eingezogene Zwischendecke wurde entfernt. Der Raum hat nun wieder seine ursprüngliche Höhe von gut acht Metern, in dem ein mehrere Meter langes Stoffbanner den Blick der Besucher nach oben lenkt. Darauf verzeichnet sind die Namen der jungen Männer, die hier am 25. Juli 1850 auf beiden Seiten gefallen sind. Die anonyme und abstrakt wirkende Zahl der ca. 1.450 Opfer wird anschaulicher und die in der Schlacht bei Idstedt gestorbenen Menschen gewinnen – als erwünschter Begleiteffekt – gleichsam ihre Identität zurück.

Ein Briefzitat in großen Lettern zielt die hintere Turmwand. Eine besorgte Mutter fragt nach dem Wohlergehen ihres Sohnes: „Wie kommt es mein lieber Sohn, dass keiner meiner Briefe von dir beantwortet wird?“ Zwei Vitrinen mit privaten Dokumenten und persönlichen Gegenständen von Soldaten sowie ein nachgestelltes Nachtlager beleuchten den Kriegsalltag. An einer Multimedia-Station können Besucher mit Bildern untermalte Texte von Zeitzeugen abrufen.

Soldatenporträts der Zeichner W. Wernich und E. Dallmer – beide haben selbst aktiv am Krieg 1848-1851 teilgenommen – skizzieren erlebte Momente nach. Nicht Schlacht- oder Kampfszenen stehen im Mittelpunkt dieser kleinen Kostbarkeiten, sondern deren Folgen, etwa das Bildnis eines Offiziers auf dem Totenbett oder die mit feinem Strich ausgearbeitete Illustration eines Verwundentransports. Die Bilder zeigen keine Helden, sondern in naiver Schlichtheit



Abb. 7 Blick in die neue Ausstellung im Mai 2005

dargestellte junge Menschen mit ernsten und Fragen stellenden Gesichtern, frei von jeglichem Pathos.

Die Schlacht bei Idstedt ist Thema im dritten Ausstellungsraum. Die Rückwand ziert ein groß aufgezogenes Wandbild über das Schlachtgeschehen von Erich Fich. Das Original, ein Geschenk der Nord-Ostsee Sparkasse, hängt im neu gestalteten Eingangspavillon des Museums. Der Künstler war als dänischer Soldat Augenzeuge des Geschehens. Informationen über die Schlacht selbst und das Ende der Auseinandersetzung mit dem letzten Aufeinandertreffen bei Friedrichstadt werden gegeben.

In den Vitrinen werden Waffen aller Gattungen, Helme, Uniformen oder Uniformteile präsentiert, doch der ästhetische Glanz dieser so harmlos hinter Glas liegenden Objekte wird gebrochen. Waffen werden als das gezeigt, was sie sind: als von Menschen verwendete Instrumente, um andere Menschen zu töten oder kampfunfähig zu machen. Zitate, die aus der Fülle der vorliegenden Briefe und Erinnerungsschilderungen stammen, sollen die emotionale Brücke zwischen den heutigen Betrachtern und dem damaligen Geschehen schlagen. Die privaten Aufzeichnungen kontrastieren die offiziellen Armeebereichte, der Soldatenalltag erscheint in einem persönlich gefärbten Licht. Krieg, so hat es der amerikanische Historiker Paul Kennedy einmal formuliert, sei „die Hölle“. Die Sentenzen spiegeln daher auch nur einen Teil der damaligen Wirklichkeit; es bleibt der Kreativität und Phantasie der Betrachter überlassen, die eigenen Vorstellungen mit

der angebotenen Rekonstruktion des Geschehens abzugleichen – ein durchaus gewollter Effekt und überaus spannender Prozess³⁸.

Bisher vernachlässigte Themen werden ebenso dargestellt: Nicht alle Menschen waren damals vom Krieg begeistert, junge im Herzogtum Schleswig geborene und zum Waffendienst verpflichtete Soldaten standen auf beiden Seiten der Fronten. Nicht zu Unrecht wird dieser Krieg in Dänemark auch als „Bürgerkrieg“ interpretiert. Überliefert sind Fälle von Fahnenflucht und Ungehorsam, was in beiden Streitkräften streng bestraft wurde. Offiziere der schleswig-holsteinischen Armee waren unter bestimmten Umständen sogar zur Selbstjustiz ermächtigt.

Ergänzend erhalten die Museumsgäste das Angebot, den Schauplatz vom Juli 1850 selbst zu erkunden. Im Umfeld der Idstedt-Halle befinden sich, zum Teil sogar in fußläufiger Entfernung, mehrere Kriegsgräber und Gedenksteine. Der Naturraum rund um Idstedt soll dabei einbezogen und die Verbindung zum Thema Ochsenweg und zum Kulturdenkmal Danewerk hergestellt werden. Ein neues Faltblatt wird dafür zielgruppenorientierte Informationen liefern.

Mit der neuen Ausstellung und dem in Grundzügen vorliegenden weiterführenden Konzept verbindet sich die Hoffnung, wieder mehr Menschen zu einem Abstecher nach Idstedt zu motivieren. Die Ausstellung kann indes nicht mehr als ein erster, freilich wichtiger Baustein für die weitere, auch kulturtouristische Entwicklung dieser in Schleswig-Holstein einzigartigen Erinnerungsstätte sein. Für die Zukunft ist es um so wichtiger, Partner einzubinden und Kooperationswege zu ebnet. Empfohlen sei hier ein grenzüberschreitendes Netzwerk mit dem Danewerk-Museum, dem Schlossmuseum Sonderburg und dem genuinen Idstedt-Pendant auf dänischer Seite, dem ebenso vor Veränderungen stehenden Historie-Center Dybbøl.

Anmerkungen

- 1 Petersen an Kulturabteilung, 3.6.1947, GA SIFI IX 9.2/2.
- 2 Kulturamt der Stadt Schleswig an Vaterländisches Museum Celle, 24.6.1949, ebd.
- 3 Flensburger Tageblatt (FT), 26.9.1949.
- 4 Idstedt-Museumsführer 1949, GA SIFI Abt. IX 2b/16.
- 5 Kulturausschuss am 6.4.1949, GA SIFI IX 9.2/2.
- 6 Berichterstattung zur Idstedt-Feier am 25.7.1948, in: FT, 26.7.1948.
- 7 Archiv der Idstedt-Stiftung, Ordner Idstedt-Halle, Band 2.
- 8 Programmatik des Idstedt-Ausschusses, ebd.
- 9 SN, 26.7. und 27.7.1954. Vgl. auch: Zur Geschichte der Gedächtnishalle, in: Chronik der Gemeinde Idstedt, Husum 1992, S. 329 ff.
- 10 SN, 29.7.1957.
- 11 SN, 26.7.1961.

- 12 Archiv Idstedt-Stiftung, Ordner Idstedt-Halle, Band 1.
- 13 Ebd. Bericht zur Situation der Idstedt-Halle, 1974.
- 14 SN, 10.6.1976.
- 15 SN, 10.5.1977.
- 16 Um die Zukunft der Idstedt-Gedächtnishalle, in: Schleswig-Holstein Nr. 6, Juni 1977.
- 17 Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Vorstandes SHHB und des Idstedt-Ausschusses, des Vorsitzenden des Deutschen Soldatenbundes und des Vertreters des Landrats am 18.11.1975.
- 18 Satzung der Idstedt-Stiftung, in: Archiv Idstedt-Stiftung, Ordner Idstedt-Halle, Band 2.
- 19 Theo Christiansen, masch. Konzept „Idstedt-Gedächtnishalle“ vom Dezember 1975, GA SIFI Abt. IX 9.2/9.
- 20 Theo Christiansen an Dr. Werner Schmidt, 8.2.1978, ebd.
- 21 SN, 28.7.1975.
- 22 Werner Schmidt, Idstedt 1850-1975, in: Ders. Denkpausen, Husum o. J., S. 159 ff., bes. S. 162.
- 23 Landeszeitung, 7.11.1977, SN, 20.12.1977; vgl. auch Interview in Flensburg Avis, in dem Schmidt darauf beharrte, das Geschehen bei Idstedt weiterhin „mit deutschen Augen“ zu betrachten.
- 24 Gerd Stolz, Verloren ehe begonnen. Idstedt – 25. Juli 1850, in: Schleswig-Holstein 9/1978 (Sonderheft Idstedt), S. 2 ff.; Werner Schmidt, Gedanken auf dem Schlachtfeld bei Idstedt, in: ebd. S. 14 ff.
- 25 Jessen-Klingenberg, Leppien, Rothert, Das Problem Idstedt, a.a.O. Zur Diskussion u. a. die Mitteilungen der Gesellschaft für schleswig-holsteinische Geschichte, Hefte 12-14 (1982) und Hefte 15-17 (1983).
- 26 Werner Schmidt in SN, 20.12.1977.
- 27 Zahlen nach Berichten der Geschäftsführung.
- 28 Schleibote, 1.4.1992.
- 29 Gedruckt: Reimer Witt, Idstedt – ein Mythos im Wandel, in: GFH 2/2000, S. 115 ff., hier S. 125.
- 30 Manfred Jessen-Klingenberg, Jörn-Peter Leppien, Noch einmal: Das Problem Idstedt. Zum Wandel des nationalen Geschichtsbewusstseins in Schleswig-Holstein seit dem Ausgang der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts, in: Landesgeschichte und Landesbibliothek. Studien zur Geschichte und Kultur Schleswig-Holsteins. Hans Friedrich Rothert zum 65. Geburtstag, hg. von Dieter Lohmeier und Renate Paczkowski, Heide 2001, S. 199 ff. Unter dem Titel „Die Schlacht bei Idstedt. Zum Wandel des nationalen Bewusstseins in Schleswig-Holstein seit dem Ausgang der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts“ wieder abgedruckt in: GFH, Heft 3/2001, S. 165 ff., S. 188 f.
- 31 Berlingske Tidende, 26.7.2000. Die Diskussion um das Historiecenter fasst zusammen: Rene Rasmussen, Dänischer Sturm auf Dybbøl, in: GFH 2/2000, S. 151 ff.
- 32 Eine Broschüre als Wegführung zu nationalen Erinnerungsstätten deutsch-dänischer Geschichte in der Region Sønderjylland/Schleswig wird in der Autorenschaft von Inge Adriansen und Matthias Scharfl demnächst vorliegen.
- 33 FT, 3.4.1983, deutscher Titel: Gerd Stolz, Führer durch die Idstedt-Halle, o.O. 1981.
- 34 FT, 30.3.1987 sowie Archiv der Idstedt-Stiftung, Band 2.

- 35 FT, 27.7.1991, FI-Avis, 27.7.1991; SN, 27.7.1996. Inge Adriansen war auch Mitautorin von Gerd Stolz in der von der Idstedt-Stiftung herausgegebenen Monographie: Die schleswig-holsteinische Erhebung. Die nationale Auseinandersetzung in und um Schleswig-Holstein von 1848/51, Husum 1996. Erwähnenswert auch: Gerd Stolz (Hg.), Der Kampf um Friedrichstadt im Jahre 1850, Husum 2000.
- 36 Direktor der Kulturstiftung war seinerzeit Dr. Henning Bachmann. Die Konzeption für die Ausstellung und die im Umfeld angeregten Veränderungen stammen vom Verfasser dieses Beitrages.
- 37 Inge Adriansen, Erinnerungsorte der deutsch-dänischen Geschichte, in: Lund (Hg.), Nordlichter, a.a.O., Teil 1, Anm. 1, S. 391 ff., Zitat S. 411.
- 38 Berichte über die Schlacht bei Idstedt und die anderen Kämpfe der Kriege 1848-1851 finden sich in zahlreichen Veröffentlichungen, z.B.: Kathinka Wantula, Die Menschen in der Schlacht bei Idstedt, Idstedt 2001. Ungeachtet der damit verbundenen methodischen Probleme, vor allem wenn man bedenkt, dass sie oft zu ganz anderen Zwecken und oft auch im Sinne traditioneller Sicht (aus soldatischer Perspektive) geschrieben worden sind, gelten derartige Aufzeichnungen heute als wichtige Quellen für die historiographische Annäherung an die Darstellung des Kriegsalltags. Vgl. Peter Knoch (Hg.), Kriegsalltag. Die Rekonstruktion des Kriegsalltags als Aufgabe der historischen Forschung und Friedenserziehung, Stuttgart 1989 oder Klaus Latzel, Vom Kriegserlebnis zur Kriegserfahrung, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 56 (1997), S. 1 ff.

Uwe Jens Lornsen als Mensch und als politischer Impulsgeber

Zusammenfassung eines Vortragsnachmittags im Nordfriisk Instituut

von HARRY KUNZ

Im europäischen Revolutionsjahr 1830 veröffentlichte der Sylter Friese Uwe Jens Lornsen seine Flugschrift „Ueber das Verfassungswerk in Schleswigholstein“. 175 Jahre nach dem Erscheinen der Schrift fand im Gedenken an diesen Vorreiter für eine parlamentarische Demokratie ein Vortragsnachmittag statt, den das Nordfriisk Instituut mit dem Grenzfriedensbund und der Söl'ring Foriining am 5. November 2005 in Bredstedt veranstaltete. Harry Kunz, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Nordfriisk Instituut, hat den Vortragsnachmittag für die Grenzfriedenshefte zusammengefasst. Der Vortrag von Prof. Dr. Manfred Jessen-Klingenberg über „Lornsens Vorschläge für eine Kommunalverfassung Schleswig-Holsteins“ wird dabei nur knapp abgehandelt, da wir ihn in einem der nächsten Hefte in voller Länge abdrucken werden.

Die Redaktion

„Die Finanzverwaltung des Staates ist ein Geheimniß vor der Gesammtheit der Staatsbürger.“ Mit diesen Worten Lornsens stimmte Institutsdirektor Prof. Dr. Thomas Steensen die Versammlung auf das Thema ein und nahm die ungewollte Aktualität des Zitats durchaus in Kauf. Ohne Zweifel gab Lornsen, auch wenn seine angestrebte Petitionsbewegung im Sande verlief, „Anstöße zu Entwicklungen, die letztlich zum Untergang des Absolutismus und zu einer Verfassung auf parlamentarischer Grundlage führten“, erläuterte Steensen weiter. Leider wurde der liberale Reformier von seiner Nachwelt dies- und jenseits der deutsch-dänischen Staatsgrenze auch missbraucht – z. B. als „Dänenhasser“ – bzw. zum Mythos eines „Nationalhelden“ erhoben. Er selbst verglich sich sachlich und bescheiden mit einer „Fliege, welche sich auf den Gipfel des Schneebergs niedergesetzt und damit eine Lawine in Gang gebracht hat.“

Mit dem Thema „Uwe Jens Lornsen ohne Mythos“ beschäftigte sich Dr. Johannes Jensen, Autor des Grundlagenwerks „Nordfriesland in den geistigen und politischen Strömungen des 19. Jahrhunderts“ sowie auch einer Lornsen-Biografie. Laut Jensen gibt es zwei Wahrheiten über Lornsen:

Von Sylt brachte er die Erfahrung mit einer vom Staat fast ungestört funktionierenden Selbstverwaltung nach der alten Sylter Landschaftsverfassung mit nach



Abb. 1 Uwe Jens Lornsen nach einer Zeichnung des Sylter Lehrers und Chronisten Christian Peter Hansen

Kiel. Hier platzte 1816 der 23-jährige Lornsen gleich mitten in die erste schleswig-holsteinische Verfassungsdebatte hinein. Die Auffassung des Rechtsprofessors Niels Nikolaus Falcks war die, das auch Schleswig einbezogen werden müsse, wenn Holstein, wie in Artikel 13 des Deutschen Bundes versprochen, eine Landständische Verfassung bekäme. Ansonsten drohe eine Trennung der Herzogtümer. Diese Rechtsauffassung teilte Lornsen, sie wurde grundlegend für seine berühmte Schrift von 1830 „Ueber das Verfassungswerk in Schleswig-Holstein“. Lornsen begann 1821 zunächst eine Karriere in der Schleswig-Holstein-Lauenburgischen Kanzlei in Kopenhagen und stieg schnell in leitende Funktionen auf. Die Einblicke, die er dort erhielt, führten bald zu einer kritischen Einstellung gegenüber den Schwächen der absolutistischen Regierungsform. Insbesondere die Langsamkeit und Initiativlosigkeit der Regierungskollegien und die unüberschaubaren Finanzverhältnisse zwischen Dänemark und den Herzogtümern machten Reformen seiner Meinung nach dringend nötig. Im Sommer 1830 beschloss er, aus der Stagnation auszubrechen, um als politischer Schriftsteller „eine sehr fruchtbare Tätigkeit für unsere Herzogtümer“ entwickeln zu können. Er bewarb sich erfolgreich um die Landvogtstelle auf Sylt, die ihm zu diesem Zwecke dienen sollte.

Als politische Lehre aus den Vorgängen in Frankreich, Belgien und anderen Ländern forderte er in seiner oben genannten Schrift vor allem eine gemeinsame Repräsentativverfassung für „Schleswig-Holstein“, die Verlegung der Regierungsbehörden von Kopenhagen in die Herzogtümer sowie einen eigenen Gerichtshof. Gemeinschaftlich bleiben sollten der Landesherr, das Militär und die Außenpolitik. „Nur der König und der Feind sey uns gemeinschaftlich.“ Die Schreibweise „Schleswig-Holstein“ benutzte er, um die untrennbare Verbindung der Herzogtümer zu betonen. Hieraus wurde später das Bild des „Dänenhasers“ abgeleitet. Doch, so referierte Jensen weiter, formulierte Lornsen als erster auch den weitsichtigen Gedanken einer möglichen Teilung des Herzogtums Schleswig. Sie könne nach „natürlichem Recht“ erfolgen, also mit Rücksicht auf Sprache und Volkstum, wenn dies die von ihm vorgeschlagene föderalistische Verwaltungsreform des dänischen Gesamtstaates ermögliche.

Wegen „Verletzung der Amtspflicht und Störung der öffentlichen Ordnung“ wurde er im November 1830 verhaftet und mit einer Gefängnisstrafe belegt. Im Juni 1832 kehrte er als freier Mann zurück nach Sylt mit allen Chancen als Jurist, politischer Schriftsteller oder später gar als Abgeordneter in einer ganz wesentlich durch ihn selbst herbeigeführten Ständeversammlung. Doch 1833 verließ er Sylt überraschend und reiste nach Brasilien.

Der Politiker Lornsen dürfe nicht losgelöst vom Menschen betrachtet werden, leitete Jensen zur zweiten Wahrheit über. Lornsen selbst sprach leicht selbstironisch von „meines Daseins Schattenseiten“. Neben einer „unpräzisen Admi-

nistration“, wie er es selbst verharmlosend bezeichnete, die ihn auf Lebenszeit in wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Vater, von Verwandten und Freunden hielt, dominierten stark psychotische Zwangsgedanken sein Leben. Er wählte sich sehr krank, gezeißelt von einer üblen, ansteckenden Hautkrankheit, für die jedoch niemals ein körperliches Symptom gefunden werden konnte. Hier lag ein zweiter Grund, warum er eine glänzende Beamtenkarriere aufgab und die Landvogtstelle auf Sylt annahm. 1833 reiste er nach Rio de Janeiro, um nach den erfolglosen Versuchen in der Heimat dort Heilung von seiner Krankheit zu suchen. In Brasilien verfasste er sein politisches Vermächtnis „Ueber die Unions-Verfassung für Schleswig-Holstein und Dänemark“. Als er mit 45 Jahren nach Europa zurückkehrte und ein weiteres Mal ein Arzt nach vergeblichem Bemühen das Interesse an ihm verlor, setzte Lornsen im Genfer See seinem Leben ein Ende.

Vieles deutet darauf hin, dass bei dem großen politischen Denker Genie und Wahnsinn dicht beieinander lagen, bilanzierte Jensen seine Ausführungen. Seine geniale politische Leistung lag darin, dass er „nicht nur für Schleswig-Holstein, sondern auch für Dänemark dem Untergang des absolutistischen Regierungssystems und dem Werden des neuzeitlichen Verfassungsstaates die Bahn gebrochen“ hat, wie der Landeshistoriker Alexander Scharff einst urteilte. Dass sein Werk auch in Dänemark positiv aufgenommen wurde, konnte 1841 in einer Kopenhagener Zeitung nachgelesen werden. Seine Verfassungsvorschläge liefen auf einen Umbau des absolutistisch-zentralistischen dänischen Gesamtstaates zu einem föderalistisch strukturierten Verfassungsstaat mit Anerkennung der staatsrechtlichen und regionalen Besonderheiten der Herzogtümer Schleswig und Holstein hinaus. „Dass Lornsen später auf beiden Seiten positiv oder negativ für den Nationalhass in Anspruch genommen wird, ist eine Wirkung des Lornsenmythos. In Lornsens eigentlicher Lebensgeschichte bis 1838 gibt es dafür keine Begründung. „Er war kein Dänenhasser!“ fasste Jensen seinen Vortrag zusammen.

Mit „Bürgernähe, Transparenz und gelebter Demokratie“ würde man wohl heute Lornsens Ziele bezeichnen, die er in seinem Werk „Vorschläge für eine Kommunalverfassung Schleswig-Holsteins“ niedergeschrieben hat. Im Einzelnen erläuterte dies Prof. Dr. Manfred Jessen-Klingenberg, ein führender Kenner der schleswig-holsteinischen Landesgeschichte. Sein Vortrag wird in einer der nächsten Ausgaben der Grenzfriedenshefte abgedruckt.

Wie die von Lornsen angestrebte Volksbewegung für eine Repräsentativverfassung zusammenbrach, noch bevor sie sich gebildet hatte, schilderte Dr. Johann Runge. Er leitete über zwei Jahrzehnte die Studienabteilung der dänischen Zentralbibliothek in Flensburg und beschäftigte sich stark mit der Geschichte des

U e b e r
das
Verfassungswerk in Schleswigholstein.

V o n

U. J. Lornsen,
Landvogt auf der Insel Sylt in Nordfriesland,
Kanzleirath, bisher Comtoirchef in der Schleswig-Holstein-
Lauenburgischen Kanzlei in Kopenhagen.

K i e l,
gedruckt bei C. F. Mohr.
1830.

Abb. 2 Umschlag der Flugschrift von Uwe Jens Lornsen. Faksimilierter Nachdruck mit einem Nachwort von Alexander Scharff „Zum Verständnis dieser Schrift“, hrsg. v. d. Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Schleswig 1980

schleswigschen Grenzlandes. In seinem Vortrag „Lornsen in Kiel vom 19. Oktober bis 6. November 1830“ referierte er im Detail die Bemühungen des Sylter Friesen um eine „Petitionsbewegung“. Erneut wurde deutlich, wie der Mensch Lornsen dem brillanten „Politologen“ im Wege stehen konnte. In Kiel führte er eine Vielzahl von Gesprächen und musste dabei zur Kenntnis nehmen, dass eine Petitionsbewegung bei weitem nicht in Gang gekommen war. Aus Äußerungen „junger Liberaler“ glaubte er dennoch mit Bestimmtheit herauszuhören, dass man bereit war, sich für eine Repräsentativverfassung einzusetzen. Allerdings herrschte auch Klarheit darüber, dass der Verfassungswunsch nur mit Hilfe der „älteren Männer mit Ansehen und Einfluss“ verfolgt werden konnte. Auch in diversen Gesprächen u. a. mit dem führenden Rechtsgelehrten der Herzogtümer, Professor Niels Nikolaus Falck, mit dem Medizinprofessor Adolf Friedrich Lüders sowie dem Advokaten Georg Ludwig Balemann hörte Lornsen nur das, was zu seinen Überzeugungen passte. Er glaubte im Gegensatz zu den „älteren Liberalen“ die Zeit reif für eine breite Petitionsbewegung, um eine Verwaltungsreform für die Herzogtümer durchzusetzen. Skepsis, Einwände und Mahnungen der „älteren Liberalen“ blendete er aus. Als er Anfang November aber einsehen musste, dass die „Mitstreiter“ ein bürokratisches Vorgehen statt einer allgemeinen Petition für eine neue Verfassung bevorzugten, wandte er sich ab mit der Begründung, dass „er sich nunmehr aller ferneren Teilnahme an der privaten Kieler Petitionsangelegenheit entschlagen wolle“.

Immerhin hatte Lornsen es in diesen Kieler Tagen geschafft, eine Druckerlaubnis für sein Manuskript „Ueber das Verfassungswerk in Schleswigholstein“ zu erlangen. Die 9 000 Exemplare wurden ab dem 5. November 1830 im Lande verteilt. Damit, so schloss Runge seinen Vortrag, hatte Lornsen die weiteren Schritte auf dem Wege zu allgemeinen, direkt an den König zu richtende Petitionen vorbereitet. „Er wollte seinen ursprünglichen Plan in die Tat umsetzen.“ – Lornsen trat umgehend seinen Dienst als Sylter Landvogt an und wurde zehn Tage später wegen „Verletzung der Amtspflicht und Störung der öffentlichen Ordnung“ verhaftet.

Familienkurs: Deutsch-dänischer Sprachzirkus

Højskolen Østersøen, 9. Juli – 15. Juli 2006

Vorhang auf – Manege frei! ... heißt es in dieser Woche, wenn deutsche und dänische Familien und Alleinreisende sich in Dänemark treffen. Gemeinsam werden die Teilnehmenden spielerisch die Sprache des Anderen lernen, Ausflüge unternehmen und die Nähe des Strandes genießen. Der Kurs wendet sich an alle, die neugierig auf die Sprache des Nachbarn sind, Interesse am Leben der Menschen in Dänemark haben und ein bisschen Zirkusluft schnuppern möchten.

Weitere Informationen erhältlich bei:

Højskolen Østersøen, Flensborgvej 48-50, DK-6200 Aabenraa,
Telefon: 0045 7462 4700, Internet: www.hojoster.dk

Programm (Änderungen vorbehalten):

Sonntag, den 9. Juli

- Ab 15 Uhr Ankunft und Einquartierung
- 16.30 Uhr Begrüßung im Vortragssaal, Vorstellung des Programms
- 19.00 Uhr Schnitzeljagd durch das Haus und das umliegende Gelände

Montag, den 10. Juli

- 08.30 Uhr Gemeinsamer Tagesbeginn
- 09.00 Uhr Sprachunterricht mit Einteilung in kleinere Lerngruppen. Die kleineren Kinder spielen zusammen (mit Betreuung).
- 15.00 Uhr Wahlgruppen, z. B. Musik, Malen, Sport und Spielen in der Natur, Journalistengruppe. Die Wahlgruppen können „Programmpunkte“ für die abschließende Zirkusvorstellung vorbereiten.
- 19.00 Uhr Lagerfeuer am Strand vor der Schule mit Würstchen und Stockbrot

Dienstag, den 11. Juli

- 08.30 Uhr Gemeinsamer Tagesbeginn
- 09.00 Uhr Sprachunterricht, u. a. mit einem deutsch-dänischen Sprachtandem
- 15.00 Uhr Wahlgruppen
- 19.00 Uhr Gemeinsamer Ausflug an den Strand von Åbæk/Aubek. Möglichkeit einer Nachtwanderung zurück (ca. 5 km)

Mittwoch, den 12. Juli

Ganztagesausflug zur ältesten Stadt Dänemarks, Ribe/Ripen, inkl. Besuch des Wikinger-Aktivitätscenters, Abend zur freien Verfügung

Donnerstag, den 13. Juli

- 08.30 Uhr Gemeinsamer Tagesbeginn
- 09.00 Uhr Sprachunterricht u. a. mit einem deutsch-dänischen Sprachtandem
- 15.00 Uhr Wahlgruppen
- 19.00 Uhr Konzert mit einer Folkgruppe aus der Region

Freitag, den 14. Juli

- 08.30 Uhr Gemeinsamer Tagesbeginn
- 09.00 Uhr Sprachunterricht u. a. mit einem deutsch-dänischen Sprachtandem
- 15.00 Uhr Wahlgruppen
- 19.00 Uhr Großes Abschlussfest mit Zirkusvorstellung im Freien. Ein Überraschungsgast hat sich angesagt

Samstag, den 15. Juli

- 09.00 Uhr Gemeinsamer Abschluss mit einer Reportage der Journalistengruppe
 - 11.00 Uhr Abreise
-

Böse Feder, roher Ton

Erst waren es nur ein paar Karikaturen, aber inzwischen versteigt sich ganz Dänemark im Fremdenhass, und Schriftsteller heizen das Klima der Hysterie weiter an

Man war schon verwundert über die Langmut, mit der Dänemarks Intellektuelle der eskalierenden Ausländerdebatte im eigenen Land zusahen, bis kurz vor Weihnachten endlich etwas geschah. Politiken, die große liberale Tageszeitung und traditionell die Mutter aller dänischen Debatten, druckte eine gemeinsame Erklärung von zwölf namhaften Schriftstellern ab. Darin bekundeten die Autoren – Klaus Rifbjerg, Ib Michael, Suzanne Brøgger und andere – ihr Missfallen an dem rohen Ton, den zuletzt vor allem die Boulevardpresse und die regierungsnah rechtspopulistische Dansk Folkeparti angeschlagen hatten. Die Integrationsdebatte in Dänemark, schreiben sie, werde von Demagogen

beherrscht, die unter dem Mantel der Meinungsfreiheit nichts anderes täten, als den Hass zwischen der Bevölkerungsmehrheit und den zugewanderten Muslimen zu schüren. Und die Regierung tue mit ihrer diskriminierenden Gesetzgebung (die fortan jedem Einwanderer ein Pflichtbekenntnis zu „dänischen Werten“ auferlegen will) ein Übriges.

Ähnlich sehen dies in der Zwischenzeit über 300 Kollegen aus dem Schriftstellerverband, aber der Protest blieb nicht auf Literaten beschränkt. 22 pensionierte Diplomaten kritisierten inzwischen öffentlich die Weigerung des Premierministers Anders Fogh Rasmussen, eine Gruppe von Botschaftern islamisch geprägter Staaten zu einem Gespräch zu empfangen, in dem ihm diese ihre Besorgnis über das Meinungsklima in Dänemark kundtun wollten.

Auf einmal hat Dänemark nicht nur ein Ausländerproblem (oder was es dafür hält), es hat außerdem ein massives

Imageproblem, und das nicht nur in islamischen Ländern, sondern zum Beispiel auch im übrigen Skandinavien. Sogar EU-Kommissar Franco Frattini hat neuerdings an den Dänen etwas auszusetzen: die Presse- und Äußerungsfreiheit dürfe keinen Freibrief für Fremdenhass und Islamophobie darstellen, erklärte er vor wenigen Tagen.

Kulturkampf und Kanon-Projekt

Das Corpus Delicti, dessentwegen zuletzt auch eine Gruppe empörter Gläubiger in Srinagar, Kaschmir, auf die Straße ging (nachdem die Kunde aus dem fernen Dänemark dort mit zehnwöchiger Verspätung eingetroffen war), sind die zwölf Karikaturen, die Ende September in der konservativen Tageszeitung Jyllandsposten erschienen. In diesen so genannten „Mohammed-Zeichnungen“, wegen der am 14. Oktober die größte muslimische Kundgebung stattfand, die Kopenhagen je erlebte, sieht man den Propheten unter anderem mit einer Bombe hantieren und in andere lästerliche Handlungen verwickelt.

Dass die Zeichnungen den Unmut nicht nur militanter Muslime erregen würden, war klar. Dass dann aber bald auch Morddrohungen gegen dänische Karikaturisten folgten, hatte man nicht erwartet. Noch weniger hatte die Regierung damit gerechnet, dass der Karikaturen-Fall den schlechten Ruf der dänischen Ausländerpolitik bis in die hinteren Winkel Pakistans tragen würde.

Als ihn die Botschafter um ein Gespräch baten, lehnte der Premierminister mit der Begründung ab, die Pressefreiheit verbiete alle von den Diplomaten geforderten Maßnahmen gegen unbotmäßige Karikaturisten, Chefredakteure oder Herausgeber. So scheinen im Augenblick die Fronten ver-

härterer zu sein denn je. Die rechtsliberale Regierung und erst recht ihr rechtspopulistisches Beiboot haben die Pressefreiheit zum schützenswertesten aller Verfassungsgüter erklärt, dem gegenüber die religiösen Gefühle muslimischer Einwanderer (und dänischer Staatsbürger) zwangsläufig zurückstehen müssen.

Für den diplomatischen Brückenschlag, der notwendig wäre, um die Situation zu entschärfen, fehlt der Regierung offenbar das interkulturelle Feingefühl. Und darauf scheint sie auch noch stolz zu sein, und wäre sie es nicht, dann verlöre sie womöglich die Zustimmung des Boulevards und der Folkeparti und damit der rechtsdemagogischen Parteigänger in Politik und Medien, die ihr das parlamentarische Überleben sichern. Eine gute Figur gibt Dänemarks Regierung in diesen Tagen jedenfalls nicht ab, aber die meisten ihrer Probleme hat sie sich selbst eingebrockt. Eigentlich nimmt man demokratische Regierungen gern in Schutz vor den diplomatischen Vertretern autoritärer Regime, die es für einen normalen Vorgang halten, wenn die Regierung einen Zeitungskarikaturisten eben mal des Amtes enthebt oder aber ihm den Mob auf den Hals hetzt. Gegen solche Gegner kann man Demokratie und Grundrechte leicht in Stellung bringen, aber auch das sieht bei dieser Regierung nicht wirklich überzeugend aus.

Isolationismus, richtig gemacht

Hysterie ist die Stimmung der Stunde, und kein Tag vergeht ohne neue Nachrichten wie jene, dass islamische Führer nun zum Handelsboykott Dänemarks aufgerufen hätten. Jeder neue Angriff der „islamischen Welt“ auf „uns“ verstärkt freilich bei Teilen der dänischen Medien und Politik den ohnehin latent vorhandenen Willen, nun aber endlich alle Schotten dicht zu ma-

chen. Jede Kritik, ob sie aus Stockholm kommt, aus Brüssel oder aus Kairo (von den Freunden in London und Washington ist solche Kritik nicht zu erwarten), verwandelt sich für diese Kreise in einen Aufruf an alle guten Dänen, mit dem eigenen Isolationismus richtig Ernst zu machen.

So denkt und spricht wohlgermerkt nicht der Premierminister, ein zutiefst pragmatischer Realpolitiker, aber so denken und sprechen jene Kräfte, die ihm im Jahr 2001 in den Sattel halfen. Ohne einzugreifen, ja mit erklärter Unterstützung hat Rasmussen den skurrilen „Kulturkampf“ seines Kulturministers Brian Mikkelsen begleitet, in dem dieser den von ihm gesichteten marxistisch-leninistischen Meinungssumpf im Land Dänemark austrocknen wollte. Mit Wohlwollen verfolgt er auch das Kanon-Projekt des Ministers, das allen Dänen und mehr noch denen, die es werden wollen, von Januar 2006 an ein Paket bleibender dänischer Kulturwerte an die Hand geben soll.

Über solche Einstellungen kann man streiten, nicht streiten kann man dagegen über die Ansichten der Dansk Folkeparti, die Rasmussens Minderheitsregierung von Fall zu Fall die parlamentarische Mehrheit sichert und die sich dafür in Gegenleistungen bezahlen lässt. Bis jetzt gelang es jedenfalls der Parteiführerin Pia Kjaersgaard und ihren rechtsklerikalen Mistreitern, den Pastoren Søren Krarup und Jesper Langballe, mühelos, mit ihren Invektiven das gesamte linksliberale Lager (dem in Sachen Ausländer- und Integrationspolitik selbst weithin die Orientierung fehlt) in den Schatten zu stellen. Mit dem Einspruch der zwölf Schriftsteller und dem großen Echo, das ihr Aufruf gefunden hat, könnte sich nun daran etwas ändern.

*Christoph Bartmann, in:
Süddeutsche Zeitung, 28.12.2005*

Der zitierte Artikel ist ein typisches Beispiel dafür, dass über Dänemark seit dem letzten Regierungswechsel in der deutschen Presse zu einem erheblichen Teil nur in Bezug auf den Umgang mit den Bürgern „anderer ethnischer Herkunft“ und die restriktive Ausländerpolitik berichtet wird. Jüngstes Beispiel für diese Berichterstattung ist Wolfgang Zanks Essay „In der Festung Dänemark“ in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 9.3.2006. Siehe hierzu auch unten die Erläuterungen zur Krise um die Mohammed-Karikaturen.

Langeweile und leere Kassen

Die Dänen vermissen die deutschen
Urlauber / Ursachenforschung

Die Dänen entwickeln immer heftigere Sehnsucht nach den früher eher bespötelten Strandburgenbauern aus „Tyskland“. Nachdem die deutschen Urlauberzahlen seit 1995 fast kontinuierlich geschrumpft sind, wird auch für 2005 wieder ein deutlicher Rückgang erwartet. Nach geschätzten 12,7 Millionen Übernachtungen gegenüber 13,7 Millionen im Vorjahr hat die Tourismusbranche nunmehr ein Drittel ihrer mit Abstand wichtigsten ausländischen Einnahmequelle gegenüber dem Rekordjahr 1995 verloren.

Damals hatten nicht zuletzt Urlauber aus den neuen Bundesländern die Ferienhäuser längs der insgesamt 7000 km langen Küstenlinien Dänemarks gefüllt. Inzwischen aber hat vor allem die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland die Übernachtungszahlen um jährlich 2 bis 3 Prozent schrumpfen lassen. „Wir müssen jetzt schon froh sein, wenn wir die derzeitigen Zahlen stabilisieren können“, sagt Bruno Bedholm, Chef von Dänemarks deutscher

Tourismuszentrale über den derzeitigen Deutschen-Anteil von knapp 30 Prozent am Gesamtmarkt. Gegen „ganz andere Preisstrukturen“ bei Konkurrenten wie Kroatien, Ungarn oder Tschechien sei nun mal für das strukturell teure Skandinavien wenig auszurichten. Als deutlich nach vorn drängenden Nebenbuhler bei der Jagd um die Gunst von Urlaubern nennt er aber auch Mecklenburg- Vorpommern.

Allerdings hatten Marktforscher dem dänischen Fremdenverkehr schon vor fünf Jahren bei der Befragung deutscher Urlauber das Prädikat „langweilig“ vor allem aus Sicht jüngerer Leute übermittelt. Da aber Langeweile oder Ruhe ohne Remidemmi genau das ist, was etwas reifere Dänemark-Urlauber schätzen, sieht auch Bedholm die Branche vor einem „nicht ganz einfachen Balanceakt“.

Manchem dänischen Besitzer von Ferienhäusern fehlt vielleicht auch infolge des Wirtschaftsbooms im eigenen Land das Verständnis für die Sparzwänge deutscher Gäste. Während der Immobilienwert der schmucken und immer luxuriöser gebauten Dänen-Häuschen an Nord- und Ostsee sich in den letzten 15 Jahren vervielfacht hat, wird in den Medien über die deutschen Urlauber als die mit Abstand „knauerigsten“ Ausländer berichtet. Sie bringen ihre Lebensmittel am liebsten komplett mit über die Grenze und kaufen generell weit weniger ein als etwa die Norweger, die „neureichen Ölscheichs“ aus Richtung Norden. Andererseits bestellen laut Bedholm auch Deutsche trotz Krise, Sparzwängen und Zukunftsangst weiter am liebsten Ferienhäuser der gehobenen Klasse. Mit Blick auf die etwas kompliziert wirkenden deutschen Ferieninteressen plädiert er für eine flexible und intelligente Strategie: „Wir spielen mit dem Gedanken, zusätzlich konzentrierte Erlebnismöglichkeiten mit Bars,

Cafés und Nachtclubs zu schaffen. Aber nur in ganz speziellen Ressorts, damit die generelle Ruhe nicht gestört wird.“

Der Nordschleswiger, 29.12.2005

Venstre und Konservative: Kleinschmidt ist der verkehrte Kulturausschussvorsitzende

Ratsmitglied Gert Haurum (Konservative) ist nicht der Ansicht, dass ein Heimdeutscher Vorsitzender des Kulturausschusses der Großkommune [Sonderburg] sein sollte. Dies sei paradox. Bürgermeister A.P. Hansen (Venstre) stimmt ihm teilweise zu. Die Konservativen hätten sich den Mehrheitsfraktionen in der künftigen Ratsversammlung anschließen und dann mit verhindern sollen, dass Stephan Kleinschmidt (Slesvigsk Parti) Vorsitzender des Kulturausschusses wird. So sieht es Gert Haurum, Ratsmitglied der Konservativen in Gravenstein: „Es besteht kein Zweifel daran, dass Stephan Kleinschmidt tatkräftig und engagiert ist. Aber es ist doch paradox, dass ein Heimdeutscher Vorsitzender des Kulturausschusses werden soll. Das meine ich so, obwohl ich selbst kein Sønderjyde bin.“ [Frage des Journalisten:] „Warum ist das paradox oder ein Problem?“ – „Ja nun, so sehe ich das eben. Das ist ja nicht so, dass wir einen Kulturkampf im eigentlichen Sinne haben sollen. Aber es ist doch merkwürdig, dass es kein Däne ist, der ausgerechnet dem Kulturausschuss vorstehen wird. Kleinschmidts Klientel stützt ja nicht die dänischen Kultureinrichtungen und Schulen“, sagt Haurum.

Das konservative Mitglied im Rat der künftigen Großkommune und im Kommunalvorstand der Kommune Süddalsen Torben Meier wollte Haurums Äußerungen nicht

kommentieren – auch nicht, ob er oder seine Partei mit Haurum einig ist. Dagegen äußerte sich Sonderburgs Bürgermeister A. P. Hansen (Venstre). Er ist sich zu großen Teilen mit Gert Haurum darin einig, dass er die Wahl eines Heimdeutschen zum Vorsitzenden des Kulturausschusses für bedenklich hält: „Ich möchte es anders ausdrücken: Ich bin mir dessen nicht sicher, dass wir bei einer bürgerlichen Mehrheit ihm gerade diesen Posten angeboten hätten.“

Stephan Kleinschmidt nimmt die Kritik gelassen: „Wir brauchen einen Vorsitzenden, der für die Förderung der Kultur in Sonderburg arbeiten will. Genau das werde ich tun, und zwar für alle Bürger in der Kommune. Hingegen haben wir keinen Bedarf nach Auseinandersetzungen über die nationale Gesinnung. Eine solche Haltung ist veraltet“, sagt er. Stephan Kleinschmidt meint, dass die deutschen Kindergärten und Schulen ein Bekenntnis zur deutschen Minderheit, aber keine Abkehr von dänischer Kultur seien. „Und im übrigen fallen Kindergärten und Schulen überhaupt nicht in den Aufgabenbereich des Kulturausschusses.“

*Jydske Vestkysten
(Lokalausgabe Sonderburg), 15.1.2006*

Der Protest einzelner Lokalpolitiker um den früheren Direktor der Großschlachtereierie in Blans Gert Haurum schlug kurzzeitig hohe Wellen im Grenzland. Bei manch einem weckte es bereits unangenehme Erinnerungen an den Streit um die Vollwertigkeit der SSW-Landtagsmandate vor knapp einem Jahr (siehe GFH 2/2005, S. 121 f.). Dieses Mal reagierten Presse und Politik jedoch weitgehend besonnen. Laut einer Umfrage der Lokalzeitung Jydske Vestkysten hatten drei Viertel der Befragten keine prinzipiellen Einwände gegen Kleinschmidts Nominierung (ein Viertel aber

doch!). Außerdem erschienen einige teilweise polemische nationalkonservative Bemerkungen in den Leserbriefspalten der Zeitung. Doch ebte die Debatte sehr schnell wieder ab.

„EU-Geld muss bleiben“

Mit einer Initiative möchte der Grenzfriedensbund darauf hinwirken, dass die von der Europäischen Union bereitgestellten Fördermittel für grenzüberschreitende Projekte (Interreg) auch weiterhin für das deutsch-dänische Grenzland bereitgestellt werden. Die Bundesregierung hat die Absicht, Interreg-Fördermittel nur noch in den Grenzregionen den neuen EU-Mitgliedsstaaten zur Verfügung zu stellen. Vorstandsmitglied Rolf Fischer erklärte, der Grenzfriedensbund könne nicht damit zufrieden sein, dass die Fördermittel nur noch an die Grenze zu Polen oder Tschechien fließen. Fischer: „Die traditionellen Grenzregionen wie die an der Grenze zu Dänemark sollen leer ausgehen.“ Kulturverbände, Universitäten und Wirtschaftsbetriebe seien aber auf die Förderung angewiesen, wenn sie Projekte für die Region auf den Weg bringen sollen. Der Grenzfriedensbund werde sich mit der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS) und dem Schleswig-Holsteinischen Heimatbund (SHHB) an die Bundesregierung wenden, um eine Korrektur zu erreichen.

Flensburger Tageblatt, 28.1.2006

Kürzungen der Bundesmittel 2006 von 1,16 Millionen Kronen verfügt

Der Hauptvorstand forderte den Hauptvorsitzenden und das Deutsche Generalsekretariat auf, sich auf politischem Wege

um eine Neuverhandlung der Fördermittel des Bundes zu bemühen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung beschäftigte der Hauptvorstand sich mit der internen BDN/SP-Struktur, die der zum 1. Januar 2007 in Kraft tretenden neuen Kommunalstruktur angepasst werden muss. Die Bezirke und Ortsvereine hatten in den letzten Wochen Gelegenheit, sich mit einem ersten Vorschlag des Hauptvorstandes zu beschäftigen.

Nach diesem Vorschlag soll es auch auf der kommunalen Ebene – wo es bisher nur einen politischen Sprecher gab – in Zukunft einen örtlichen Vorstand der Schleswigschen Partei (SP) und einen örtlichen SP-Vorsitzenden geben, allerdings unter dem Dach einer BDN-Mitgliederversammlung, so dass die enge Verbindung zwischen BDN und SP auch auf örtlicher Ebene erhalten bleibt.

Nach den Rückmeldungen aus den Bezirken zeichnete sich zu diesem Punkt weiterer Beratungsbedarf ab, da einige Bezirke vorgeschlagen haben, die politische Arbeit der SP weiterhin in den BDN-Bezirksvorstand zu integrieren.

Bei der bevorstehenden Strukturänderung wird zudem angestrebt, die Wahlperiode des BDN-Hauptvorstands und seiner Untergliederungen der kommunalen Wahlperiode anzupassen. Das würde eine Verlängerung der BDN/SP Wahlperiode von bisher drei auf vier Jahre und eine Verschiebung des Wahlzeitpunktes von bisher 1. Juni auf 1. Januar bedeuten. Das hätte den Vorteil, dass die Verantwortungsperiode des Hauptvorstandes dann auch mit dem Kalenderjahr und dem Haushaltsjahr übereinstimmt.

Eine solche Änderung bedarf einer Zustimmung einer BDN-Delegiertenversammlung. Der Hauptvorstand beschloss, in der ersten Jahreshälfte zwei Delegier-

tenversammlungen einzuberufen. Auf der ersten am Montag, 13. März, sollen die Grundsätze der BDN/SP-Struktur und die Anpassung der Wahlperiode beraten werden. Auf der zweiten Delegiertenversammlung am Montag, 22. Mai, sollen die Strukturberatungen abgeschlossen und die entsprechenden Satzungsänderungen verabschiedet werden.

Der Nordschleswiger, 1.2.2006

Politische Schwergewichte nötig für deutsch-dänisches Grenzland

Ex-Amtsbürgermeister Kr. Philipsen und Ex-Minister Gerd Walter fordern Schwung für Region. Philipsen meinte rückblickend, dass sowohl in Kopenhagen als auch in Kiel das Interesse für die deutsch-dänische Grenzregion zu gering gewesen sei. Die neuen Initiativen von Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) und Staatsminister Anders Fogh Rasmussen (Venstre) seien deshalb nur zu begrüßen.

Auch unter Hinweis auf Vorschläge während des gestrigen Wirtschaftsforums, neue deutsch-dänische Gremien zu schaffen, forderte Kresten Philipsen dazu auf, dass die „jetzt politisch Verantwortlichen“ sich ihrer Verantwortung bewusst werden müssten, um die Zusammenarbeit vorwärts zu bringen.

Gerd Walter meinte, dass man im Grenzland erkennen müsse, dass die Welt sich seit dem schweren Start der Grenzpartnerschaft mit gemeinsamen EU-Projekten weiterentwickelt habe. „Man muss starke Kräfte mit ins Boot holen“, so Walter, der auch an die bis heute geltende Überlegung des verstorbenen Landtagsvizepräsidenten Kurt Hamer (SPD) erinnerte, dass die grenzüberschreitende deutsch-

dänische Zusammenarbeit „praktische Friedenspolitik“ ist. „Hier in den Grenzregionen entsteht der Kitt, der Europa zusammenhält“, so Walter – und fügte unter dem Motto „Ohne Moos nichts los“ hinzu, dass auch vor dem Hintergrund der seiner Meinung nach übereilten EU-Osterweiterung die Förderung der alten Grenzregionen nicht vernachlässigt werden dürfe.

Zur Frage Matloks, wer angesichts der vielen Veränderungen im Zuge der Strukturreform in Dänemark künftig die Rolle des Dirigenten bei der deutsch-dänischen Zusammenarbeit übernehmen sollte, meinte Philipsen, dass das „Orchester im Grenzland nur so gut spielt wie die einzelnen Musiker spielen – und was der einzelne spielen will“. Wichtig sei es, dass effektiv gearbeitet werde, die politischen Interessen müssten eingebunden werden.

Gerd Walter unterstrich, dass es auch auf Vertrauen zwischen den deutschen und dänischen Politikern ankomme: „Ein Handschlag ist wichtiger als Institutionen“, so Walter, der auch an die fortdauernden Barrieren in den Köpfen erinnerte. Philipsen und Walter forderten über die deutsch-dänische Verknüpfung durch die Minderheiten hinaus eine Stärkung der Sprachkenntnisse entlang der deutsch-dänischen Grenze.

Der Nordschleswiger, 14.2.2006

Ministerium übernimmt Amtsmittel für grenzüberschreitende Aktivitäten

„Die Zusage gilt für mindestens vier Jahre, so steht es in dem Schreiben“, erklärte Kulturpolitikerin Anna Margrethe Ikast (Kons.), Gramm, gestern dem Nordschleswiger. Ikast ist Vorsitzende des Unterrichts- und Kulturausschusses des Amtes Nordschleswig sowie Vorsitzende des Ausschusses

für Kultur, Gleichstellung und Sprache des Regionalrates Sønderjylland-Schleswig. Die 277 000 Kronen lägen auf der Basis der Haushalte von 2003, erläuterte Ikast. „Die Mittel im laufenden Haushaltsjahr 2007 haben in etwa die gleiche Höhe.“ Die deutsche Seite in der Region – Stadt Flensburg sowie die Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg – bringen zusammen eine gleich große Summe auf. Diese beiden Teilsummen bilden die Komplementärmittel des Interreg-Projektes „People to People“, das somit insgesamt mit rund 1,1 Millionen Kronen jährlich ausgestattet ist. Über die Verwendung der Mittel und über die konkreten „People to People“-Vorhaben entscheiden neben dem Regionalrat dessen Ausschüsse für Kultur, Gleichstellung und Sprache sowie für Jugend und Sport unter Vorsitz von Kreistagsmitglied Dr. Hans-Werner Johannsen (SPD), Tarp.

Wie die künftige Finanzierung grenzüberschreitender Kultur- sowie Jugend- und Sportarbeit auf dänischer Seite des ab 2007 umstrukturierten Regionalrates Sønderjylland-Schleswig aussehen könnte, wenn das Kulturministerium nach vier Jahren die vom Amt übernommenen Mittel nicht weiterzahlen sollte, ist offen: „Das haben wir noch nicht herausgefunden“, sagte Ikast auch im Hinblick auf eine angedachte Mitfinanzierung der Region Sønderjylland-Schleswig seitens der vier künftigen großen Kommunen Apenrade, Hadersleben, Sonderburg und Tønder. Bislang habe auch Wirtschaftsminister Bendt Bendtsen (Kons.) noch keine Entscheidung über Regionalrat und Regionalratsmittel getroffen.

Ikast wird nach Auflösung des Amtes Nordschleswig dem neuen Regionsrat Süddänemark nicht angehören. Die Kulturpolitikerin könnte sich aber vorstellen, auch im

neuen Regionalrat Sønderjylland-Schleswig ab 2007 dabei zu sein. „Zwar bin ich dann nicht mehr gewählt, dort mitarbeiten würde ich aber sehr gerne!“

Der Nordschleswiger, 24.2.2006

Dänemark regiert elektrisch

Dänemark gehört zu den Vorreitern des so genannten E-Government. Mehr und mehr Verwaltungsangelegenheiten können dort bequem Online abgewickelt werden. Das spart Zeit und Geld. Nun aber will die dänische Regierung noch einen Schritt weiter gehen und drängt wirklich alle Dänen, das neue System zu nutzen, berichtet „BBC Online“. Firmen seien schon jetzt verpflichtet, Rechnungen an staatliche Institutionen digital einzureichen. Allein diese Maßnahme soll Einsparungen in Höhe von 100 Millionen Euro generiert haben. Dieses Prinzip wollen die Behörden nun auch auf den privaten Sektor ausdehnen und damit den Geldverkehr über Schecks und Bar-einzahlungen beenden. Während Kritiker befürchten, das neue System könne weniger Technik-affine Bürger ausgrenzen, wird das Projekt EU-weit mit Interesse verfolgt und wurde sogar mit einer Innovations-Auszeichnung der EU bedacht.

Spiegel-online, 7.3.2006

Dänemark erhält ab 2007 fast verdreifachte Interreg-Mittel

SPD-Landtagsabgeordneter Rolf Fischer: In Schleswig-Holstein über Veränderungen nachdenken

Dänemark wird im neuen EU-Förderungszeitraum 2007 bis 2013 für grenzüberschreitende Projekte 120 Millionen Euro

erhalten. Das ist fast eine Verdreifachung der bisherigen Interreg-III-A-Mittel. Zugleich wird ganz Dänemark eine Region von Ziel 3, wie die bisher als Interreg IV bezeichnete Förderung ab 2007 heißen soll.

Die Verteilung der EU-Interreg-Mittel für Dänemark und die Prüfung der von den ab 2007 arbeitenden neuen Großregionen – z. B. Region Süddänemark – geplanten grenzüberschreitenden Projekte soll durch die Wirtschafts- und Wohnungsbehörde, Kopenhagen und Silkeborg, erfolgen, bevor die reine Projektverwaltung in den Regionen selbst vor sich geht.

„Das ist in Dänemark eine sehr übersichtliche Sache“, sagte der Vorsitzende des SPD-Fraktionsarbeitskreises Europa, Landtagsabgeordneter Rolf Fischer, Kiel, nach Gesprächen mit den beiden Direktoren der Behörde, Henning Steensig, Kopenhagen, und Preben Gregersen, Silkeborg, die er und SPD-Landtagsfraktionsvorsitzender Lothar Hay, Flensburg, in Kopenhagen führten. Die Fast-Verdreifachung der Interreg-Mittel für Dänemark sei auch darauf zurückzuführen, dass Dänemark nicht allein mit Schleswig-Holstein, sondern zugleich mit Norwegen und Schweden grenzüberschreitende Projekte durchführe.

„Alle Zeichen deuten darauf hin, dass wir einen genau so hohen Teil wie bisher erhalten werden“, sagte Fischer. Schleswig-Holstein bekommt für deutsch-dänische Projekte in den drei Interreg-Regionen Schleswig/Sønderjylland, Kern (Kiel, Eckernförde, Rendsburg, Neumünster)/Fünen und Ostholstein-Lübeck/Amt Storstrøm in der 2006 endenden Interreg-III-Periode 33 Millionen Euro. Davon entfällt der größte Teil auf die hiesige Grenzregion.

„Es soll so bleiben, dass die guten Projekte auch weiterhin gefördert werden.“

Die landseitige grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat weiterhin eine hohe Priorität“, bekräftigte Fischer und verwies auf die von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) angekündigten „fünf Leuchtturmprojekte“ in der Region Sønderjylland-Schleswig. „Sie stehen noch nicht fest.“

„Bei unserem Besuch in Kopenhagen haben wir gelernt, dass es gut ist, die Interreg-Mittel möglichst zentral zu verwalten“, sagte Fischer. Es sei „kaum noch nachzuvollziehen“, dass das in Schleswig-Holstein in den drei Fördergebieten erfolge, auf deutscher Seite der hiesigen Grenzregion beim Verein Region Schleswig e.V., den die Stadt Flensburg und die Kreise Schleswig-Flensburg eigens dazu installierten.

„Wir werden da über eine deutliche Veränderung nachdenken müssen“, kündigte Fischer an. Bereits jetzt gebe es „Signale aus Brüssel, dass man sich in Schleswig-Holstein nicht drei Interreg-Gebiete leisten kann“, weil die EU Regionen in ihrer Fläche größer als die drei schleswig-holsteinischen Interreg-Gebiete definiert. Für die Verwaltung der auf Schleswig-Holstein entfallenden Interreg-Mittel dürfte somit das Justiz-, Arbeits- und Europaministerium mit Minister Uwe Döring (SPD) in Kiel zuständig werden.

Um Interreg-Mittel ab 2007 für Schleswig-Holstein in mindestens gleicher Höhe wie jetzt zu erhalten, „werden wir in Richtung Berlin agieren, um sicherzustellen, dass die Interreg-Förderung zwischen Deutschland und Dänemark einen besonderen Stellenwert erhält“, betonte Fischer. „Es wäre ein großer Fehler, wenn Berlin dem deutsch-dänischen Grenzland den Rücken zuwenden und nur noch nach Osten und Südosten“ an die Grenzen zu den neuen EU-Staaten Polen und Tschechien „gu-

cken würde“, warnte Fischer. „Wir dürfen die mit Hilfe von Interreg wirklich gut entwickelte Zusammenarbeit nicht in Frage stellen!“

Der Nordschleswiger, 11.3.2006

BDN weiterhin um Verhandlungen bemüht

Der Bund Deutscher Nordschleswiger (BDN) bemüht sich weiterhin um Neuverhandlungen, um die angekündigten Kürzungen der Bundesmittel für 2006 abwenden zu können. „Wir hoffen, dass man in Berlin gewillt ist, die Kürzungen noch einmal zu überdenken“, sagte der Hauptvorsitzende des Bundes Deutscher Nordschleswiger (BDN), Hans Heinrich Hansen, Heisagger, gestern Abend auf der außerordentlichen BDN-Delegiertenversammlung in Tingleff.

„Vor wenigen Wochen erreichte uns die Hiobsbotschaft, dass die Bundesmittel im laufenden Haushalt für 2006 um 155 000 Euro, entsprechend 1,16 Millionen Kronen, gekürzt werden müssen. Es ist sehr enttäuschend, dass wir trotz positiver Zusagen des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder vor gut einem Jahr nun mit diesen Kürzungen kämpfen müssen.

Kämpfen müssen wir damit nicht nur, weil diese Mittel aus dem laufenden Haushalt gekürzt werden müssen, sondern weil unsere Zuwendungen schon seit vielen Jahren überrollt werden; und das bedeutet – bei allem Verständnis für die wirtschaftliche Lage in Deutschland – jährlich Kürzungen in Höhe von zwei bis drei Prozent entsprechend der Lohn- und Preissteigerungen“, sagte Hansen.

Er glaube schon, sagte der Hauptvorsitzende, dass es ab und zu auch gut sein könne, wenn man finanziell etwas unter

Druck gesetzt werde, damit man gezwungen werde, über Prioritäten und Einsparungspotenziale nachzudenken.

„Ein konkretes Beispiel dafür ist unter anderem das Dienstleistungszentrum“, zu dem gegenwärtig das Deutsche Generalsekretariat in Apenrade umgebaut wird. Diese Einrichtung werde sich durch Synergien und Rationalisierungseffekt positiv auf den Volksgruppenhaushalt auswirken.

„Aber Kürzungen Jahr um Jahr gehen an die Substanz, buchstäblich werden Instandhaltungsmaßnahmen an den Gebäuden unserer Einrichtungen wieder und wieder verschoben – das wird irgendwann mal sehr teuer“, warnte Hansen abschließend.

Der Nordschleswiger, 14.3.2006

WEITERE SCHLAGZEILEN AUS DEM GRENZLAND

Job-Boom auf Lolland-Falster mit Fehmarn-Belt-Verbindung

Der Nordschleswiger, 29.12.2005

Die Wirtschaftsberatungsfirma Cowi geht in einem vom Fehmarn-Forum und vom Arbeitsmarktsrat Storstrøm in Auftrag gegebenen Gutachten davon aus, dass im Zuge der Errichtung der Beltbrücke vor Ort etwa 1800 neue Arbeitsplätze entstehen würden, namentlich in der Bau- und Metallindustrie. Inwieweit diese mit lokalen Arbeitskräften besetzt würden und wie dauerhaft sie wären, geht aus der Studie jedoch nicht hervor, ebenso wenig die Folgen für die Umwelt oder ökonomische Folgen abseits der geplanten Hauptstrecke. Bei seinen Gesprächen mit Wirtschaftsminister Bendt Bendtsen, Außenminister Per

Stig Møller und Verkehrsminister Flemming Hansen (alle Kons.) am 17.1.2006 in Kopenhagen gab Ministerpräsident Peter Harry Carstensen deutlich zu verstehen, dass er die Durchführung des Projekts noch im ersten Halbjahr 2006 schriftlich besiegelt sehen will.

Deutsche bezahlen überhöhte Preise für Sommerhäuser

Aufmacher in Jydske Vestkysten, 10.1.2006

Nach wie vor bezahlen deutsche Gäste oftmals über 1000 Kronen pro Woche mehr als dänische Urlauber, wenn sie ihre Ferien in einem dänischen Sommerhaus verbringen. Auch Schweden und Norweger bezahlen in der Regel nur wenig mehr als Dänen. Während die dänische Tourismus-Agentur VisitDenmark diesen Zustand mit Sorge betrachtet und einen weiteren Rückgang der Besucherzahlen fürchtet, spiegeln die Preise nach Ansicht des Generalsekretärs der Vereinigung der Sommerhausvermieter (Feriehusudlejernes Brancheforening), Peter Fogh Nissen, lediglich die Marktsituation wider. Daher lehnt er Eingriffe in die Preispolitik der Vermieter ab. Als Deutscher kann man den erhöhten Betrag einsparen, wenn man über den dänischen Weg bucht. Inzwischen setzte sich selbst Wirtschaftsminister Bent Bendtsen (Kons.) für eine neue Initiative ein, um die in den letzten Jahren spürbar gesunkene Zahl deutscher Sommerhaus-Feriengäste wieder zu steigern.

Schlechte Noten für deutsche Minderheitenpolitik

Flensburg Avis, 12.1.2006

Eine Expertenkommission des Europa-

rats besuchte die vier autochthonen Minderheiten in Deutschland. Die mangelnde Gleichberechtigung im Schulbereich und namentlich die Kürzungen bei der Schülerbeförderung, der Streit um die Gültigkeit der SSW-Landtagsmandate und die damit verbundenen Ausfälle sowie der Rechtsstreit über die Befreiung des SSW von der 5 %-Sperrklausel brachten dem Land Schleswig-Holstein 50 Jahre nach den Bonn-Kopenhagener Erklärungen keine Bestnoten in der Minderheitenpolitik ein.

Carstensen will das Grenzland fördern

Flensburger Tageblatt, 18.1.2006

Mit zahlreichen Projekten will Schleswig-Holsteins Ministerpräsident die Grenzregion künftig noch stärker fördern. Bei seinem Gespräch mit Staatsminister Anders Fogh Rasmussen gab es zudem Übereinstimmung darüber, dass man bei der deutsch-dänischen Zusammenarbeit auch die Erfahrungen aus der Öresund-Region nutzen wolle.

Den Grenzpendlern soll jetzt geholfen werden

Aufmacher in Flensburg Avis, 19.1.2006

Der Grenzlandbeauftragte des dänischen Staatsministers, Kim Andersen (Venstre), setzt sich dafür ein, dass Grenzpendlern in Steuerfragen künftig zentrale Beratungsstellen bei den Finanzämtern in Flensburg und Tondern zur Verfügung stehen sollen. Das Infocenter im Haus des Regionskontors könne diese Aufgabe nicht wahrnehmen, weil es nicht dazu befugt sei, die Berechnungen über Abgaben, Absetzbarkeit und die zu erwartende Steuersumme festzusetzen.

Tonnenweise dänisches Pulver nach Nordfriesland

Flensburg Avis, 26.1.2006

Weil die gesetzlichen Bestimmungen zur Lagerung von Material für Feuerwerkskörper nach der Katastrophe im Koldinger Vorort Seest, wo am 3.11.2004 die Explosion einer Fabrik die Zerstörung eines ganzen Wohnviertels zur Folge hatte, in Dänemark drastisch verschärft worden sind, suchen die Betreiber nun nach Standorten südlich der Grenze. Vor allem ehemalige Bundeswehr-Liegenschaften sind von Interesse.

Der bürgerliche Kulturkanon

Flensburg Avis, 26.1.2006

Nach der Veröffentlichung des ersten Entwurfs des „Kulturkanons“ für Dänemark (siehe hierzu auch den Beitrag von Peter Dragsbo im vorliegenden Heft) kritisierten zahlreiche Kulturschaffende und -experten eine zu statische und national-konservative Ausrichtung des von Kulturminister Brian Mikkelsen (Kons.) initiierten Projekts. In den Kanon sollten je 12 Werke aus den Bereichen bildende Kunst, Architektur, Literatur, Bühnenkunst, Kunsthandwerk/Design, Film, klassische Musik und Unterhaltungsmusik aufgenommen werden, die laut Aussage des Ministers den „unumgänglichen Kern der dänischen Kultur“ ausmachten. Interessant am Rande: Aus dem alten Herzogtum Schleswig schafften es nur zwei Kulturgüter auf die von einer Expertenkommission erstellten Bestenlisten: Das Werk des in Blans/Sundewitt geborenen Christoffer Wilhelm Eckersberg, eines der Hauptvertreter des „Guldalder“ in der dänischen Malerei, und interessanterweise auch der Brüggemann-Altar im Schleswiger Dom.

Ausschuss der Region für Grenzarbeit

Der Nordschleswiger, 31.1.2006

Auf Vorschlag des jetzigen Grammer und künftigen (Groß-)Haderslebener Bürgermeisters H.P. Geil soll sich beim Regionalrat ein Ausschuss für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bilden, durch dessen vorbereitende Arbeit schneller Beschlüsse gefasst und in die Tat umgesetzt werden sollen.

Die Wut auf Dänemark eskaliert

Kristeligt Dagblad, 4.2.2006

Kein Thema hat Dänemark seit vielen Jahren derart ins internationale Rampenlicht gerückt wie die Mohammed-Zeichnungen der Tageszeitung „Jyllands-Posten“ vom 30.9.2005 und der darauf folgende Konflikt, der Anfang Februar 2006 in vielen islamischen Ländern gewaltsam eskalierte. Ohne Frage stellt dies die schwerste außenpolitische Krise des Königreichs seit dem Zweiten Weltkrieg dar. Im Folgenden soll versucht werden, die wichtigsten Zusammenhänge kurz gefasst darzustellen.

Anlass der Veröffentlichung war die vergebliche Suche des Kinderbuchautors Kåre Bluitgen nach einem Illustrator für sein Buch „Koranen und profeten Muhammeds liv“. Die Ablehnung wurde durch das islamische Bilderverbot begründet. Daraufhin lud Jyllands-Posten zahlreiche dänische Zeichner ein, den Propheten nach ihren Vorstellungen zu zeichnen. Laut dem erläuternden Text des Kulturredakteurs sollte mit der Veröffentlichung ein Zeichen gegen die seiner Meinung nach zunehmende Selbstzensur in Hinblick auf den Islam in allen Bereichen von Kunst und Journalismus gesetzt werden.

12 der 40 Angesprochenen trugen schließlich zu der Karikaturen-Seite „Muhammeds ansigt“ (Das Gesicht Mohammeds) bei. Einige karikierten eher die Aktion als solche: Auf einer der Zeichnungen trägt der Prophet Bluitgens Gesichtszüge, womit der Zeichner die Aktion unterschwellig als PR-Kampagne für das Buch kritisierte. Auf einer anderen Zeichnung ist ein Schüler namens Mohammed in einer Kopenhagener Vorstadt-Klasse zu sehen, auf deren Tafel auf Persisch eine Kritik an Jyllands-Posten zu lesen ist. Andere Zeichnungen sind eher abstrakt oder beziehen sich eher auf die Aktion als solche. Einige verbinden den Propheten Mohammed jedoch unmittelbar mit Terrorismus und anderen Negativ-Stereotypen: Auf einer Zeichnung ist er mit Krummschwert vor verschleierte Frauen dargestellt, auf einer weiteren mit einer Bombe im Turban, auf einer dritten als Paradieswächter, der den ankommenden Selbstmordattentätern erklärt, dass es leider momentan keine Jungfrauen mehr gäbe. Es liegt nahe, dass gerade die letztgenannten Zeichnungen den Unmut auch gemäßigter Muslime nach sich zogen. Zunächst blieb die Debatte im Inland, und auch die Dokumentation in der ägyptischen Zeitung „Al Fagr“ (17.10.) löste keine nennenswerte Reaktion aus. Bei der innerdänischen Debatte stellten viele Kritiker die Karikaturen in den Zusammenhang mit der generellen Behandlung des Themas „Ausländer“ in der dänischen Öffentlichkeit und der seit 2001 massiv verschärfte Ausländergesetzgebung im Königreich (siehe dazu u.a. den oben wiedergegebene Artikel aus der Süddeutschen Zeitung vom 28.12.2005). Sowohl die Vertreter islamischer Länder als auch islamische Funktionsträger schalteten sich in die Debatte ein und forderten eine Bestrafung der Zeitung Jyllands-Posten. Solches

wurde dänischerseits unter Verweis auf die Pressefreiheit und die Gesetzeslage zurückgewiesen. Inwieweit Gesprächswünsche arabischer Botschafter von der dänischen Regierung abgewiesen wurden und zu welchen Gesprächen es auf der offiziellen Ebene kam, darüber gehen die Darstellungen der arabischen Ländervertreter und der dänischen Regierung auseinander.

Die Anstrengung eines Strafverfahrens nach § 140 wegen Blasphemie wurde vom Landgericht in Viborg am 6.1.2006 abgelehnt. Nachdem die christliche norwegische Zeitung „Magazinet“ die Karikaturen nachgedruckt hatte (10.1.2006) und die dänischen Imame die Zeichnungen in mehreren islamischen Ländern und gegenüber der Arabischen Liga bekannt gemacht hatten, eskalierte der Konflikt und entwickelte eine ungeahnte Eigendynamik. Dem Dossier der Imame waren einige weitere Bilder beigefügt, welche eine Islamfeindlichkeit in Dänemark belegen sollten: Diese waren nach Auskunft der Imame muslimischen Leserbriefschreibern, die gegen die Karikaturen protestiert hatten, anonym zugeschickt worden.

Als ab dem 26.1. selbst in eher gemäßigten arabischen Ländern dänische Waren fast vollständig boykottiert wurden und einige Staaten sogar ihre Botschafter aus Kopenhagen abzogen, reagierte Jyllands-Posten mit einer Entschuldigung (31.1.) für die Verletzung von Gefühlen, nicht jedoch für die Veröffentlichung als solche. Dies ging den Vertretern der muslimischen Gemeinde jedoch nicht weit genug. In Gaza wurde derweil ein EU-Büro gestürmt, an verschiedenen Orten wurden dänische Fahnen verbrannt, und gegen die Redaktion von Jyllands-Posten gingen Bombendrohungen ein.

Der Konflikt eskalierte nun uneinge-

schränkt. So verbreitete sich in der arabischen Welt das Gerücht, dass auf dem Kopenhagener Rathausplatz eine öffentliche Koran-Verbrennung inszeniert worden sei (Tatsächlich gab es die Aufforderung eines unbekanntes Einzeltäters zumindest zu einer Fahnenverbrennung, und ein massives Polizeiaufgebot stand zur Verhinderung der Tat bereit). Am 1.2. druckten mehrere europäische Zeitungen (auch deutsche) die Zeichnungen nach, um auf die Bedeutung des Konflikts für das Grundrecht der Meinungsfreiheit aufmerksam zu machen. Immerhin forderten mehrere arabische Regierungen Entschuldigungen und Maßregelungen gegen die Presse durch die dänische Regierung. Doch der Funke wurde zum Lauffeuer: In den ersten Februartagen wurden in vielen islamisch geprägten Ländern dänische und andere europäische Vertretungen gestürmt, und den Tiefpunkt setzten die Niederbrennung der dänischen Botschaft in Damaskus und des Generalkonsulats in Beirut (3. u. 4.2.). Politische Extremisten in mehreren islamischen Ländern nutzten den Konflikt, um die Gewalt weiter anzuhetzen. Einige von ihnen spielten die Gelegenheit auf groteske Weise zu einer angeblich von Juden und Amerikanern gesteuerten Kampagne hoch, darunter auch höchstrangige Vertreter der iranischen Regierung. Die Teheraner Zeitung Hamshahri forderte sogar zu einem Karikaturenwettbewerb über den Holocaust auf, um laut eigener Aussage das westliche Verständnis von Pressefreiheit auf die Probe zu stellen. In mehreren Ländern gab es Tote bei gewalttätigen Auseinandersetzungen, und im Norden Nigerias wurden am 18.2. bei Überfällen islamistischer Extremisten auf christliche Mitbewohner 16 Menschen ermordet.

Aber auch in Dänemark und Europa wurde

zur Eskalation beigetragen. Die dänischen Boulevardblätter „B.T.“ und „Ekstra Bladet“ schürten mit ihren Aufmachern wie „Furcht vor Rassenkrieg in den Vorstädten“, „Lasst uns alle zusammenstehen“, „Papa, warum hasten die uns?“ und ähnlichem in der ersten Februarwoche weitere Ängste. Händler und Gastwirte aus muslimischen Ländern verspürten in Dänemark (auch in Nordschleswig) einen deutlichen Umsatzrückgang während der Krise (Jydske Vestkysten, 7.2.2006). Besonders grotesk war der Fernsehauftritt des italienischen Reformministers Roberto Calderoli (Lega Nord), der ein T-Shirt mit Mohammed-Karikaturen unter seinem Hemd hervorzog – und am folgenden Tag seinen Rücktritt einreichen musste, während es bei Protesten vor der italienischen Botschaft in Tripolis 11 Tote gab.

Die dänische Regierung versuchte derweil zu beschwichtigen, unter anderem durch Fernsehauftritte des Staatsministers bei arabischen Sendern. Auch in der Grenzlandpresse wurde die Thematik in aller Ausführlichkeit diskutiert. Innenpolitische Streitigkeiten in Dänemark wurden durch einen „Burgfrieden“ mit der Opposition zunächst einmal vertagt. Doch in der ersten Märzwoche sorgte der politische Sprecher der Venstre-Fraktion im Folketing Jens Rohde, der Anfang des Jahres durch seinen angekündigten Kirchenaustritt und sein Eintreten für die Trennung von Kirche und Staat in Dänemark Aufsehen erregt hatte, für neuen Zündstoff, als er die Nachricht verbreitete, dass 12 muslimische Männer die Tochter eines der Karikaturisten aufgesucht hätten (in Wirklichkeit handelte es sich um einige Mädchen und um einen Streit unter Schulkameradinnen, der nichts mit der aktuellen politischen Krise und den Zeichnungen zu hatte). In den dänischen Meinungsumfragen mussten die

oppositionellen Sozialdemokraten starke Verluste hinnehmen, während vor allem Dansk Folkeparti deutlichen Zuwachs verzeichnete.

Auf der internationalen Ebene wurde die Krise sehr unterschiedlich kommentiert. Viele hochrangige Vertreter wie UN-Generalsekretär Kofi Annan, Ex-US-Präsident Bill Clinton oder der britische Außenminister Jack Straw verurteilten „Muhammeds ansigt“ mit deutlichen Worten, ebenso aber auch die gewaltsamen Reaktionen. Die EU-Regierungen stellten sich klar hinter Dänemark. In den Medien gab es ebenfalls sehr unterschiedliche Meinungen. Bei Redaktionsschluss hielt die Diskussion allerorts unvermindert an, auch in der Grenzlandpresse. Dabei stehen inzwischen weniger das Verhältnis zwischen Pressefreiheit und Religionswürde als vielmehr die politischen Krisenherde im Nahen Osten und der Umgang miteinander im Inland im Mittelpunkt.

„Geschichtliche und kulturelle Besonderheiten des Grenzlandes mit hindeuten“

Der Nordschleswiger, 7.2.2006

Mit Kim Andersen hielt erstmals ein Abgeordneter des dänischen Folketing die Hauptrede beim traditionsreichen (142.) Oeversee-Marsch. Dabei forderte er auf, weiterhin aktiv die noch bestehenden Barrieren zwischen Deutsch und Dänisch abzubauen. Siehe zu diesem Thema auch den Beitrag in der Rubrik „Echo“ in dieser Ausgabe.

Dänisch lernen auf dem Südermarkt
Flensburger Tageblatt, 10.2.2006

Die Initiative „Tag der dänischen Sprache“

am 9. Februar führte zahlreiche Aktionen mit sich, mit denen in Flensburg, Leck, Husum und Schleswig für das Erlernen des Dänischen geworben wurde. Organisiert wurde das Projekt von der Region Sønderjylland/Schleswig gemeinsam mit der Universität Flensburg, dem Center for Videregående Uddannelser (Lehrerseminar) Sønderjylland in Hadersleben, dem Kulturbüro Flensburg, Nordisk Informationskontor, dem Projekt „Sprachfokus“ in Zusammenarbeit mit den Landkreisen und der Stadt Flensburg, zahlreichen regionalen Medien, Schulen und Bibliotheken.

Berliner Ansprechpartner für die Minderheiten

Der Nordschleswiger, 16.2.2006

Neuer Bundesbeauftragter für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten ist der parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, der frühere Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt und Agraringenieur Christoph Bergner (CDU). Er löst den in den Ruhestand getretenen Hans-Peter Kemper ab.

Sprachkompetenz hilft der Region

Flensburger Tageblatt, 16.2.2006

Die Industrie- und Handelskammer Flensburg will einen Regionalmanager einstellen, der die wirtschaftliche Annäherung in der grenzüberschreitenden Region fördern soll. IHK-Hauptgeschäftsführer Peter Michael Stein nennt das Sprachproblem als größtes Wachstumshindernis und fordert mehr Initiativen zum Erlernen der dänischen Sprache, die seiner Meinung nach bereits als zweite Fremdsprache angeboten werden sollte.

Auf den Spuren dänischer Könige

Flensburger Tageblatt, 20.2.2006

Das dänische Kronprinzenpaar besuchte Schloss Gottorf und das Dannewerk. Kurz zuvor (17.1.) war Ministerpräsident Peter Harry Carstensen von der dänischen Königin auf Amalienborg empfangen worden.

Verkauf des Kollunder Waldes ausgesetzt

Flensburg Avis, 24.2.2006

Nachdem der Versuch gescheitert war, den Wald jenseits der Grenze an den dänischen Staat zu verkaufen, hatte die Stadt Flensburg nun mit einem Landwirt aus dem Sundewitt einen neuen privaten Käufer gefunden. Dieser sicherte eine Fortführung sowohl der behutsamen forstwirtschaftlichen Nutzung als auch der freien Zugänglichkeit zu. Der Verkauf scheiterte jedoch in letzter Minute an rechtlichen Fragen.

Krarups Ziel: Wiedervereinigung

Flensburg Avis, 28.2.2006

Der Vertreter der Dansk Folkeparti im Kontaktausschuss des Folketing für die dänische Minderheit in Südschleswig (Seksmandsudvalg) löste mit seiner These, dass die dänische Minderheit ohne den Wunsch nach Vereinigung mit Dänemark lediglich zu einem pädagogischen Experiment degradiert würde, teilweise heftigen Widerspruch aus, der sich sowohl in Leserbriefen als auch in redaktionellen Kommentaren in Flensburg Avis ausdrückte.

Deutsch-dänische Fahrkarten

Der Nordschleswiger, 2.3.2006

Die Busfahrtgesellschaften nördlich und

südlich der Grenze wollen ein Konzept für die Ausstellung einheitlicher grenzüberschreitender Fahrkarten entwickeln. Nördlich der Grenze wird der öffentliche Verkehr, bislang unter dem Verband „Sydbus“ zusammengefasst, zu den wenigen Aufgaben der künftigen Großregion Syddanmark gehören.

Sprache als Spiel: Dänisch lernen mit Professor ABC

Flensburger Tageblatt, 7.3.2006

Bei einem Projekt des Regionskontors hat der Clown und Pädagoge Claus Sax Hinrichs Schulkindern an verschiedenen Grundschulen die Sprache des Nachbarn näher gebracht.

Dänemark sucht Fachkräfte

Flensburger Tageblatt, 9.3.2006

Nach wie vor herrscht nördlich der Grenze in vielen Bereichen ein Mangel an Fachkräften, vor allem im Bausektor. Derzeit pendeln zehnmal so viele Arbeitnehmer von Süd nach Nord als umgekehrt, und EURES (Netzwerk European Employment Services) konnte in den vergangenen Jahren über 5000 Stellen vermitteln. Dennoch könnte die Zahl wesentlich höher sein. Sowohl die EURES-Experten als auch der Staatssekretär im Kieler Arbeitsministerium Peter Nissen beklagen Hemmnisse durch persönliche Unsicherheit wegen der unterschiedlichen Sozialgesetzgebung, mangelnde Sprachkenntnisse und grundsätzlich fehlende Bereitschaft zum Pendeln über die Grenze.

Minderheiten mit ins Grundgesetz

Flensborg Avis, 10.3.2006

Da die Aufnahme der Rechte nationaler Minderheit einstweilen keine Aufnahme in die EU-Verfassung findet, fordern die Vertreter der dänischen Minderheit die Landesregierung dazu auf, beim Bund für die Aufnahme der Minderheitenrechte in das deutsche Grundgesetz einzutreten.

Fogh zur Einwanderung: Europa wird Dänemark folgen

Jyllands-Posten, 13.3.2006

Der dänische Staatsminister zeigt sich von der anhaltenden Kritik an Dänemarks Ausländerpolitik unbeeindruckt und erwartet, dass die übrigen Staaten dem dänischen Beispiel bald folgen werden.

Der Hoffnungsträger

Spiegel-online, 14.3.2006

Dänemarks bekanntester Politiker muslimischen Glaubens, der Folketingsabgeordnete der linksliberalen Partei Radikale Venstre Naser Khader, hat ein Netzwerk „Demokratische Muslime“ ins Leben gerufen. Innerhalb kürzester Zeit traten 1400 Mitglieder der Organisation bei, die sich als Diskussionsforum, politischer Ratgeber, Brückenbauer und Sprachrohr der Muslime in Dänemark verstehen und die Vereinbarkeit von islamischer Religion und Demokratie aufzeigen will.

Die Oeversee-Legende

In der letzten Ausgabe der Grenzfriedenshefte (4/2005, S. 301-314) publizierten wir einen Beitrag von Frank Lubowitz über „Oeversee 1864“, in dem der Historiker der „Entstehung und dem Wandel eines Gedenktages“ nachgeht. Er weist nach, dass es sich bei der Überlieferung, Flensburger Bürger seien am 6./7. Februar 1864 nach dem blutigen Gefecht zwischen Österreichern und Dänen spontan zu dem Schlachtfeld bei Oeversee gezogen und hätten dort unabhängig von der Nationalität Tote geborgen und Verwundete versorgt, um eine Legende handelt. Dieser Beitrag von Frank Lubowitz hat große Beachtung gefunden.

Im Vorfeld des Oeversee-Marsches, der alljährlich am 6. Februar an die Haltung der Flensburger Bürger erinnern soll, griff der Journalist und Historiker Bernd Philipsen im Flensburger Tageblatt (17.1.2006) den Beitrag aus den Grenzfriedensheften auf und sorgte durch seine fachkundige Berichterstattung für die weitere Verbreitung der Forschungsergebnisse von Frank Lubowitz. Auch im regionalen Fernsehen kam der Historiker zu Worte (NDR III, 6.2.2006).

Dass seine Arbeit nicht überall auf positive Resonanz stoßen würde, war zu erwarten. Wer nimmt schon gerne von einer liebgewonnenen, wegen ihres humanitären Charakters in diesem Falle auch sympathischen Tradition Abschied! Ebenso zeigt alle Erfahrung, dass es einige Zeit dauert, bis historische Forschungsergebnisse Eingang in das volkstümliche Geschichtsbewusstsein finden. So tischte Flensburg Avis ihren Lesern in der Berichterstattung über den Oeversee-Marsch erneut die bekannte Legende auf (7.2.2006).

Hans Dethleffsen, Vorsitzender des deutschen Stammkomitees von 1864, das mit der dänischen Kulturorganisation Sydslesvigsk Forening das Oeversee-Gedenken veranstaltet, ging am 6. Februar beim abschließenden Zusammensein der Teilnehmer immerhin auf Lubowitz' Forschungen ein. Sein augenzwinkernde Hinweis auf einen wahren Kern von Legenden (s. unten) ersetzt allerdings nicht die rationale Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Ergebnissen.

Es bleiben den Veranstaltern und Teilnehmern des Oeversee-Marsches im Prinzip drei Möglichkeiten:

1. Man hält an der liebgewonnenen Tradition fest, ignoriert also schlicht die vorliegenden Forschungsergebnisse. Dies ist ein gern beschrittener, allerdings intellektuell wenig anspruchsvoller und oft auch gefährlicher Weg, wie zahllose Beispiele aus Geschichte und Gegenwart zeigen.
2. Man falsifiziert die Ergebnisse von Lubowitz, d.h. man zeigt mit wissenschaftlichen Methoden, dass die „humanitäre Großtat“ (B. Philipsen) der Flensburger Bürger am 6./7. Februar 1864 entgegen dem Quellenbefund des Historikers tatsächlich stattgefunden hat. Oder man legt verwertbare Quellen vor, die jedenfalls eine Modifikation des gegenwärtigen Forschungsstandes nahelegen.
3. Man akzeptiert die vorliegenden Forschungsergebnisse und entkleidet das Oeversee-Gedenken seines legendenhaften, unhistorischen Bestandteils. Das heißt, man

setzt sich bei der deutsch-österreich-dänischen Gedenkveranstaltung kritisch mit der jeweils eigenen und der gemeinsamen Geschichte auseinander und versucht daraus zukunftsweisende Lehren zu ziehen, wie es ja bereits jetzt zum Teil geschieht – in der Überzeugung, dass ein solches Anliegen den beschwerlichen Marsch von Flensburg nach Oeversee auch ohne legendenhaftes Vorbild allemal verlohnt.

Wir sind gespannt, wie sich das Oeversee-Gedenken künftig gestalten wird.

Die Redaktion

■ Wahrer Kern

Der langjährige Vorsitzende des Stammkomitees von 1864, der Flensburger Kaufmann Hans Dethleffsen, brachte in Tarp vor den Teilnehmern des Oeversee-Marsches seine Freude darüber zum Ausdruck, dass sich das deutsche Stammkomitee und die dänische Kulturorganisation Sydslesvigsk Forening zu einem gemeinsamen Gedenken zusammengefunden hätten. In dänischer Sprache dankte er dem Folketing-Abgeordnete Kim Andersen für dessen in die Zukunft weisende Ansprache am Dänen-Denkmal. Dethleffsen ging kurz auf die Einschätzung des Flensburger Historikers Frank Lubowitz ein, wonach das Bild von der humanitären Großtat Flensburger Bürger, die nach dem blutigen Gefecht gefallene und verwundete Soldaten beider Seiten geborgen bzw. versorgt hätten, auf einer Legendenbildung beruhe. Legende bedeute mündliche Überlieferung ohne schriftliche Beweise, sagte Dethleffsen, der sich dabei auf einschlägige Nachschlagewerke bezog. Und mündliche Überlieferungen hätten meist einen wahren Kern.

Aus der Berichterstattung von Bernd Philippsen über das diesjährige Oeversee-Gedenken, in: Flensburger Tageblatt, 7.2.2006

JØRN BUCH

Synnejysk historie

Sønderjyllands historie fortalt for børn og voksne

Tøndern: Æ Synnejysk Forening, 2005. 160 S., ill.

Mit dem vorliegenden Werk hat sich Jørn Buch zweier schwieriger und arbeitsaufwändiger Aufgaben angenommen, deren Erfüllung seit langem gewünscht wurde und deren Resultat auf breites Interesse stoßen wird: Zum einen liegt nun – zumindest auf dänischer Seite – eine übersichtliche und leicht verständlich geschriebene Darstellung über die lange Geschichte des Landesteils vor, die sich gerade auch an eine junge und geschichtlich wenig vorgebildete Leserschaft wendet. Zum anderen wurde diese Darstellung parallel im inzwischen immer stärker in seiner Existenz gefährdeten regionalen Dialekt, dem „Synnejysk“ geschrieben.

Das Buch umfasst insgesamt 75 in sich abgeschlossene Kapitel auf je einer Doppelseite mit einem standarddänischen Haupttext, einem etwas kürzer gefassten Paralleltext auf Synnejysk und einer mehr oder weniger unterhaltsamen Illustration des Zeichners Peter Heydenreich im Stil des Computerzeitalters. Dieser Aufbau hat den Vorteil, dass der Leser überall einsteigen kann und abgerundete Einzelbeiträge vorfindet. Den Nachteil der fehlenden langen Linien gleicht Jørn Buch geschickt durch klare Hinweise auf langfristige Wirkungen der jeweiligen Geschehnisse aus.

Wie der Verfasser in seinem Vorwort schreibt, soll mit dem Buch aufgezeigt

werden, warum und wie der Landesteil seine besondere Identität entwickelte. Deshalb habe er auf „Landwirtschaft, die Armen, Frauen und andere besondere soziale Gruppen“ verzichtet und sich darauf konzentriert, wie der Landesteil „zu einem Brutkasten verschiedener nationaler Identitäten“ werden konnte, und die Bedeutung der Sprache besonders herausgestellt. Mit dieser Vorgehensweise wird unterstellt, dass der Landesteil seine historisch gewachsene Besonderheit nahezu ausschließlich aus dem deutsch-dänischen Gegenüber beziehe. Ein solches Geschichtsbild ist gerade einem jungen Publikum gegenüber nicht mehr vermittelbar. Landwirtschaft, Handel, Industrie, Infrastruktur, Verwaltung, Recht, soziale Beziehungen, Umwelteinflüsse und vieles mehr sind nicht national oder universell einheitliche Größen, sondern haben sehr wohl dazu beigetragen, dass sich der Landesteil auf seine ganz besondere Weise entwickeln konnte. Auch wenn es hierüber bislang weniger geforscht wurde als über die nationale Dimension, dürfen diese Aspekte in einer Gesamtdarstellung nicht derart vernachlässigt werden – gerade weil das Buch an ein breites und vor allem junges Publikum adressiert ist.

Schon in den ersten elf Kapiteln bis 1460 wird die traditionell-nationale Geschichtsperspektive – in diesem Fall natürlich die dänische – deutlich sichtbar, z. B. bei der Darstellung einer „Verdeutschung“ im Mittelalter (S. 17, 18) u. a. Andererseits betont der Verfasser in vielen Kapiteln, dass es damals noch keine nationalen Gegensätze gab, lässt diese damit aber trotzdem in die vornationale Geschichte einfließen. Diese Tendenz setzt sich in den drei fol-

genden Abschnitten über die frühe Neuzeit und selbst in den sechs einzigen Beiträgen zur Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte fort. Es sei jedoch ausdrücklich betont, dass die Darstellung trotz der perspektivischen und thematischen Verengung keineswegs national einseitig ist. Ganz im Gegenteil: Jørn Buch zeigt seine hohe Fachkompetenz und Objektivität und lässt keine Gelegenheit aus, um das ganz selbstverständliche und fruchtbare deutsch-dänische Zusammenwirken bis ins 19. Jahrhundert hinein klar herauszustellen.

Der Entwicklung der nationalen Gegensätze und Kämpfe bis zum Ersten Weltkrieg sind dann aber sage und schreibe 37 Kapitel (von 75!) gewidmet, davon fünf der Zeit bis 1840, allein zwölf den acht Jahren bis zum Krieg, drei dem Bürgerkrieg (1848-50) selbst, drei der Zwischenkriegszeit, fünf dem Krieg von 1864 und dessen unmittelbaren Folgen und zehn dem nationalen Kampf unter preußisch-deutscher Herrschaft. Zahlreiche Abschnitte werden punktuell an einzelnen Personen und Ereignissen festgemacht. Dass hier die dänischen Vorreiter und die dänische Perspektive besonders herausgestellt werden, überrascht nicht.

Sechs der letzten 18 Kapitel behandeln Ersten Weltkrieg und Abstimmungszeit, ein weiteres die deutschen Forderungen nach Grenzrevision, lediglich in Kapitel 65 werden noch einmal wirtschaftliche Aspekte erwähnt. Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg werden in fünf Abschnitten thematisiert, die neue Grenzfrage ab 1945 und die Bonn-Kopenhagener Erklärungen in je einem weiteren. Die beiden einzigen weiteren Beiträge zur Nachkriegszeit befassen sich mit dem Abbau regionaler Besonderheiten und Minderheitenpolitik sowie grenzüberschreitender Zusammen-

arbeit. Kapitel 75 bildet schließlich einen Epilog mit dem Schlussfazit, dass Deutsche und Dänen heute und in Zukunft mehr verbindet als sie vorher getrennt hat – und dass der Landesteil gerade in dieser Hinsicht ein Modell für Europa sei. Die letzte Zeichnung spricht – wohl ungewollt – Bände für den heutigen Zustand des Grenzlands: Ein Deutscher und ein Däne (durch Nationalfarben markiert) reichen einander die Hand. Der Däne sagt „Moin!“, der Deutsche aber „Guten Tag!“ – statt wie in der Region üblich ebenfalls „Moin!“. Sie gehen zwar aufeinander zu, finden aber keine gemeinsame Sprache, obwohl sie es eigentlich könnten.

Am Ende des 70. Kapitels, dessen schwierige Thematik „Frøslee 1944, Faarhus 1945, deutsche Flüchtlinge und der Haderslebener Kreis“ er gelungen darstellt, zieht Jørn Buch einen zentralen Grundsatz: „Daher ist es eine wichtige Lehre der Geschichte, dass man die Gegenwart nicht mit der Vergangenheit identifiziert, sondern mit Rücksicht auf die Zukunft das erkennt, was die Probleme der Vergangenheit geschaffen hat – dann hat man die Gegenwart verstanden“ (Üb. d. Rez.). Angesichts der allzu starken Fokussierung auf die deutsch-dänische Dimension bleiben leider Zweifel daran, dass gerade die jüngeren Leser diese wichtige Botschaft verstehen werden. Wenn man eine geschichtlich gewachsene Identität strukturell durch die Existenz eines Gegenparts begründet, wird man die „geistige Berliner Mauer“, wie es der Verfasser kritisch nennt (S. 155), eher noch fester verankern. Daran können noch so viele positive Bemerkungen über „die anderen“ und selbst die Hervorhebung der deutschen Volksgruppe als „noget af det mest sønderjyske“ (S. 80) nichts ändern. Auch wenn das vorliegende Werk viel Erfreuliches zu bieten hat, sollte

eine Regionalgeschichte „erzählt für Erwachsene und Kinder“ thematisch breiter angelegt werden. Uneingeschränkte Anerkennung verdient jedoch die gewiss arbeits- und zeitaufwendige Transskription in den Dialekt, die vor allem beim lauten Lesen viel Freude bereitet und hoffentlich viele Nachahmer finden wird.

Gerret Liebing Schlaber

Cathrinesminde Teglværksmuseum – Cathrinesmindes Venner

Industrisamfundets miljøer i
Sønderjylland – Årsskrift XVIII 2005

Cathrinesminde Teglværksmuseum.
60 S., ill.

In der traditionellen Geschichtsschreibung wird Dänemark in erster Linie als Agrarland dargestellt. Dadurch ist die gesellschaftliche Bedeutung der Industrie oft unterschätzt worden. Um diesem Defizit entgegenzuwirken, hat die oberste dänische Museumsbehörde, Kulturarvsstyrelsen, das Kulturerbe der Industrialisierung bis zum kommenden Jahr zu einem ihrer Schwerpunktthemen erklärt. Mit Hilfe regionaler Übersichtswerke will man versuchen, Industrielandschaften von nationaler Bedeutung kartografisch zu erfassen und auf verschiedene Weise wieder mehr im allgemeinen Bewusstsein verankern. In der vorliegenden Jahresschrift des Ziegeleimuseums Cathrinesminde wurden nun die Beiträge für die regionale Übersicht für Nordschleswig erstmals veröffentlicht.

Im einleitenden Beitrag „Sønderjylland – et industrisamfund“ setzen sich Peter Dragsbo und John Rendboe mit der Tendenz der Museen auseinander, dass sie

das regionale Kulturerbe oftmals mit starker Gewichtung einzelner Besonderheiten darstellen, wie zum Beispiel die Stadtkultur in Hadersleben oder auffällige Gegenstände wie Klöppelspitzen oder Goldschmiedekunst. Die Industrie wurde über lange Zeit hingegen völlig übersehen, obwohl sie für das regionale Kulturerbe von erheblicher Bedeutung war und ist. Dem schließt sich eine industriegeschichtliche Übersicht von der 1602 gegründeten Krausauer Kupfermühle König Christians IV. über Flensburg Entwicklung zu einer der größten Industriestandorte im Gesamtstaat bis hin zur so genannten „kleinen Industrialisierung“ in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg an. Heute zählt der Landesteil zu den Regionen in Dänemark, in denen der Anteil der in der Industrie Beschäftigten am höchsten ist. Große Industriebetriebe wie Danfoss auf Nordalsen und Ecco in Bredebro haben hier ihre Konzernzentralen – um nur die bekanntesten zu nennen.

Der Begriff „Flensborgsten“ ist zwar in Dänemark recht bekannt, wesentlich weniger dafür die Geschichte der Ziegelproduktion an der Flensburger Förde. Dessen nimmt sich Ann Brinck in ihrem Beitrag „Flensborg fjord – Danmarks teglværksegn“ an. Die Verfasserin greift zahlreiche Aspekte auf, so etwa den Übergang von einem Nebenerwerb zur Industrie, die Anzahl und Lage der Betriebe, die technische Entwicklung, Transport, Arbeitskraft, Wohnverhältnisse vor Ort und die erhaltenen Anlagen als solche. Leider fehlen hier Illustrationen, vor allem Karten, namentlich im Abschnitt über die Einteilung der Ziegeleien nach ihrer geografischen Lage. Ein bemerkenswerter Aspekt der Ziegeleiindustrie an der Flensburger Förde war die einem Kartell gleiche Organisation, mit der man die Produktionszahlen der einzelnen Betriebe festlegte und im

Falle des Falles auch über Betriebsein-
stellungen verfügte.

Erik Petersen gibt in „Danfoss – Moder-
niseringens industrilandskab i Sønderjyl-
land“ einen Überblick über die Entwick-
lung des heutigen Großkonzerns im 20.
Jahrhundert, von den bescheidenen An-
fängen in zwei Dachkammern auf Mads
Clausens Bauernhof auf Nordalsen Anfang
der 1930er Jahre bis zu der großen Ex-
pansion, während der allein in den Jahren
1953 und 1954 jeweils über 1000 neue
Mitarbeiter dazukamen. Diese starke Ver-
änderung schlug sich das ganze Jahrhun-
dert hindurch markant in der Infrastruktur
und Raumordnung der bisher ländlich ge-
prägten Region und Gesellschaft durch.

Im letzten Beitrag „Kunstveje og jernbanef-
eber – to nationale anlægsprojekter i Søn-
derjylland“ gewährt Kim Furdal interes-
sante Einsichten in die Bedeutung, welche
die Lage des Landesteils im Spannungsfeld
zwischen Hamburg und Kopenhagen für
die Entwicklung der Infrastruktur vor Ort
hatte. Im 19. Jahrhundert hielt man in
Kopenhagen die Vernachlässigung der In-
frastruktur in den Herzogtümern für einen
Vorteil: Man hoffte, dass man den Einfluss
der Großstädte Hamburg und Lübeck auf
den Handel in Jütland eindämmen konnte.
Die dänische Niederlage 1864 machte
es dem Landesteil in dieser Hinsicht nicht
leichter. Auch die preußische Verwaltung
benutzte die Infrastruktur zur Verstärkung
von Grenzen: In der Zeit bis 1920 entstand
keine einzige Hauptstraße zur Staatsgrenze
an der Königsau. Erst nach der Vereinigung
mit Dänemark 1920 wurde die Infrastruktur
massiv ausgebaut, um den Landesteil
wieder eng mit Dänemark zu verbinden
und die dänische Hoheit über das Gebiet
dauerhaft sicherzustellen. Alles in allem
bietet der vorliegende kleine Sammelband
eine ausgezeichnete Einführung

in die Geschichte der Industrie und Infra-
struktur in Nordschleswig und zeigt deut-
lich die Bedeutung auf, welche sie für die
Entwicklung der Region gehabt hat.

Jes Lungskov

Übersetzung: Gerret L. Schlaber

GERRET LIEBING SCHLABER

Sozialpolitik im Schleswiger Land 1840-1880

Neumünster 2005 (Studien zur Wirtschafts-
und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins
39), 432 S.

Die Dissertation an der Syddansk Univer-
sitet von Gerret Schlaber betritt einerseits
Neuland und stellt sich andererseits in die
seit über 100 Jahren in der schleswig-hol-
steinischen Landesgeschichtsforschung
bestehende Tradition der Diskussion von
Armut und Armenfürsorge. Denn schon
parallel zu den Bismarck'schen Sozialge-
setzen spielte der gerade überwunden ge-
glaubte Pauperismus eine Rolle in den heimat-
kundlichen und landesgeschichtlichen
Publikationen – damals wohl vor allem
von der trügerischen Hoffnung beseelt,
die schlimmen Zeiten für die Armen seien
ein- für allemal vorbei. Gerret Schlaber
will der Frage nachgehen, ob es zwischen
1840 und 1880 eine Modernisierung der
Armenbetreuung gegeben hat und reiht
sich damit bewusst oder unbewusst in die
ganz aktuelle Diskussion um Perspektiven
und Grenzen des Sozialstaates ein, der
heute (Hartz IV etc.) wieder auf dem ge-
sellschaftspolitischen Prüfstand steht.

Die Arbeit ist umfassend angelegt, will
allerdings die theoretische Debatte um
Gesellschaft, Staat und Armut nicht ver-
tiefen, sondern sich anhand des empiri-

rischen Materials eines umrissenen Territoriums (Schleswig) um die von früheren Gesellschaften gefundenen Antworten auf drängende soziale Fragen kümmern. Nach kurzer Einleitung folgt die Explikation der Problemstellung (S. 22-37), denen einige methodische Überlegungen sowie ein Abriss der Quellen- und Forschungssituation folgen (S. 38-53). Es wird der sozio-ökonomische Hintergrund der betrachteten 40 Jahre umrissen (S. 54-82), bevor es um „die sozialpolitischen Akteure und ihre Haltung“ zwischen Verurteilung und Philantropie geht (S. 83-129). Es folgen Ausführungen über „Ziele, Motive und Prinzipien ... der Sozialpolitik“ (S. 132-165), „gesetzliche Grundlagen und administrative Strukturen“ (S. 166-201), „Formen und ... Verteilung der sozialen Leistungen“ wie Beihilfen zum Essen und Wohnen, Verbesserung der Wohnsituationen, Armenanstalten, Hygienevorsorge und Bildungsreformen (S. 202-294), schließlich die Finanzierung der Sozialpolitik (S. 295-337) und in einem abschließenden Kapitel: „Armut, Apathie und aktive Selbsthilfe: Die ‚Klienten‘ und Zielgruppen sozialpolitischer Aktivitäten“ (S. 328-387). Eine Zusammenfassung und Schlussbetrachtung (deutsch und dänisch) (S. 388-402), ein Literatur- und Quellenverzeichnis (S. 404-422) und ein Stichwortregister nebst Ortsverzeichnis (S. 424-432) beschließen den Band. Jedem Kapitel ist ein zusammenfassendes Fazit nachgestellt, in dem sich der Leser rasch über die Kernaussagen unterrichten kann.

Das Ergebnis dieser materialreichen, auf breitem und gründlichem Quellenstudium und guter Kenntnis der zeitgenössischen wie der Forschungsliteratur basierenden Untersuchung überrascht wenig: Die strukturellen Bedingungen ließen eine durchgreifende Veränderung der durch die Übervölkerung und wirtschaftliche Perspekti-

venlosigkeit entstandenen Armutssituation nicht zu. Erst die Industrialisierung und die damit einhergehende Wanderungsbewegung (auch nach Übersee) schufen eine Verbesserung der Lebenssituation in Stadt und Land. Gelder für die Armenfürsorge wurden von den Besitzenden und Vermögenden immer widerwilliger aufgebracht: Die Stigmatisierung der Armen als Menschen in „selbstverschuldeter“ Not nahm zu und führte zu „abschreckenden“ Zwangsmaßnahmen (Arbeitshäuser). Von einem grundlegenden Wandel der Sozialpolitik kann man in dieser Zeit nicht sprechen, wohl aber von kleinen Schritten, die in Richtung auf eine Verbesserung der Lage der Armen und Ärmsten führten. Dass Gerret Schlabers Herz für die Menschen schlägt, die sich so sehr bemühten, den Normen der tonangebenden und normsetzenden besitzenden Klasse zu genügen und ein halbwegs selbstbestimmtes Leben angesichts der Besitzverteilung so wenig schaffen konnten, macht sein detailliertes Buch sympathisch. Es passt in eine Zeit, die sich auch den historischen Spiegel vorhalten lassen muss, um zu erkennen, wie wenig bleibende sozialpolitische Fortschritte wir in der angeblich nivellierten, durch strukturelle Arbeitslosigkeit schwer angeagten Mittel- und Wohlstandsgesellschaft der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts gemacht haben.

Klaus-J. Lorenzen-Schmidt

SOFIE LENE BAK

Dansk antisemitisme 1930-1945

København: Aschehoug Dansk Forlag A/S, 2004. 581 S., ill.

Dem dänischen Selbstverständnis zufolge war und ist der Antisemitismus unvereinbar

mit dem Dänentum. Die junge Historikerin Sofie Lene Bak (Jg. 1973) versucht nun, mit ihrer Dissertation „Dansk antisemitisme 1930-1945“ diese Auffassung zu überprüfen – und, wenn möglich, sie als Mythos aus der Welt zu schaffen. Sofie Bak arbeitet mit verschiedenen Typen des Antisemitismus: Dem rabiaten, rassistischen Antisemitismus, etwa am Beispiel der nazistischen Dansk antijødisk Liga Aage H. Andersens, einem christlichen Anti-Judaismus und Anti-Kommunismus, dargestellt am Beispiel der Inneren Mission, dem Anti-Semitismus als Krisenideologie, dargestellt anhand der Bewegung Landbrugernes Sammenslutning (LS) sowie dem der deutschen Minderheit entstammenden Staatswissenschaftler Lorenz Christensen, und schließlich dem salonfähigen, kulturkonservativen und antimodernen Antisemitismus in der dänischen Kulturdebatte der 1930er Jahre. Letzterer richtete sich speziell gegen den Kulturradikalismus und dessen führende Persönlichkeit in Dänemark seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts, Georg Brandes, dessen jüdische Abstammung als Argument gegen ihn gebraucht wurde. Sofie Bak verweist dabei auf den Kritiker Harald Nielsen, dessen Kampf gegen den Kulturradikalismus zu einem „Judenkoller“ ausartete, und der sich deswegen in der vornehmeren Gesellschaft diskreditierte. Das Kapitel über Harald Nielsen gab während der Verteidigung der Dissertation Anlass zur Debatte: Grund war Sofie Baks Analyse der 1960 über Harald Nielsen erschienenen Biographie, die das heutige Parlamentsmitglied der Dansk Folkeparti, Pastor Søren Krarup, verfasst hatte. Bak erklärte in ihrem Buch, diese Biographie sei ein Versuch gewesen, Harald Nielsen zu rehabilitieren. Außerdem könne sie auch bei Krarup Rassendenken und Antisemitismus erkennen, was dieser jedoch entschieden zurückwies.

Sofie Bak zeigt, wie stark der Begriff „Antisemit“ in der öffentlichen Meinung im Lauf der 1930er Jahre mit den Nationalsozialisten verknüpft wurde und damit zu einem Schimpfwort wurde, und wie erklärte Antisemiten aus der guten Gesellschaft ausgeschlossen wurden. Am Ende der 1930er Jahre setzte die dänische Öffentlichkeit Gleichheitszeichen: Antisemit = Nazi = undänisch. Nach der deutschen Besetzung Dänemarks am 9. April 1940 kam als Viertes hinzu: landesverräterisch. Es ist Sofie Baks zentrales Ziel, „zu einem Verständnis dafür beizutragen, warum der rassistische Antisemitismus im Dänemark der 1930er Jahre keine signifikante Verbreitung fand und warum die Dänen übereinstimmend erklären konnten, dass die Aussonderung und Diskriminierung einer Minderheit Verrat am Dänentum war.“

Es existierte ein rassistischer Antisemitismus im Dänemark der Jahre 1930 bis 1945. Das Land hatte mit Aage H. Andersens „Dansk Anti-Jødisk Liga“ und ihrem Organ „Kamptegnet“ seine eigenen rabiaten Antisemiten, deren Sprachgebrauch und Gedankengang sich nicht groß von dem Julius Streichers unterschied. Aber die „Dansk Anti-Jødisk Liga“ zählte zu keinem Zeitpunkt sehr viel mehr als 500 Mitglieder. Sie führten ein völlig marginalisiertes Dasein und war der Verachtung ihrer Umwelt ausgesetzt. Dieser Typ eines nazistischen, rassistischen Antisemitismus war in Dänemark ganz einfach inakzeptabel.

Von besonderem Interesse für Leser im deutsch-dänischen Grenzland ist das Kapitel über den zur deutschen Minderheit gehörenden Dr. Lorenz Christensen, (1892-1965), der besonders für seine Angriffe auf die dänische Verwaltung Nord-schleswigs während der Landwirtschaftskrise bekannt ist. In seinem Vorwort zu

„Nordslesvig venter“ (1935) erklärte Christensen, dass das Judentum und dessen Werkzeuge, die internationale Hochfinanz und der Marxismus, die Verantwortung für die Krise trugen. Christensen war Mitglied der NSDAP-N und seit 1936 Parteifunktionär mit der besonderen Aufgabe einer Aufklärung über die Judenfrage. Von 1939 an war er Mitglied der deutschen Fraktion im Apenrader Stadtrat. 1943 publizierte Lorenz Christensen das zwei Bände starke Werk „Det tredje Ting“.

Es mag verwundern, dass Sofie Bak, die sehr gründlich zwischen vielen Formen des Antisemitismus unterscheidet, ohne Weiteres den Antisemitismus des deutschen Nordschleswigers Lorenz Christensen als „dänisch“ und sein Buch sogar als „Hauptwerk des dänischen Antisemitismus“ bezeichnet. Aber zur Verteidigung dieser Position lässt sich anführen, dass seine Werke auf dänisch geschrieben waren. Sie richteten sich an ein dänisches, nazistisches und antisemitisches Publikum, und sie versuchten, einen dänischen Antisemitismus in einem dänischen Kontext und mit dänischen Beispielen zu artikulieren. Sofie Bak geht im Übrigen auch über den rein sektiererischen Antisemitismus hinaus.

Entsprechend der traditionellen dänischen Auffassung ist der Antisemitismus ein nazistisch inspiriertes Phänomen. Bak zeigt, dass das nicht der Fall ist. Der dänische Antisemitismus entstammt europäischen Traditionen und dänischen Erfahrungen. Weder die Verteidigung der Juden noch der Widerstand gegen den nazistischen Antisemitismus konnten antisemitische Vorurteile ausschließen. Es waren nämlich nicht die antisemitischen und rassistischen Positionen als solche, die ihre Vertreter aus der guten Gesellschaft des damaligen Dänemark ausschlossen. Dazu gehörte

mehr: Nämlich die gleichzeitige Akzeptanz der nazistischen Rassenideologie und ein Bekenntnis zum Rassismus. Ein konservativer oder sozialdemokratischer Antisemit konnte gut salonfähig sein – ein nazistischer hingegen nicht. Allerdings verweist Sofie Bak auch darauf, dass der Rahmen für die Akzeptanz antisemitischer Äußerungen im Lauf der 1930er Jahre enger und enger wurde, bevor es nach der Besetzung Dänemarks am 9. April 1940 ein Stigma wurde, Antisemit zu sein.

In der breiten dänischen Öffentlichkeit war es Konsens, dass „es kein Judenproblem in Dänemark gibt“. Das aber bedeutete nicht, dass man nicht akzeptierte, dass Deutschland oder Polen ein „Judenproblem“ haben konnten. Wenn Kritiker der deutschen Judenpolitik innerhalb der dänischen Debatte daher darauf eingingen, dass Deutschland ein „Judenproblem“ habe, war das Sofie Bak zufolge für sich ein Ausdruck von Antisemitismus, der selbst von einer noch so scharfen Distanzierung von der Rhetorik und den Verhaltensregeln, die gegen die Juden in Deutschland und anderen Ländern angewandt wurden, nicht verwischt werden konnte. Im Hinweis darauf, dass Dänemark kein „Judenproblem“ hatte, lag nämlich implizit wie explizit die Furcht davor, dass das Land dieses Problem bekommen konnte, wenn es von jüdischen Flüchtlingen aus Deutschland oder anderen europäischen Ländern aufgesucht werden würde. Im Gegensatz zu den gut integrierten dänischen Juden konnten jüdische Flüchtlinge – oft als „Ostjuden“ bezeichnet – zu einem Wachstum des dänischen Antisemitismus führen und den dänischen Nationalsozialismus stärken, was weder im Interesse Dänemarks noch der dänischen Juden war. Diesen Typ des Antisemitismus bezeichnet Sofie Bak als „xenophob“. Er war nicht rassistisch, aber

hatte die Voraussetzung, dass die Juden durch ihr Verhalten selbst eine Mitverantwortung für den Antisemitismus trugen. Das Ziel der jüdischen Integration musste folglich ihre vollständige Assimilation sein, durch die der Antisemitismus ebenfalls verschwinden würde – ohne Juden kein Antisemitismus!

Sofie Lene Bak weist in ihrem Buch auf eine Reihe Paradoxa hin: Wie konnten sich die Dänen sowohl während der Flucht der Juden nach Schweden in Verbindung mit der deutschen Judenaktion im Oktober 1943 als Retter engagieren und gleichzeitig in den 1930er Jahren die Aufnahme jüdischer Flüchtlinge aus Deutschland ablehnen? Und wie konnte die Kritik der dänischen Presse an der deutschen Juden-gesetzgebung von der impliziten Anerkennung begleitet werden, dass Deutschland ein „Judenproblem“ hatte? Die Antwort auf diese Fragen erscheint dem Rezensenten einleuchtend: Die dänischen Juden waren und sind keine Fremden, sie waren „unsere“ Juden und sollten deshalb so gut wie möglich vor der Besatzungsmacht geschützt werden. Die deutschen Juden waren hingegen eine innerdeutsche Angelegenheit.

Eine solche Position ist nicht besonders sympathisch. Aber sie ist ein Ausdruck für den wohl nicht besonders unnatürlichen Wunsch, die eigene Gesellschaft vor den Problemen von außen zu schützen. In den 1930er Jahren war Dänemark von der Wirtschaftskrise getroffen und litt unter einer hohen Arbeitslosigkeit, die das Risiko politischer Polarisierung und einer Radikalisierung der Gesellschaft mit sich brachte. Kommunisten und Nationalsozialisten stellten eine potentielle Gefahr dar. Sie drohten, die dänische Gesellschaft auf die gleiche Weise zu sprengen, wie es zuvor in Deutschland geschehen war.

Die Krisenstrategie der Regierung war es, eine hinreichende Sozialhilfe einzuführen, um eine politische Radikalisierung der Arbeitslosen zu verhindern. Es ging darum, das Land um die parlamentarische Demokratie als besonderen dänischen Wert zu sammeln – und um eine restriktive Flüchtlingspolitik, die verhindern sollte, dass die kargen Mittel der Sozialhilfe nicht unnötig verschwendet wurden. Dänemark hatte genug an seinen eigenen Problemen zu tragen.

Sofie Bak hat ein gutes und anregendes Buch geschrieben, das seit seinem Erscheinen schon oft in der gegenwärtigen Flüchtlings- und Einwandererdebatte verwendet wurde. Längst nicht nur dem geschichtsinteressierten Leser kann es daher wärmstens empfohlen werden.

René Rasmussen

Übersetzung: Benjamin Lassiwe

UWE DANKER, NILS KÖHLER,
EVA NOWOTNY, MICHAEL RUCK
(Hrsg.)

Zwangsarbeitende im Kreis
Nordfriesland 1939-1945

Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte,
2004, 406 S. (IZRG-Schriftenreihe Band
12)

Im Herbst 2002 beauftragte der Kreis Nordfriesland das Institut für Schleswig-Holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG) an der Universität Flensburg damit, ein wissenschaftliches Gutachten über „Zwangsarbeitende im Kreis Nordfriesland 1939-1945“ zu erstellen. Dieses Gutachten wurde im Dezember 2003 vorgelegt und danach in überarbeiteter Form als Buch

der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das Gutachten steht im Rahmen der öffentlichen Diskussion in Deutschland über Entschädigung von Zwangsarbeitern. Es wurde von einer Gruppe Studierender und Studienabsolventen unter der Leitung der Herausgeber in Zusammenarbeit mit dem Nordfriisk Institut in Bredstedt erarbeitet.

Der herausgegebene Band behandelt das Thema Zwangsarbeit in Nordfriesland vielschichtig, sowohl inhaltlich als auch methodisch. Nach einer allgemein-thematischen Einleitung von Michael Ruck und Uwe Danker folgt eine problemorientierte Darstellung des Kerns des Gutachtens von Uwe Danker. Hier werden Charakter und Hintergründe des Zwangsarbeitereinsatzes in Nordfriesland und Schleswig-Holstein beschrieben und dokumentiert. Deutlich wird die zahlenmäßige Steigerung während des Krieges und der zunehmend umfassende Einsatz von Zwangsarbeitern, wo z. B. im lokalen Kontext auch die zuerst aus Sicherheitsgründen vom Zwangsarbeitereinsatz ausgenommene unmittelbare Grenzregion schließlich auch als Einsatzgebiet einbezogen wird. Zwangsarbeiter gehörten in der ländlichen Region Nordfriesland zum Alltagsbild und ihre Gegenwart war fest im Bewusstsein der einheimischen Bevölkerung. Über 80 Prozent der eingesetzten Zwangsarbeiter kamen aus Polen und anderen besetzten Gebieten des Ostens. Ca. 2/3 der Zwangsarbeitenden waren Frauen, fast die Hälfte war bei Kriegsbeginn unter 19 Jahre alt. Ewa Nowotnys folgender Beitrag schildert die drei Perspektiven, aus denen Zwangsarbeiter in Nordfriesland betrachtet werden: die Sicht der regionalen Behörden, der einheimischen Bevölkerung und der Zwangsarbeiter selbst. Sie beschreibt an Hand einer Reihe von anschaulichen,

quellennah belegten Beispielen das Leben der Zwangsarbeiter in allen seinen Dimensionen. Es wird deutlich, dass die strengen offiziellen Regeln, die eine weitestgehende Abschottung der Kriegsgefangenen vom öffentlichen Leben vorsahen, im Einzelfall oft unterlaufen wurden, andererseits aber auch, dass das rassistische, nationalsozialistische Bild der minderwertigen „Ostarbeiter“ in die Bevölkerung implantiert werden konnte.

Mandy Jakobczyk, Ewa Nowotny und Astrid Schwabe haben im Rahmen des Gutachtens ein „Oral-history“-Projekt durchgeführt, das methodisch interessant ist. Als Zeitzeugen interviewten sie Kinder von „Arbeitgebern“ von Zwangsarbeitern, also Bauernkinder aus Nordfriesland. Die sechs interviewten Zeitzeugen sind zwischen 1924 und 1932 geboren. In einer theoretischen Einleitung weisen die drei Autorinnen auf die Problematik von Zeitzeugeninterviews hinsichtlich der Erfassung historischer „Wahrheiten“ hin. Diese Problematik wird auch in den Interviews deutlich, wo Leid oft unreflektiert gegeneinander aufgerechnet wird (Zwangsarbeit gegen den Tod eigener Familienmitglieder im Krieg). Auszüge aus den Interviews sind im Band abgedruckt.

Weitere Abschnitte des Bandes behandeln die Themen der verbotenen Liebe (Mandy Jakobczyk, Ewa Nowotny, Astrid Schwabe), Krankheit unter Zwangsarbeitern (Michael Dahl), verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen vor dem Sondergericht (Claudia Trüter), das Schicksal von Kindern aus Beziehungen unter Zwangsarbeitern bzw. mit Einheimischen (Nils Köhler), den Einsatz von Zwangsarbeitern im Deichbau und Küstenschutz (Arne Bewersdorff), die KZ-Außenlager Husum-Schwesing und Ladelund (Fiete Pingel und Thomas Steensen), den Einsatz von

Holländern in der Muschelzucht auf Föhr (Arne Bewersdorff) sowie einen Versuch der Rekonstruktion der faktischen Begebenheiten um die Zwangsräumung der Dörfer Högel und Ahrenviöl im Mai 1945 (Jens Owe Petersen), der sich tief in der lokalen Erinnerung festgesetzt hat.

Abschließend analysiert Mandy Jakobczyk die Strafverfolgung von NS-Verbrechen in Nordfriesland nach 1945. Hier zeigte sich, dass auch in Nordfriesland kaum ein Strafverfahren nach dem Ende des Krieges mit einer rechtskräftigen Verurteilung endete: nur zwei von 67 Beschuldigten wurden letztendlich für Verbrechen gegen Zwangsarbeitende verurteilt. Interessant auch, dass bei zwei Verfahren, die sowohl Vergehen gegen Zwangsarbeiter und gegen Deutsche zum Inhalt hatten, die Anklage sich nur auf die Verbrechen gegen Deutsche bezog, obwohl genug Beweismaterial für Taten an beiden Opfergruppen vorlag.

Die Herausgeber und Autoren haben mit dem besprochenen Band eine inhaltsreiche und methodisch vielseitige regionalgeschichtliche Dokumentation vorgelegt, die beispielhaft für andere Landkreise in Deutschland sein sollte.

Martin Klatt

INGE ADRIANSEN & HENRIK SKOV-KRISTENSEN

Als og Sundeved 1940-45

Sønderborg: Historisk Samfund for Als og Sundeved & Museet på Sønderborg Slot, 2005. 305 S., ill.

Das vorliegende Buch wurde erstmals bereits 1995 herausgegeben. Zehn Jahre später haben Museumsinspektorin Inge

Adriansen vom Sonderburger Schloss und der Leiter des Fröslee-Lager-Museums Henrik Skov-Kristensen es mit einigen Änderungen neu aufgelegt. Zum einen haben die Herausgeber die zwischenzeitliche Diskussion über die Rolle des Danfoss-Konzerns während der Besetzung im Zweiten Weltkrieg in ihrer Einleitung mit aufgenommen. Dabei schließen sie sich der Beurteilung durch den Rechtshistoriker Ditlev Tamm an. Dieser konnte die Vorwürfe, dass die Fabrik auf Alsen ein willfähiger Lieferant der Besatzungsmacht gewesen sei, weitestgehend entkräften. Zum anderen enthält das Buch nun auch ein kurzes Kapitel über Erinnerungsstätten aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs.

Das Buch enthält 21 kürzere oder längere Beiträge, die man grundsätzlich in zwei Gruppen einordnen kann. Zum einen enthält es Darstellungen historischer Begebenheiten, die von den beiden Herausgebern verfasst worden sind. Zum anderen finden sich zahlreiche Berichte von Personen, welche die Besatzungszeit selbst erlebt haben. Henrik Skov-Kristensen hat fünf Artikel verfasst, die in etwa die Hälfte des Buchs ausfüllen. Hier stehen die militärische Geschichte in ihrer traditionellen Form und die dramatischen Ereignisse unter der Besetzung im Mittelpunkt, so zum Beispiel Aufklärungsflüge der Alliierten über Alsen und Sundewitt, Bombenabwürfe und Flugzeugabstürze, militärische Anlagen, stationierte deutsche Wehrmachtseinheiten, Widerstand, Internierung, Rechtsabrechnung und anderes. Am interessantesten ist der Beitrag „Episoder på Als og Sundeved april 1940 til september 1944“ (Seite 56-104), der sich wie eine Geschichte Dänemarks aus Sonderburger Perspektive liest und auf den vertraulichen Berichten an den Staatsanwalt für besondere Aufgaben in

Kopenhagen aufbaut. Aus der Perspektive des örtlichen Polizeichefs werden dem Leser wesentliche Begebenheiten wie der Einmarsch am 9. April 1940, die Furcht vor einer Grenzverschiebung, die Gesetze gegen die Kommunisten, der zunehmende Widerstand und Konflikte, der 29. August 1943 und der Generalstreik in Sonderburg am 18. April 1944, der besonders gründlich behandelt wird. Da die dänische Polizei im September 1944 von der Besatzungsmacht aus ihrer Funktion gedrängt wird, enden natürlich auch die Polizeiberichte. Doch die Geschichtsvermittlung durch lange Auszüge aus zeitgenössischen Quellen ist in diesem Artikel sehr wirkungsvoll. Auch in anderen Teilen des Buchs wird diese Form der Vermittlung effektiv eingesetzt.

In ihrem einführenden Beitrag greift Inge Adriansen eher alltägliche Aspekte der Besatzungszeit auf, so zum Beispiel Vereinsgründungen, Versammlungshäuser und die nationale Sammlung. Nirgendwo sonst kommt das Buch so nah daran, auch Bilder aus dem Alltag des gewöhnlichen Bürgers unter der Besatzung zu zeigen. Es hätte das Buch wesentlich bereichert, wenn man diesen Aspekt noch stärker berücksichtigt hätte.

Die Augenzeugenberichte füllen ebenfalls einen großen Teil des Buchs. Die meisten derselben wurden im Zeitraum 1985-89 von früheren Widerstandskämpfern verfasst und von „Veterangruppen Als“ gesammelt. Somit wurden die Erlebnisse mit großem zeitlichem Abstand zu Papier gebracht. Folglich ist es wahrscheinlich, dass die Berichte deutlich von der Sichtweise der dazwischen liegenden Zeit geprägt wurden. Trotz quellenkritischer Bedenken haben die Herausgeber diese Berichte mit aufgenommen, um die Leserschaft so nah wie möglich an Ereignisse und historische

Akteure heranzuführen. Die meisten Beiträge handeln von Personen, die sich mit größerem oder geringerem Engagement in der Widerstandsbewegung eingesetzt haben. Die Bandbreite reicht vom Druck illegaler Blätter bis hin zu Sabotageaktionen. Auch über die Gefangenschaft im Konzentrationslager und über „die weißen Busse“, mit welchen skandinavische KZ-Häftlinge noch vor Kriegsende zurückgeholt wurden, berichten die Betroffenen.

Das Verhältnis zwischen Deutsch und Dänisch ist ein zentraler Aspekt, der sich durch das gesamte Buch zieht. Dabei wird sowohl die nationale als auch die lokale Ebene berücksichtigt. Die Heimdeutschen werden generell mit gewissem Misstrauen dargestellt, wenn auch Widerstand und die Ablehnung der Position der Minderheit offensichtlich nicht den gleichen Umfang wie in Westschleswig erreichte (S. 27). Ein ausgeprägt nationaler Tonfall fällt häufig auf, auch in den Forschungsbeiträgen. Dies mag daran liegen, dass ein großer Teil des dem Werk zu Grunde liegenden Quellenmaterials aus dem großen Fundus besteht, den Historisk Samfund for Sønderjylland kurz nach Kriegsende einsammelte – nicht zuletzt auch durch eine Fragebogenaktion bei dänisch gesinnten Wortführern im Landesteil. Viele Artikel zeigen jedoch ein eher ausgewogenes Bild. Dennoch vermisst man im Zusammenhang hiermit Beiträge, die auch die Seite der deutschen Minderheit mit einbeziehen. Erst dann könnte man wirklich von einem Buch sprechen, das die Geschichte von Alsens und Sundewitt 1940-45 beschreibt. Das Buch baut auf die lokalgeschichtliche Perspektive – mit Vor- und Nachteilen. Zum einen ermöglicht dies dem Leser, nahe an die Ereignisse und Personen heranzukommen, und das Werk wirkt dadurch sehr lebendig. Andererseits hätte es dem

Buch auch gut getan, wenn man die Geschichte zusätzlich mehr in einen übergeordneten Zusammenhang gesetzt hätte. Dann wäre es wohl deutlicher geworden, auf welche Weise sich die Besatzungsgeschichte auf Alsen und im Sundewitt – um im schleswigschen Grenzland in seiner Gesamtheit – von derjenigen im übrigen Dänemark unterscheidet. Denn diese Geschichte ist auch für andere als die Bewohner der Region interessant und wichtig. In seiner vorliegenden Form ist das Buch sehr schön aufgemacht und interessant zu lesen, aber doch in erster Linie auf ein lokales Publikum zugeschnitten.

Trine Malling Pedersen

Übersetzung: Gerret L. Schlaber

HENRIK SKOV-KRISTENSEN

Det tyske mindretal og Fårhuslejren – retsopgøret på museum

Jysk Selskab for Historie, 2005, 60 S., ill.

„Frøslev“ und „Fårhus“ sind zwei symbolträchtige Namen für ein und denselben Ort nördlich der deutsch-dänischen Grenze. Für die Dänen ist Frøslev ein Symbol der deutschen Besatzung Dänemarks und des dänischen Widerstandes: Zwischen 1944 und 1945 wurden tausende Dänen in dem eigens für diesen Zweck errichteten Lager eingesperrt, und 1600 Gefangene wurden von dort aus in deutsche Konzentrationslager deportiert. Für die deutsche Minderheit in Nord Schleswig steht der Name Fårhus für die – in den Augen der Volksgruppe – politisch motivierte dänische Rechtsabrechnung mit der Minderheit nach Ende des Zweiten Weltkrieges: Das Frøslev-Lager diente, nachdem es nach der Be-

satzung in das Fårhus-Lager umbenannt worden war, als Internierungslager für Mitglieder der Volksgruppe. Seitdem ist der Begriff Fårhus als Symbol einer ungerechten Rechtsabrechnung in das kollektive Gedächtnis der Minderheit eingegangen.

Mit dem vorliegenden Beitrag, der 2005 in der Zeitschrift *Historie* erschien, greift der Leiter des Frøslev-Museums Henrik Skov Kristensen das letztgenannte Thema auf. Aktueller Anlass ist eine geplante dauerhafte Ausstellung über das Fårhus-Lager im Frøslev-Museum. Eine solche Ausstellung ist keine Selbstverständlichkeit: Während die deutsche Minderheit seit der Eröffnung des Museums 1969 immer wieder gefordert hatte, auch die Geschichte des Fårhus-Lagers in die Museumsausstellung mit einzubeziehen, waren solche Ideen besonders aus den Reihen der Frøslev-Veteranen auf harsche Kritik gestoßen.

Unter dem sinnigen Untertitel „Retsopgøret på museum“ beschreibt der Verfasser sowohl den Hintergrund für die 2003 vom Museums-Vorstand beschlossene Ausstellung sowie seine eigenen konkreten Ideen für die Fårhus-Ausstellung. Anschließend bietet der Museumsdirektor einen kurzen, aber sehr gelungenen Streifzug durch den geschichtlichen Hintergrund des Lagers: Die Geschichte der Volksgruppe von 1933-1950, die Entwicklung des Lagers Frøslev/Fårhus und die Bedeutung des Ortes für Dänen bzw. deutsche Nord Schleswiger, die Rechtsabrechnung sowie eine Analyse der (mangelnden) Vergangenheitsbewältigung der Volksgruppe.

Das Thema Volksgruppe und Fårhus bzw. Rechtsabrechnung ist noch immer – auch 60 Jahre danach – ein äußerst sensibles Thema, bei dem alte Wunden schnell aufbrechen. Henrik Skov-Kristensen ist es

jedoch gelungen, die Problematik so behutsam und souverän darzustellen, dass man sich schon jetzt auf die Ausstellung im Frøslev-Museum freuen darf. Vielleicht trägt sie ja dazu bei, dass auch dieser Teil der deutsch-dänischen Geschichte nun endlich zur Ruhe kommt.

Gese Friis Hansen

ELI FISCHER-JØRGENSEN & JENS EGE

Interneringskartoteket

Om Carsten Høeg og hans gruppe
under besættelsen

Kopenhagen: Museum Tusulanums Forlag, 2005. 189 S.

Deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg, Widerstand und Kollaboration sind auch heute in Dänemark noch immer heikle Themen. Das vorliegende Buch handelt von einer Widerstands-Gruppe um den Altsprachen-Professor Carsten Høeg, die ab September 1944 Daten über Personen sammelte, welche sich in landesverräterischer Weise betätigten und nach der Befreiung festgesetzt werden sollten. Die Verfasser – die Sprachwissenschaftlerin Eli Fischer-Jørgensen und der Jurist und Ministerialrat Jens Ege – gehörten ebenfalls dieser Gruppe an der Kopenhagener Universität an.

Im Haupttext werden zunächst die Hintergründe für die Einrichtung der Kartei

beschrieben. Als sich im Herbst 1944 die Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands und damit das Ende der Besatzung abzeichnete, traf auch Danmarks Frihedsråd als Dachverband der Widerstandsgruppen erste ernsthafte Vorbereitungen für die Zeit danach. Hierzu gehörte auch die Sammlung von Daten über Landesverräter, die nach dem Krieg juristisch abgeurteilt werden sollten. Es folgen Darstellungen über den Koordinator der Aktion, den zeitweise von der Gestapo inhaftierten Carsten Høeg, sowie in kürzerer Form über die weiteren Gruppenmitglieder und deren Lebensweg nach der Befreiung. Besonders interessant sind die beiden Abschnitte über die eigentliche schwierige und riskante Arbeit der Gruppe. Der Text baut in erster Linie auf Erinnerungen der Verfasser auf, was die Perspektive zwar einengt, den Leser jedoch nah am Geschehen teilnehmen lässt.

Des weiteren enthält das Buch eine Kurzbiografie Høegs aus Sicht seiner Tochter, seine Berichte an den Freiheitsrat im Frühjahr 1945, Jens Eges Tagebuchaufzeichnungen 1944/45 sowie einzelne spätere Aufzeichnungen von Gruppenmitgliedern. Auch wenn die Quellenlage schwierig ist und das Buch weitgehend auf den Erinnerungen einzelner Personen aufbaut, die direkt am Geschehen teilgenommen haben, ist es doch eine interessante und wichtige Ergänzung zur Literatur über die Besatzung und noch mehr über das schwierige Thema der Rechtsabrechnung

Gerret Liebing Schlaber.

Peter Dragsbo, mag. art.
Museum Sønderjylland
Museet på Sønderborg Slot
DK-6400 Sønderborg

Rolf Fischer, M.A., MdL
Heischberg 11
24119 Kronshagen

Gese Friis Hansen, cand. mag.
Diafarm A/S
Flegmade 11 E
DK-7100 Vejle

Harro Hallmann, cand. scient. pol.
Deutsches Generalsekretariat
Bund Deutscher Nordschleswiger
Vestergade 30
DK-6200 Aabenraa

Kay Iversen
Twedter Feld 38 a
24944 Flensburg

Martin Klatt, ph.d.
Institut for Grænseregionsforskning
Syddansk Universitet
Persillegade 6
DK-6200 Aabenraa

Harry Kunz, Dipl.-Soz.
Nordfriisk Instituut
Süderstraße 30
25821 Bredstedt

Benjamin Lassiwe, M.A.
Universität Greifswald
Lehrstuhl für Nordische Geschichte
Bahnhofstraße 51
17487 Greifswald

Klaus-J. Lorenzen-Schmidt, Dr. phil
Staatsarchiv
Kattunbleiche 19
22041 Hamburg

Jes Lungskov, stud. mag.
Institut for Historie og Områdestudier
Århus Universitet
Ndr. Ringgade, bygning 410
DK-8000 Århus C

Trine Malling Pedersen, cand. mag.
Institut for Historie og Områdestudier
Århus Universitet
Ndr. Ringgade, bygning 410
DK-8000 Århus C

René Rasmussen, cand. mag.
Danevirkegården
Ochsenweg 5
24867 Dannewerk

Gerret Liebing Schlaber, ph.d.
Studieafdeling og Arkivet
ved Dansk Centralbibliotek
Norderstraße 59
24939 Flensburg

Kay Iversen, Kommunalreform in Dänemark und die Konsequenzen für das Grenzland. 5. Dialog Grenzfriedensbund Abb. 1: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag; Abb. 2: Ingrid Schumann; Abb. 3 u. 4: Fotos: Kay Iversen

Harro Hallmann, Die deutsche Volksgruppe und die dänische Kommunalreform Abb. 1: Indenrigs- og Sundhedsministeriet, s/w Bearbeitung MMD; Tabelle 1 u. 2: Harro Hallmann, Bearbeitung MMD

Peter Dragsbo, Kultur-Kanon in einem Grenzland Abb. 1: Museum Sønderjylland, Sønderborg Slot, Postkarte ca. 1912; Abb. 2: Museum Sønderjylland, Sønderborg Slot, Foto: Peter Dragsbo

Matthias Scharl, Idstedt – Erinnerungsort gemeinsamer deutsch-dänischer Geschichte. Teil 2: Von 1945 bis zur neuen Ausstellung 2005 Abb. 1-3: Gemeinschaftsarchiv des Kreises Schleswig-Flensburg; Abb. 4: Foto: Matthias Scharl; Abb. 5: Foto: Andreas Birresborn; Abb. 6-7: Fotos: Thomas Raake

Harry Kunz, Uwe Jens Lornsen als Mensch und als politischer Impulsgeber. Zusammenfassung eines Vortragsnachmittags im Nordfriisk Instituut Abb. 1: Uwe Jens Lornsens Briefe an Franz Hermann Hegewisch, hrsg. v. Volquart Pauls, Schleswig 1925; Abb. 2: Uwe Jens Lornsen, Ueber das Verfassungswerk in Schleswigholstein, Kiel 1830 – Nachdruck, hrsg. v. d. Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Schleswig 1980

VERZEICHNIS DER IM JAHRE 2005 IN DEN
GRENZFRIEDENSHEFTEN ERSCHIENENEN AUFSÄTZE

INGE ADRIANSEN	„Vom Gegeneinander zum Miteinander.“ Zur Problematik einer Ausstellung über die Bonn-Kopenhagener Erklärungen	Heft 1 Seite 51 ff.
MORTEN ANDERSEN	Der wirtschaftliche Wiederaufbau des schleswigschen Grenzgebiets 1919-1924	Heft 3 Seite 195 ff.
WOLFGANG BÖRNSEN	50 Jahre Bonn-Kopenhagener Erklärungen – Legende und Vision. Eine historisch-politische Ortsbestimmung	Heft 2 Seite 127 ff.
SUSANNE BYGVRÅ	Sønderjyllands Amt und Landesteil Schleswig – eine Grenzregion	Heft 3 Seite 217 ff.
UWE DANKER	Der Minderheitenschutz bei der Verfassungs- reform 1990. Eine Privilegierung der Privilegierten	Heft 1 Seite 29 ff.
PETRA DARYAI-HANSEN	Der unbekümmerte Däne und der gründliche Deutsche? Sprachenpolitik der Gegenwart im deutsch-dänischen Vergleich	Heft 3 Seite 237 ff.
HAJO HERRMANN	Situation und Entwicklung der deutsch- dänischen Grenzräume und insbesondere des Grenzraums Sønderjylland-Schleswig	Heft 3 Seite 227 ff.
JØRGEN KÜHL	Zivilgesellschaften, politische Kultur und Minderheitenschutz. Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen im Rückblick	Heft 2 Seite 105 ff.
JÖRN-PETER LEPPIEN / GERRET LIEBING SCHLABER	Zum Streit um die SSW-Mandate im schleswig-holsteinischen Landtag	Heft 2 Seite 121 ff.
FRANK LUBOWITZ	Oeversee 1864. Entstehung und Wandel eines Gedenktages	Heft 4 Seite 301 ff.
LEIF HANSEN NIELSEN	Die Industrialisierung in der Provinz Schleswig-Holstein 1864-1914	Heft 3 Seite 185 ff.

BERND PHILIPSEN	Stolpersteine gegen das Vergessen. Erinnerungen an Verfolgte des NS-Terrorregimes	Heft 1 Seite 21 ff.
MARTIN RHEINHEIMER	Schleswig und die deutsch-dänische Grenze. 1. Teil: Vormoderne Grenzen	Heft 1 Seite 5 ff.
	Schleswig und die deutsch-dänische Grenze. 2. Teil: Nationale Grenze und EU	Heft 2 Seite 87 ff.
MICHAEL RUCK	Aspekte der regionalwirtschaftlichen Entwicklung Schleswig-Holsteins von den 50er Jahren bis in die 70er Jahre	Heft 3 Seite 207 ff.
MATTHIAS SCHARTL	Idstedt – Erinnerungsort gemeinsamer deutsch-dänischer Geschichte. 1. Teil: Gebäude und Ausstellungen bis 1945	Heft 4 Seite 289 ff.
GERRET LIEBING SCHLABER	Sind die „alten“ Minderheiten privilegiert? Zwischenruf eines Grenzgängers anlässlich des 50. Jahrestages der Bonn-Kopenhagener Erklärungen	Heft 1 Seite 45 ff.
	Vom Umgang mit der gemeinsamen Geschichte. Beobachtungen und Zukunftsgedanken eines Grenzgängers	Heft 4 Seite 275 ff.
ANKE SPOORENDONK	Situation des SSW nach der Landtagswahl vom Februar 2005	Heft 2 Seite 141 ff.
THOMAS STEENSEN	40 Jahre Nordfriisk Institut: Wissenschaftliche Arbeit für das Friesische	Heft 4 Seite 323 ff.
REIMER WITT	Mahnung zu Humanität und Frieden. Gedenken an die Schlacht bei Oeversee am 6. Februar 1864	Heft 4 Seite 315 ff.



GRENZFRIEDENSBUND

Liebe Leserin, lieber Leser,

- ✓ Gefällt Ihnen diese Zeitschrift?
- ✓ Leben Sie gerne in der Grenzregion oder haben Sie einen anderen persönlichen oder wirtschaftlichen Bezug zu ihr?
- ✓ Interessieren Sie sich für Politik, Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Dänemark und Schleswig-Holstein?
- ✓ Wollen Sie den Ausbau des deutsch-dänischen Verhältnisses zum Wohle aller aktiv unterstützen?
- ✓ Möchten Sie viermal jährlich Informationen über das Geschehen im Grenzland aus erster Hand frei Haus geliefert bekommen?

Dann werden Sie Mitglied im GRENZFRIEDENSBUND e.V.

Der GRENZFRIEDENSBUND arbeitet aktiv auf überparteilicher Ebene daran mit, dass Deutsche und Dänen einander näherkommen und sich die schleswigsche Grenzregion im europäischen Kontext zum Wohle aller fortentwickelt. Wir möchten die kulturelle Vielfalt bewusst machen und fördern. Grenzüberschreitender Ideenaustausch ist uns wichtig, um das gegenseitige Verständnis zu fördern und nach Lösungswegen für aktuelle wirtschaftliche, arbeits- und sozialpolitische und

politische Fragen zu suchen. Dabei scheuen wir uns nicht, unbequeme Fragen zu stellen und den Finger in offene oder verdeckte Wunden zu legen.

Kurzum: Wir wollen zeigen, dass das schleswigsche Grenzland alles andere als eine entlegene Provinz, sondern eine hochgradig spannende Region mit eigenen Stärken ist, in der es sich zu leben lohnt. Und wir wollen aktiv daran mitwirken, dass dies auch in Zukunft so bleibt und weiter ausgebaut wird.

- Unsere Mitglieder erhalten viermal im Jahr die GRENZFRIEDENSHEFTE, die als einzige deutschsprachige Zeitschrift regelmäßig und kompetent über das aktuelle Geschehen im Grenzland informiert.
- Der Mitgliedsbeitrag beträgt 15 € für Einzelmitglieder und 30 € für Institutionen.

Möchten Sie dem **GRENZFRIEDENSBUND** beitreten oder mehr über unsere Tätigkeiten erfahren? Sie erreichen uns auf folgende Weise:

Grenzfriedensbund e.V.

Willi-Sander-Platz 6 • 24943 Flensburg
Telefon: 04 61 / 2 67 08 • Telefax: 04 61 / 2 67 09
E-Mail: grenzfriedensbund@foni.net
Website: www.grenzfriedensbund.de

Die Geschäftsstelle ist dienstags bis donnerstags von 9-12 Uhr besetzt, mittwochs zusätzlich bis 16 Uhr.

Postvertriebsstück
C 3340 F
Entgelt bezahlt
Grenzfriedensbund e.V.
Willi-Sander-Platz 6 • 24943 Flensburg